



Suchergebnisse: Rechen

1077 – Atsiz schlägt den Aufstand in Jerusalem nieder

Jerusalem * Nach seinem gescheiterten Feldzug gegen Ägypten sieht sich der turkmenische Heerführer Atsiz ibn Uwaq mit einem Aufstand in Jerusalem konfrontiert. Er belagert die Stadt und verspricht den Einwohnern bei einer Übergabe Schutz. Nachdem sich die Tore öffnen, bricht er sein Versprechen und lässt zahlreiche Menschen töten. Mittelalterliche Quellen sprechen von etwa 3.000 Opfern. Verschont bleiben offenbar jene, die im Felsendom Zuflucht suchen.

August 1096 – Die Fürstenheere ziehen nach Osten

Europa, Konstantinopel und Kleinasien * Die besser ausgerüsteten und von bedeutenden Adeligen geführten Heere des Ersten Kreuzzugs brechen auf unterschiedlichen Wegen nach Konstantinopel auf. Mit ihnen reisen zahlreiche unbewaffnete Pilgerinnen und Pilger. Die Größe der Züge und der hohe Versorgungsbedarf erschweren den Marsch. Zwischen November 1096 und April 1097 treffen die einzelnen Heere am Bosphorus ein. Das Verhältnis zu den Byzantinern ist von Zusammenarbeit und Misstrauen zugleich geprägt. Kaiser Alexios I. stellt Märkte, Proviant, Begleittruppen und Schiffe für die Überfahrt nach Kleinasien bereit. Im Gegenzug verlangt er von den Kreuzfahrerführern einen Treueeid und die Rückgabe ehemals byzantinischer Gebiete. Dennoch kommt es wiederholt zu Streitigkeiten, Plünderungen und bewaffneten Zusammenstößen. Nach der Einnahme Nicäas im Juni 1097 ziehen die Kreuzfahrer durch Kleinasien. Am 1. Juli besiegen sie bei Doryläum das Heer des seldschukischen Sultans Kilij Arslan I. Weitere Erfolge, darunter bei Herakleia – dem heutigen Eregli –, öffnen ihnen den Weg nach Syrien. Die Versorgung bleibt schwierig: Die Kreuzfahrer kaufen Lebensmittel, erhalten Unterstützung von Byzanz und örtlichen christlichen Gemeinden, beschlagnahmen jedoch auch Vorräte und plündern Siedlungen. Im Oktober 1097 erreicht das Heer Antiochia und beginnt eine entbehrungsreiche Belagerung. Hunger, Krankheiten und Desertionen schwächen die Kreuzfahrer, dennoch schlagen sie zwei muslimische Entsatzheere zurück. Am 3. Juni 1098 nehmen sie die Stadt ein. Wenig später werden sie selbst von einem großen Heer unter Kerbogha von Mossul belagert, das sie am 28. Juni besiegen.

10. Juni 1098 – Panik und Fluchtversuche in Antiochia



Antiochia * Hunger, Krankheiten und die Angst vor Kerboghas Heer lassen die Kampfmoral der eingeschlossenen Kreuzfahrer zusammenbrechen. Gerüchte über einen feindlichen Durchbruch lösen Panik aus. Zahlreiche Männer versuchen zu fliehen; einige lassen sich nachts an Seilen über die Stadtmauer hinab und werden deshalb spöttisch als „Seiltänzer“ bezeichnet. Die verbliebenen Anführer lassen daraufhin die Ausgänge schärfer bewachen.

28. Juni 1098 – Die Kreuzfahrer durchbrechen die Belagerung

Antiochia * Trotz Hunger, Krankheiten und zahlenmäßiger Unterlegenheit wagen die eingeschlossenen Kreuzfahrer einen Ausfall. Die vermeintliche „Heilige Lanze“ wird dem Heer als Siegeszeichen vorangetragen. Vor den Mauern Antiochias treffen die Kreuzfahrer auf das Bündnisheer Kerboghas von Mossul. Uneinigkeit und gegenseitiges Misstrauen schwächen dessen Truppen; mehrere Verbündete ziehen sich während der Schlacht zurück. Kerboghas Heer bricht auseinander und flieht. Mit dem unerwarteten Sieg endet die Belagerung, und auch die verbliebene Besatzung der Zitadelle gibt ihren Widerstand auf.

15. Juli 1099 – Eroberung und Massaker in Jerusalem

Jerusalem * Nach einem zweitägigen Großangriff durchbrechen die Kreuzfahrer die Befestigungen und dringen in Jerusalem ein. Für die Überlebenden des jahrelangen Marsches erfüllt sich damit das religiöse Ziel ihrer Pilgerfahrt. Von den ursprünglich aufgebrochenen Menschen erreicht jedoch nur ein kleiner Teil die Stadt. Das verbliebene Heer umfasst schätzungsweise 12.000 bis 15.000 Kämpfer; hinzu kommen unbewaffnete Pilgerinnen und Pilger. Auf die Einnahme folgt ein Massaker. Die Eroberer töten zahlreiche muslimische und jüdische Männer, Frauen und Kinder, nehmen Gefangene und plündern Häuser sowie Heiligtümer. Einigen Bewohnern gelingt die Flucht oder sie überleben durch Schutzversprechen und Lösegeldzahlungen. Wie viele Menschen sterben, lässt sich nicht mehr zuverlässig feststellen. Lateinische Chronisten deuten die Eroberung als göttlichen Sieg und rechtfertigen die Gewalt mit religiösen Feindbildern. Raimund von Aguilers schreibt triumphierend, die Sieger seien auf dem Tempelberg „bis zu den Knien und den Zügeln ihrer Pferde im Blut“ geritten. Das Bild ist keine wörtliche Mengenangabe, sondern eine biblisch geprägte Übertreibung – zugleich zeigt es, wie selbstverständlich der Chronist das Töten als göttliches Urteil verherrlicht. Auch die byzantinische Geschichtsschreiberin Anna Komnena berichtet später von der Ermordung zahlreicher muslimischer und jüdischer Einwohner. Sie ist jedoch keine Augenzeugin der Eroberung.



1146 – Der Reichslandfrieden aus dem Jahr 1103 hält

Deutschland * Der Reichslandfrieden aus dem Jahr 1103 hält, als ein Heer fanatischer Kreuzfahrer aus Frankreich in Deutschland einfällt und der Mönch Rudolf aus dem Kloster Clairvaux bedingungslosen Hass gegen die Juden predigt. Der damalige deutsche König Konrad III. nimmt sein Schutzversprechen ernst und rettet die meisten Juden.

April 1146 – Bernhard von Clairvaux wirbt für die Teilnahme am Kriegszug

Vézelay * Bernhard von Clairvaux wirbt an Ostern für die Teilnahme am Kriegszug. Vor der Stadt Vézelay er auf einem freien Feld, wo sich Tausende von Menschen einfinden: hoher und niedriger Adel, Kleriker, Söldner und viele, die der himmlische Lohn lockt, oder die normalen Zugewinne im Krieg, oder beides. Der Zisterzienser-Abt predigt: „Du tapferer Ritter, du Mann des Krieges, jetzt hast du eine Fehde ohne Gefahr, wo der Sieg Ruhm bringt und der Tod Gewinn“. Bernhard von Clairvaux wendet sich auch an die Kriminellen und fordert sie zur Kreuzfahrt auf: „Ist es denn nicht eine ausgesuchte und allein für Gott auffindbare Gelegenheit, dass der Allmächtige Mörder, Räuber, Ehebrecher, Meineidige und mit anderen Verbrechen Belastete in seinen Dienst ruft. [...] Misstraut nicht, Sünder, der Herr ist bei euch!“ Und weiter: „Selige nenne ich die Generation, die den Zeitpunkt derart reichlicher Vergebung ergreift und dieses wahrhafte Jubeljahr lebend angetroffen hat. [...] Gürtet euch mannhaft und ergreift im Eifer für den christlichen Namen die Glück bringenden Waffen“. Die versammelte Menge ist derart begeistert, dass sie die Teilnahme an dem Kreuzzug gelobt und Bernhard, um genügend Stoffkreuze für die Gewänder der Kreuzfahrer zur Verfügung zu haben, seine Kleider zerreißen muss. Die Kreuzzug-Ideologie ist inzwischen auf die verschiedensten Schauplätze christlicher Kriegsführung übertragbar gemacht worden. Deshalb soll der Zweite Kreuzzug nicht nur mehr im Nahen Osten, sondern gleichzeitig an zwei weiteren Fronten stattfinden: gegen die Mauren in Spanien und gegen die heidnischen Wenden im Norden Deutschlands.

24. Juni 1179 – Heinrich der Löwe kommt nicht zum Hoftag in Magdeburg

Magdeburg * Da der Welfenherzog Heinrich der Löwe auf dem Hoftag in Magdeburg - trotz Ladung - wieder nicht erscheint, verfällt er der Ächtung, die nach Ablauf von einem Jahr das Verfahren mit der Oberacht abschließt. Mit dem Aussprechen der Oberacht würde der Herzog alle Besitzungen und Lehen verlieren. Würde er sich aber „unterwerfen“, dann wäre der Kaiser berechtigt, ihn wieder in seine Gnade aufzunehmen und teilweise oder vollständig von Neuem in seine Güter und Rechte einzusetzen. Herzog Heinrich hat also ein Jahr Zeit, sein „Unrecht“



wieder gutzumachen.

13. Januar 1180 – Herzog Heinrich der Löwe verliert alle Reichslehen

Würzburg * Auf dem Hoftag zu Würzburg fallen die Fürsten wegen Nichterscheinen des Beklagten ihr Urteil: Herzog Heinrich werden - noch vor dem Aussprechen der Oberacht - alle Reichslehen abgesprochen und Kaiser Friedrich Barbarossa zur Neuverteilung übertragen. Dieses Urteil kann der Kaiser weder abmildern noch darauf in anderer Form einwirken. Verfahrenstechnisch entscheidend für den Kölner Erzbischof Philipp ist die Vollstreckung des lehnrechtlichen Urteils noch vor der Verkündung der volkrechtlichen Oberacht.

1204 – Ludmilla sichert sich das Jawort des Herzogs

Herzogtum Bayern - Bogen * Eine der Geschichten über die spätere Ehe zwischen Herzog Ludwig I. und Ludmilla erzählt von einer ebenso klugen wie wirkungsvollen List. Der etwa dreißigjährige Wittelsbacher, den man später „den Kelheimer“ nennt, wirbt um die verwitwete Gräfin von Bogen. Als amtierender Herzog gehört er zu den begehrtesten Heiratskandidaten des Landes. Ludmilla, eine gebürtige böhmische Prinzessin und Mutter dreier Söhne aus erster Ehe, verlangt jedoch ein verbindliches Eheversprechen, bevor sie sich auf ihn einlässt. Der Sage nach verbirgt sie drei Vertraute hinter einem Wandbehang, auf dem Rittergestalten zu sehen sind. Als Ludwig ihr die Ehe verspricht, fordert sie ihn auf, sein Gelöbnis auch vor diesen vermeintlich stummen Zeugen zu wiederholen. Der Herzog geht lächelnd darauf ein – und erlebt eine Überraschung. Ludolf Silvanus schildert die Szene im „Sagenkranz des Bayerisch-Böhmischen Waldes“: „Auf einem Teppich oben sah man vor einem PortalDrei Ritterbilder gewoben in ihrem Ahnensaal.Und drei von ihren Räten rief sie geschwind heran, Daß sie dahinter träten; sagt' ihnen ihren Plan. ‚Und ewige Liebe und Treue‘, rief schon der Herzog laut, ‚Gelob' ich heut' aufs neue, ihr werdet meine Braut!‘, ‚Wohlan! könnt ihr auch schwören bei jenen Rittern dort? Auch diese sollen es hören als Zeugen eurem Wort.‘ Der Herzog sah die Riesen mit Lächeln an der WandUnd rief: ‚Und auch vor diesen gelob' ich's mit Mund und Hand!‘ Da rollt mit einem Male der Vorhang sich empor, Drei Ritter im blanken Stahle treten daraus hervor.“ Damit hat Ludmilla nach der Erzählung ihr Ziel erreicht: Aus dem vertraulichen Versprechen wird ein Gelöbnis vor Zeugen, dem sich der Herzog nicht mehr entziehen kann. Die Geschichte liefert eine unterhaltsame Erklärung für die Hochzeit von 1204; als gesicherter Bericht über deren Zustandekommen gilt sie jedoch nicht.

28. März 1255 – Die erste bayerische Landesteilung



München - Landshut - Freising * Bei der ersten bayerischen Landesteilung werden das Herzogtum Bayern und die Pfalzgrafschaft bei Rhein aufgeteilt. Herzog Ludwig II., genannt der Strenger, erhält das Teilherzogtum Oberbayern und die Pfalzgrafschaft, Heinrich XIII. das Teilherzogtum Niederbayern. Damit werden München und Landshut zu Residenzstädten. Der Freisinger Bischof ist nun zwischen zwei Residenzen eingeklemmt. Das machte jeden weiteren Ausbau bischöflicher Herrschaft unmöglich. Außerdem kommt besonders von München immer mehr das Ansinnen, in kirchlichen Angelegenheiten mitzusprechen. Der oberbayerische Herzog will sogar selbstständig über solche innerkirchlichen Fragen bestimmen.

13. Oktober 1307 – Philipp IV. lässt die Templer in ganz Frankreich verhaften

Paris - Königreich Frankreich * Im Morgengrauen beginnt eine landesweit vorbereitete Verhaftungsaktion gegen den Templerorden. Königliche Amtsträger nehmen die Ordensbrüder fest, beschlagnahmen ihre Güter und stellen die Niederlassungen unter königliche Kontrolle. Auch Großmeister Jacques de Molay gerät im Pariser Temple in Gefangenschaft. Die überraschende Aktion trifft den Orden weitgehend unvorbereitet; ein organisierter bewaffneter Widerstand bleibt aus. Die Grundlage bildet ein geheimer Befehl König Philipps IV. vom 14. September 1307, dem Fest der Kreuzerhöhung. Darin ordnet er die Festnahme aller Templer seines Königreichs sowie die Sicherstellung ihres beweglichen und unbeweglichen Besitzes an. Die königlichen Amtsträger sollen die Gefangenen für ein kirchliches Verfahren festhalten. Das Schreiben schildert die angeblichen Vergehen in einer betont empörten Sprache. Den Templern wird vorgeworfen, bei ihrer Aufnahme Christus zu verleugnen, auf das Kreuz zu spucken und sich obszönen Handlungen zu unterziehen. Hinzu kommen Anschuldigungen wegen sexueller Beziehungen zwischen Ordensbrüdern. Philipp stellt diese Behauptungen als glaubwürdig übermittelte Verbrechen dar, obwohl ihre gerichtliche Prüfung noch aussteht. Mit seinem Vorgehen greift der König der bereits angekündigten päpstlichen Untersuchung vor. Der Orden untersteht unmittelbar dem Papst, weshalb Clemens V. den eigenmächtigen Zugriff als Eingriff in seine Zuständigkeit betrachtet. Am 27. Oktober protestiert er gegen die Verhaftungen, die Folter und die Einziehung des Ordensvermögens. In Paris beginnen am 19. Oktober die Verhöre der Gefangenen. Das erhaltene Verhörprotokoll erfasst die Aussagen von 138 Templern, darunter Jacques de Molay. Unter dem Druck der Haft, von Drohungen und Folter kommen zahlreiche Geständnisse zustande. Sie bilden eine wesentliche Grundlage des weiteren Verfahrens, sind jedoch keine verlässlichen Beweise für die behaupteten Praktiken. Die Verhaftungen leiten die offene Verfolgung des Templerordens in Frankreich ein. Der Orden ist damit noch nicht aufgehoben; darüber entscheidet erst Papst Clemens V. im Jahr 1312.



14. Oktober 1307 – Die französische Krone macht die Vorwürfe gegen die Templer öffentlich

Paris * Einen Tag nach den Massenverhaftungen lässt König Philipp IV. die Anschuldigungen gegen den Templerorden öffentlich verbreiten. Sein Berater Guillaume de Nogaret erläutert die Vorwürfe vor einer Versammlung von Geistlichen und Theologen. Damit soll das königliche Vorgehen als notwendiger Schutz des christlichen Glaubens erscheinen. Den Ordensbrüdern werden Ketzerei, die Verleugnung Christi, die Schändung des Kreuzes und angeblich obszöne Aufnahmezeremonien vorgeworfen. Hinzu kommen Anschuldigungen wegen gleichgeschlechtlicher sexueller Handlungen, damals unter dem Begriff „Sodomie“ verfolgt, sowie wegen der Verehrung von Götzenbildern. Die öffentliche Darstellung behandelt die Beschuldigungen bereits als erwiesene Verbrechen. Die Verhöre beginnen in Paris jedoch erst am 19. Oktober unter Leitung des dominikanischen Inquisitors Guillaume de Paris, auch Guillaume Imbert genannt. Haft, Drohungen und Folter führen zu zahlreichen Geständnissen, mit denen die Anklage gestützt wird. Wegen ihrer Entstehungsbedingungen sind diese Aussagen keine verlässlichen Belege für die behaupteten Praktiken.

22. März 1312 – Papst Clemens V. hebt den Templerorden auf

Avignon * Ungeachtet der Konzilsmeinung hebt Papst Clemens V. den Templerorden durch die Bulle „Vox in excelso“ auf. In der Begründung heißt es, dass allein schon durch den nunmehr schlechten Ruf des Ordens eine derartige Maßnahme notwendig sei, um weiteren Schaden von der Gesamtkirche abzuwenden. Anschließend übereignet der Papst durch die Bulle „Ad providam“ die Güter des Ordens den Johannitern. In Deutschland übernimmt der Deutschherrenorden den Templer-Reichtum für sich. Doch der Vollzug dieser Anordnung geht nur langsam vonstatten, und in Frankreich eignet sich König Philipp den größten Teil des verfügbaren Besitzes an, da er für die Abwicklung des Prozesses entsprechende Rechnungen stellt.

9. November 1313 – Die Schlacht bei Gammelsdorf

Gammelsdorf * In der Schlacht bei Gammelsdorf, unweit von Moosburg, schlägt Herzog Ludwig IV. der Baier die Truppen der Habsburger und seines Bruders Rudolph. Sein schneller Sieg wird durch das schlechte Wetter und einen dementsprechend morastigen Kampfplatz begünstigt. Im Aufgebot Herzog Ludwig des Baiern kämpfen oberbaierische Adelige und Bürger niederbaierischer Städte gegen österreichische und niederbaierische Ritter. Die militärische Auseinandersetzung flammte auf, nachdem Österreich - unterstützt von Herzog Rudolph -



Einfluss auf die niederbayerischen Angelegenheiten nehmen wollte. Dabei geht es konkret um die Vormundschaft der drei unmündigen Herzöge von Niederbayern, den Kindern der verstorbenen Herzöge Stephan I. und Otto III..

November 1327 – Bischof Konrad IV. von Klingenberg zieht in Freising ein

Freising * Nachdem König Ludwig IV. der Baier im März nach Italien aufbrechen ist, kann sich Bischof Konrad IV. von Klingenberg die Unterstützung des niederbayerischen Herzogs Heinrich XIV. erschleichen und in Freising einziehen.

1349 – Die Pest mündet in Pogrome

München - Herzogtum Bayern * Die Pest tobt im ganzen Land. Die Mattseer Annalen sprechen von einem Drittel der Menschen, die von der grauenvollsten Pest hingerafft werden. Unter den am meisten heimgesuchten Orten werden Braunau, München und Landshut genannt. Deshalb werden in Salzburg und München, aber auch in anderen Städten, „aus ruchloser übler Nachrede, die Juden verbrannt, geschlachtet, zerstückelt und auf sonstige Weise abgeschlachtet und getötet“.

1418 – Das Jägerbuch von Herzog Ludwig VII. dem Bärtigen von Bayern-Ingolstadt

Ingolstadt * Im Jägerbuch von Herzog Ludwig VII. dem Bärtigen finden sich Hinweise auf die Falknerei in Bayern. Der Herzog von Bayern-Ingolstadt ist der Bruder der französischen Königin Isabeau de Bavière. Spätestens bei seinen langen Aufenthalten am Hof des französischen Königs lernt er die Beizjagd kennen. Und da schon im Mittelalter an den Höfen des französischen Königs eine unglaubliche Prachtentfaltung herrscht, wird hier auch die Falknerei mit größtem Glanz und Aufwand betrieben. Es gibt dort sogar einen Falkenmeister des Königs, der später den Titel Großfalkonier von Frankreich trägt. Herzog Ludwig VII. von Bayern-Ingolstadt, der sich anno 1402 mit Anna von Bourbon vermählt hatte, regiert und verwaltet sein Teilherzogtum nach französischem Muster. Der Adel kleidet sich französisch und sogar die Ingolstädter Häuser sind nach Pariser Geschmack erbaut und eingerichtet worden. Hier dürfte demzufolge auch die Beizjagd entsprechend aufwändig ausgeübt worden sein. In dem bereits genannten Jägerbuch ist festgelegt worden, dass die Falkner zu dem Personenkreis gehören, die das Recht der Nachtselden in Anspruch nehmen können. Das bedeutet konkret, die vom Herzog den Klöstern und Kirchen auferlegte Verpflichtung, „unsere jägermaister, jäger und valcknär“ zu



beherbergen und zu verpflegen oder ersatzweise jährlich einen Geldbetrag abzuliefern. Die Prälaten von sechs Klöstern verklagen daraufhin Herzog Ludwig VII. vor dem Baseler Konzil, das ihn anno 1433 mit dem Kirchenbann belegt. Der Regent des Ingolstädter Herzogtums stirbt mit dieser Strafe.

28. August 1421 – Aufruf zur Gewalt in Böhmen

Eger * Die religiöse Rechtfertigung des Krieges begünstigt schwere Gewalt. Am 28. August 1421 geben Kurfürsten in Eger die Devise aus, in Böhmen alle Menschen außer kleinen Kindern zu töten. Ab Mitte der 1420er-Jahre setzen sich wieder gemäßigte Formen der Kriegführung durch.

1425 – Hexerei als eines der verabscheuungswürdigsten Verbrechen

Norditalien - Mittelitalien * Bernardino von Siena, ein franziskanischer Bußprediger, der später heiliggesprochen wird, predigt auf seinen Missionsreisen durch Nord- und Mittelitalien vehement gegen Juden, Häretiker, Sodomiten und Ehebrecher. Auch glaubt er, überall auf magische Praktiken, Wahrsagerei, Zauberei und das Wirken von Dämonen zu treffen. Er bezeichnet die Hexerei als eines der verabscheuungswürdigsten Verbrechen, für dessen Duldung Gott die Menschheit hart bestraft. Seine Zuhörer fordert der heilige Mann auf, die Hexen, Wahrsager und Zauberer aufzuspüren und zu vernichten. Seine Predigten enden regelmäßig in regelrechten Verfolgungen und Hinrichtungen. Das Verfolungsgebiet ist so erweitert worden.

1431 – Drei Ratsmitglieder reisen mit Wein zu Verhandlungen nach Straubing

München - Straubing * Als drei Ratsmitglieder zu Verhandlungen nach Straubing abgesandt werden, gibt man ihnen ein ansehnliches Quantum „Malvasier“ und „Romanier“ mit, damit sie entsprechend „witzig und schlagfertig“ sind und von den „herzoglichen Räten“ nicht übertroffen werden.

1438 – Löwen und Rauten im gevierten Wappenschild

Baiern-München * Mit dem Regierungsantritt Herzog Albrechts III. werden Löwen und Rauten in einem viergeteilten Schild zusammengeführt. Eine senkrechte und eine waagrechte Linie teilen



den Schild in vier Felder. Gleiche Wappenbilder stehen sich jeweils diagonal gegenüber. In der Heraldik heißt diese Anordnung „Vierung“. Bei den pfälzischen Wittelsbachern nimmt häufig der Löwe das erste und vierte Feld ein. Die Herzöge der bayerischen Linien bevorzugten an diesen Stellen die weiß-blauen Rauten; die Löwen erscheinen entsprechend im zweiten und dritten Feld.

1460 – Sebolt Schönmacher wird aus der Stadt gewiesen

München * Weil Sebolt Schönmacher mit seiner Alchemie etliche Bürger geschädigt hat, muss er schwören und versprechen, „zeitlebens nicht mehr in die Stadt und in das Land zu kommen“.

5. Januar 1501 – Die bayerischen Herzöge erlassen entsprechende Kleiderordnungen

München - Landshut * Die Regenten der beiden Teilherzogtümer Baiern-München, Herzog Albrecht IV., und Baiern-Landshut, Herzog Georg, nehmen eine große Reichspolizeiordnung, die am 10. September 1500 auf dem Augsburger Reichstag erlassen worden war, zum Anlass, für ihren jeweiligen Bereich entsprechende Kleiderordnungen zu erlassen. Inhaltlich beruhen sie auf einer Pfälzer Ordnung aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, die entsprechend modifiziert und den ober- und niederbayerischen Verhältnissen angepasst werden. Im Gegensatz zu Landshut ist das Landgebot „Ueberfluß und Unmaas der Bekleidung und anders hiernachfolgendes berührend“ die erste Kleiderordnung für München.

31. Oktober 1517 – Martin Luthers Kampf gegen die Prostituierten

Wittenberg - München * Martin Luther schlägt seine 95 Thesen an das Hauptportal der Schlosskirche in Wittenberg. Umgehend setzt eine Diskussion über den künftigen Umgang mit den Prostituierten und ihren Einrichtungen ein. Das erste städtische Frauenhaus wird noch in diesem Jahr geschlossen. Der Prozess zieht sich aber bis zum Jahr 1595 hin, dauert also weit über siebenzig Jahre. Er beginnt in den evangelisch beeinflussten Ortschaften und in den Reichsstädten. In den katholischen Gebieten setzt der Prozess später ein und dauert entsprechend länger. Das Münchner Frauenhaus ist eines der letzten, wenn nicht sogar das Letzte, das geschlossen wird.

23. August 1521 – Jakob Fugger stiftet die Fuggerei



Augsburg * Jakob Fugger „der Reiche“ unterzeichnet – auch im Namen seiner verstorbenen Brüder Georg und Ulrich – die Stiftungsurkunde der Fuggerei. Die bereits seit 1516 errichtete Reihenhaussiedlung bietet bedürftigen Augsburger Bürgern günstigen Wohnraum. Als Jahresmiete wird ein Rheinischer Gulden festgelegt; außerdem sollen die Bewohner täglich drei Gebete für die Stifterfamilie sprechen. Die Fuggerei gilt heute als älteste noch bestehende Sozialsiedlung der Welt.

24. Februar 1530 – Kaiser Carl V.: „Die lutherische Ketzerei in Deutschland ausrotten“

Rom-Vatikan * Kaiser Carl V. gibt Papst Clemens VII. das Versprechen, „die lutherische Ketzerei in Deutschland mit Stumpf und Stil auszurotten“.

11. Juni 1530 – Ein 70.000 Gulden teurerer Prunk und Glanz für den Kaiser

München-Graggenau * Danach gibt es im Lusthaus im Hofgarten ein Menü. „Um ein Uhr nachts“, nach dem 32. Gang, gibt der Kaiser das Zeichen zum Aufbrechen. Man verlässt den Hofgarten, um anschließend am Tanz im Rathaus teilzunehmen, wo „die schönsten Frauen des Landes bis gegen vier Uhr früh morgens im Reigen sich schwangen“. Der 70.000 Gulden teure Prunk und Glanz soll beim Habsburger Kaiser den Eindruck entstehen lassen, dass bei den Wittelsbachern kein Mangel besteht. Das dazu notwendige Geld hat der Bayernherzog Wilhelm IV. ein Jahr zuvor dem Volk als Türkenkriegssteuer abgepresst.

14. Juni 1530 – Kaiser Carl V. verlässt München in Richtung Augsburg

München - Augsburg * Kaiser Carl V. und sein Gefolge verlassen München in Richtung Augsburg, wohin er einen Reichstag einberufen hat. Dort sollen die Religionsparteien geeinigt werden, doch der Kaiser will „die lutherische Ketzerei in Deutschland mit Stumpf und Stil ausrotten“. Denn genau dieses Versprechen hat er am 24. Februar 1530 Papst Clemens VII. ja gegeben.

1563 – Der Jesuiten Petrus Canisius predigt die Hexenverfolgungen

München * Petrus Canisius, der wortgewaltige jesuitische Ordensprovinzial für Oberdeutschland, schreibt: „Überall bestraft man die Hexen, welche merkwürdig sich mehren. Ihre Freveltaten sind



entsetzlich. [...] Man sah früher in Deutschland niemals die Leute so sehr dem Teufel ergeben und verschrieben. [...] Sie schaffen viele durch ihre Teufelskünste aus der Welt und erregen Stürme und bringen furchtbares Unheil über Landleute und andere Christen. Nichts scheint gesichert zu sein gegen ihre entsetzlichen Künste und Kräfte“. Ohne jeden Zweifel an der Existenz der Hexenverbrechen oder Kritik an den angewandten ungesetzlichen Inquisitionsverfahren, das gegen alle strafprozessrechtlichen Bestimmungen der „Carolina“ verstößt, predigt er im Augsburger Dom über die in Wiesensteig und im schwäbischen Raum stattfindenden Hexenverfolgungen. Die juristischen und medizinischen Einwände interessieren den Jesuiten nicht. Für ihn steht die Theologie weit über der Jurisprudenz.

1576 – In Mailand bricht die Pest aus

Mailand * In Mailand bricht die Pest aus und fordert tausende Tote. Behörden und Adel fliehen teilweise aus der Stadt, um sich zu schützen. Die soziale Ordnung droht zusammenzubrechen: Versorgung, Pflege und religiöses Leben kommen weitgehend zum Erliegen. Erzbischof Carlo Borromeo bleibt bewusst vor Ort, organisiert persönliche Krankenbesuche, spendet Sakramente an Sterbende, geht selbst in besonders betroffene Viertel und versteht das als Pflicht eines Bischofs gegenüber seiner Diözese. Das wird später als Zeichen pastoraler Verantwortung interpretiert und trägt entscheidend zu seinem Ruf als Heiliger bei.

1581 – Eine Änderung in der Schreibweise Lehen tritt ein

München-Lehel * Eine Änderung in der Schreibweise Lehen tritt ein. Von jetzt an wird Lehen nicht nur mehr mit einfachem „h“, sondern - meistens - mit „ch“ geschrieben, also Lechen. Man trägt damit der Tatsache Rechnung, dass manche Menschen das Wort härter aussprechen. Damit entwickelt sich der Name Lehel vom Sachbegriff „die“ Lehen zum räumlichen Begriff „das“ Lehen mit der neuen Schreibvariante Lechen neben Lehen.

24. Juli 1589 – Alle bösen Leute und Unholden sollen umgehend verhaftet werden

München - Schongau * Herzog Ferdinand befiehlt seinem Landrichter, alle bösen Leute und Unholden, denen er habhaft werden kann, umgehend zu verhaften. Ihre Wohnungen sollen nach Salben, Amuletten, wächsernen und durchstochenen Bildern, menschliche Knochen und ähnlichen Zaubermitteln durchsucht werden. Benennen die Angeklagten freiwillig Mitschuldige, soll man ihnen einen Straferlass versprechen. Den Grund dafür, weshalb der böse Feind an



Macht gewonnen hat, sieht der Herzog im Zusammenhang mit dem sündhaften Leben der Untertanen. Nur deshalb lässt Gott dem Teufel und seinen Werkzeugen freie Hand. Die Pfarrer und Prediger im Landgericht Schongau sollen deshalb das Volk zur Buße und Besserung des Lebens ermahnen. Herzog Ferdinand fordert zur Unterstützung der unerfahrenen baierischen Hexenjäger den darin geschulten Nachrichter von Biberach an. Er soll die Verdächtigten auf Hexenmale untersuchen. „Dann wir gesinet, auf alle in Schwung geende und wachsende hochsträfliche Laster, sonderlich das ungeheur Unholdwerckh ernstliche Inquisition und Straf furnehmen“.

August 1589 – Der Schongauer Hexenprozess beginnt

Schongau * In dem ohne gesetzliche Grundlage durchgeführten und Hexenprozess werden unter rücksichtslosester Anwendung der Folter die unsinnigsten Geständnisse erpresst. Die Frauen gestehen unter anderem das Wettermachen, das Töten von Tieren durch Beschmieren mit der Hexensalbe, das Ausgraben und Sieden von Kindern zur Salbenherstellung, sexuellen Umgang mit dem Teufel und nächtliche Ausfahrten auf der Heugabel zu teuflischen Festen. Die Aussagen der so gepeinigten Angeklagten werden mit einer entsprechenden Empfehlung des Schongauer Landrichters Hans Friedrich Herwarth von Hohenberg an Herzog Ferdinand gesandt, der dann den Hinrichtungsbefehl gibt.

10. März 1590 – Die Einstellung gegenüber den Hexenverfolgungen ändert sich

München * Dr. Johann Georg Herwarth von Hohenburg wird zum Geheimen Rat und Obristkanzler ernannt. Mit seiner Berufung ändert sich die Einstellung gegenüber den Hexenverfolgungen. Der Jurist versucht diese mit den Mitteln des geltenden Strafrechts einzudämmen und bestreitet jedes Ausnahmerecht. Der Grund dafür ist, dass hier Ermittlungen, Verfolgungen und Verurteilungen wegen Hexerei und Zauberei ohne entsprechende landesherrliche Gesetze und Vorgaben eingeleitet und vollstreckt werden. Zu zahlreich sind die Übergriffe und Unregelmäßigkeiten geworden. Um den gesetzlosen Zustand zu beenden, leitet Dr. Johann Georg Herwarth von Hohenburg - noch während im baierischen Herzogtum die Hexenprozesse in Schongau, Ingolstadt und München laufen - eine Gesetzgebung gegen das Hexenverbrechen und damit die Eindämmung der Hexenverfolgung im Herzogtum Baiern ein.

2. April 1590 – Gesetzgebung gegen das Hexenverbrechen



München * Herzog Wilhelm V. fordert zur Unterstützung des Verfahrens zur „Gesetzgebung gegen das Hexenverbrechen“ vom Hofrat und von der juristischen und theologischen Fakultät der Universität Ingolstadt ein „Gutachten über die zu ergreifenden Maßnahmen gegen die überhand nehmende Hexerei“ an. Darin führt der Herzog aus, Gott selbst habe wegen der schrecklichen Sünden der Menschen diese mit der „neuen Pest der Hexerei“ gestraft. Und weil die Hexerei die größte aller Sünden wäre, würde Gott wiederum beleidigt werden. Er, Wilhelm V., sei als Fürst Gott verantwortlich und müsse durch „Bestrafung und Ausrottung der Hexen“ die „Ehre Gottes“ retten und wiederherstellen. Die Argumentation, dass sich nach dieser Logik Gott eigentlich selbst beleidige, wird ignoriert. Es geht auch nicht so sehr um die Ehre Gottes, sondern um die Angst vor weiteren göttlichen Strafen.

24. April 1600 – Nach dem Vater muss Michael Pämb in den Wippgalgen

München-Graggenau * Nach dem Vater muss Michael in den Wippgalgen. Doch der Bursche hält länger durch als sein Vater. Erst als man ihn zusätzlich mit einer brennenden Fackel unter den Achseln foltert, ist auch sein Wille gebrochen. Er bestätigt, dass er Kinderhände zum Zaubern genutzt hat, gesteht Morde, Brandstiftungen, Einbrüche, Raubzüge und alle sonstigen Verbrechen, die man ihm suggeriert. Die Mutter habe ihm das Hexenbeigebracht. Bei seinem älteren Bruder Gumprecht erzwingen die Folterknechte die Bestätigung für alles sowie weitere Gräueltaten.

28. April 1600 – Zuletzt widmen sich die Hofräte der betagten Mutter Anna Pämb

München-Graggenau * Zuletzt widmen sich Hofkommissar Dr. Johann Simon Wagnereckh und die Hofräte Hainmüller und Roming der betagten Mutter Anna. Bei ihr fragt man nicht erst nach Morden oder anderen Verbrechen, sondern widmet sich gleich dem schlimmsten aller Verbrechen: der Hexerei und Teufelsanbetung. Dabei steht gar nicht zur Frage, ob sie eine Hexe sei. Das wird als Tatsache vorausgesetzt. Die gemarterte Frau erfindet äußerst wilde Geschichten von der alten Zieglerin und dem Knecht, der der Satan gewesen sei, um den Qualen endlich ein Ende zu bereiten. Insgesamt gibt Anna Pämb zu, dass sie 100 Kinder und 19 alte Menschen mit ihren Zauberkünsten brutal ermordet habe. Ferner nennt sie rund 400 weitere Personen, die ebenfalls Hexerei betreiben.

Mai 1600 – Paulus, Michael und Gumprecht bestätigen, selbst „Hexer“ zu sein



München-Grägenau * Paulus, Michael und Gumprecht bestätigen im Lauf der nächsten Wochen, selbst „Hexer“ zu sein, den Teufel anzubeten und grässliche Verbrechen, die sie durch „Zauberei“ begangen haben. Paulus Päm hat im „Dienst des Teufels“ 44 Morde begangen. Gumprecht hat sogar 54 Menschen auf seinem jungen Gewissen und als ganz besonders blutrünstig erweist sich Michael mit 103 Morden. Dass die über 300-fachen Mörder außerdem unzählige Schadenzauber, Diebstähle und Brandstiftungen begangen haben, spielt da kaum noch eine Rolle. Aufgrund der Denunziation werden zwei ihrer skrupellosen Gefährten verhaftet und mit den Pämbs vor Gericht gestellt: der Bauer Ulrich Schölz sowie ein Schneider namens Georg Schmälzl, die ebenfalls gefoltert und zu „Geständnissen“ gezwungen werden. Einzig den kleinen Hansel verschont man mit weiteren Folterungen.

26. Juli 1600 – Die Hofkommissare fällen ihr Urteil im Pappenheimer-Prozess

München * Die Hofkommissare unter der Leitung von Dr. Johann Simon Wagnereckh fällen ihr Urteil. Nachdem sie es ausformuliert haben, begeben sie sich in den Falkenturm, wo sie den Malifikanten die Geständnisse vorlesen. Es ist üblich, den Delinquenten drei Tage vor der Hinrichtung diese sogenannten Urgichten noch einmal zur Kenntnis zu geben, damit sie die Gelegenheit zur Korrektur haben und eventuell Denunziationen zu widerrufen. Aus panischer Angst vor weiteren Folterungen verzichten die Pämbs und ihre Mitangeklagten darauf, den Urgichten zu widersprechen. Danach gewährt man ihnen eine Henkersmahlzeit, die auch gebratenes Fleisch und Wein umfasst.

1609 – Galileo Galileis Fernrohrbeobachtungen

Padua * Galileo Galilei beobachtet mit einem verbesserten Fernrohr den Himmel. Er entdeckt Mondkrater, vier Jupitermonde, die Phasen der Venus, zahlreiche Sterne in der Milchstraße und Sonnenflecken. Seine Beobachtungen widersprechen dem traditionellen geozentrischen Weltbild und unterstützen das kopernikanische Weltbild.

Oktober 1610 – Ein Aberglaubens- und Hexenmandat für das Hochstift Augsburg

Augsburg * Bischof Heinrich V. von Knöringen erlässt ein entsprechendes Aberglaubens- und Hexenmandat für das Hochstift Augsburg. Sie alle stehen damit in einer Linie mit den fränkischen Bischöfen und den Fürsten in München sowie Köln und zählten zu den von Papst Urban VIII. so bezeichneten „Zelanten“.



20. Januar 1612 – Kaiser Rudolf II. stirbt in Prag

Prag * Kaiser Rudolf II. stirbt in Prag. Sein Bruder Matthias wird daraufhin Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Entgegen seinem Versprechen hält er sich jedoch nicht an die den Böhmisches Ständen gegebenen Zusagen im Majestätsbrief.

März 1612 – Das baierische Aberglaubens- und Hexenmandat wird veröffentlicht

München * Erst jetzt ist das Herzogliche Baierische Mandat gegen Aberglauben, Zauberei, Hexerei und andere sträfliche Teufelskünste den Beamten zugänglich gemacht. Das „Landgebott wider die Aberglauben Zauberey Hexerey und andere sträfliche Teufelskünste“ umfasst 40 Seiten und ist das umfangreichste Gesetz gegen die Hexerei, Zauberei und Aberglauben, das jemals in Mitteleuropa publiziert worden ist. Es listet 52 strafbare Formen von Aberglauben auf. Darunter beispielsweise Wahrsagen, Astrologie, Geisterbeschwörung, Ausgraben von Leichen und Alraunen, abergläubisches Schatzsuchen, Ungezieferbeschwörung, Wetter- und Bildzauber, Bannung von Geistern und Krankheiten durch Ansegnen, Missbrauch von Scharfrichterutensilien und so weiter. Ausdrücklich wird guter und schlechter Zauber gleichgesetzt. Auch harmloser Aberglaube gilt als Vorstufe zum Hexenverbrechen. Jede Form von Zauberei muss ausgerottet werden, weil sonst „Gott der Allmechtig zu billichem Zorn gegen uns Menschen bewegt und unser Landt und Leuth mit thewring Krieg und Pestilentz auch andern mannigfaltigen Plagen straffen und angreifen möchte“. Schließlich ist es Aufgabe der Obrigkeit, die Ehre Gottes zu retten. Als besonders tatverdächtig werden im Bereich des Aberglaubens die Schmiede auf dem Lande, die alten Weiber und die Nachrichter genannt. Erstmals wird für den Bereich des Herzogtums Baiern nun auch der Teufelspakt als Straftat ausformuliert.

23. Mai 1618 – Die Delinquenten werden defenestriert und landen auf dem Misthaufen

Prag * Die Ständevertreter begeben sich in das Schloss auf dem Hradschin, um die kaiserlichen Beamten zur Rede zu stellen. Es kommt zu einem heftigen Streit, in dessen Folge die Aufständischen zwei Statthalter Ferdinands samt deren Sekretär aus einem Fenster der Burg werfen. Doch die katholischen Statthalter überleben, was in der katholischen Propaganda umgehend zu einer Engels- und Marienerscheinung und damit zu einem Wunder umgedeutet wird. Weniger pathetische Stimmen sprechen von einem Misthaufen der den Sturz abgemildert hat. Doch auch einen Misthaufen hätten - nach einem freien Fall aus 18 Metern Höhe - drei Ungeübte nicht so leicht überstanden, dass sie hinterher noch in der Lage gewesen wären



wegzulaufen. Die Lösung liegt wahrscheinlich an der unter dem Fenster schräg verlaufenden Wand. Durch die kleinen Fenster konnten die Delinquenten nicht mit Schwung „defenestriert“ werden und so nach unten rutschen. Die Ereignisse auf der Prager Burg stilisieren die katholischen Propagandisten zur Staatsaffäre hoch. Der Prager Fenstersturz ist die Initialzündung für den Dreißigjährigen Krieg.

1619 – Der Festungsbau verändert das Lehel und begünstigt die Entstehung von Herbergen

München-Lehel * Mit dem Bau der neuen Stadtbefestigung müssen zahlreiche Gewerbeanlagen unmittelbar vor den alten Stadtmauern weichen. Später entstehen sie nur teilweise wieder auf einem wesentlich kleineren Gelände zwischen den Befestigungswerken und der Isar. Die Hofbehörden beanspruchen auch das unbebaute Vorfeld der Bastionen und Schanzen. Ohne die städtischen Burgfriedensrechte zu berücksichtigen, vergeben sie Flächen zur Anlage von Gärten und Sommerhäusern. Adelige Grundbesitzer im damals als „auf dem Lehen“ bezeichneten Gebiet folgen diesem Beispiel: Sie überlassen Arbeitern der Stadtbleihe, der Zimmerplätze und der Lände Grundstücke zur Errichtung einfacher Unterkünfte. Dafür verlangen sie einen regelmäßigen Bodenzins sowie ein Laudemium, eine Abgabe bei Besitzwechsel. So finden zunehmend Menschen innerhalb des Münchner Burgfriedens Unterkunft, die den strengen Vermögensanforderungen des Magistrats nicht entsprechen. Besonders die gräfliche Familie Tattenbach fördert diese Ansiedlung und beansprucht um ihren Garten mit dem „Gschlößl“ sogar eine eigene Niedergerichtsbarkeit. Die kleinen Häuser werden in einzeln veräußerbare Wohneinheiten aufgeteilt. Diese „Gemächer“ oder „Herbergen“ umfassen ein oder mehrere Zimmer. Die Aufteilung ermöglicht eine intensive Nutzung der Gebäude und verschafft den Grundbesitzern Einnahmen aus Bodenzinsen und Besitzwechselabgaben.

8. Oktober 1619 – Herzog Maximilian I. wird großzügig entschädigt

München * Herzog Maximilian I. von Baiern sichert Kaiser Ferdinand II. im Münchner Vertrag die Unterstützung der Liga - unter seinem Oberbefehl - gegen das aufständische Böhmen zu. Kaiser Friedrich II. sagt dem Baiernherrscher das uneingeschränkte Direktorium über die katholische Liga zu und garantiert ihm Ersatz für alle Unkosten, die er beim Krieg gegen Böhmen haben würde. Bis zur endgültigen Abrechnung sind ihm pfandweise österreichische Länder zu übertragen. Nur mündlich erhält Herzog Maximilian I. das kaiserliche Versprechen, dass Kurfürst Friedrich V. geächtet und die pfälzische Kurwürde nach Baiern verlagert wird.



8. November 1620 – Die Schlacht am Weißen Berg entbrennt

Prag * Der Karmeliten-Pater Dominicus a Jesu Maria tritt mit einem von kalvinistischen Bilderstürmern geschändeten Marienbild um den Hals und dem Kreuz in der Hand vor die Söldnertruppen und ruft im mitreißenden Glaubenseifer zum Kampf auf. Engel würden die katholische Sache zum Sieg führen. Der Schlachtruf lautet: „Maria!“ Am Weißen Berg entbrennt der Kampf gegen das böhmische Ständeheer. Eine Übermacht von 32.400 kaiserlichen Infanteristen und 7.550 Reitern tritt gegen 8.000 böhmische Fußsoldaten und 5.000 Kavalleristen an. In nur einer einzigen Stunde erringen die Kaiserlichen einen triumphalen Sieg über die böhmischen Rebellen. Dominicus a Jesus Maria stilisiert anschließend den Kampf zu einer Schlacht des Katholizismus gegen den Unglauben hoch. Die vernichtende Niederlage des protestantischen Heeres wird dementsprechend als Sieg des Katholizismus und schließlich als göttliches Wunder umgedeutet.

22. Januar 1621 – Kaiser Ferdinand II. erklärt Friedrich V. zum Reichsfeind

Wien * Kaiser Ferdinand II. erklärt Friedrich V. zum Reichsfeind - ohne die üblichen Formvorschriften zu erfüllen. Dadurch kann der Habsburger sein Versprechen gegenüber Herzog Maximilian I. von Baiern erfüllen: Die Belehnung mit der pfälzischen Kur.

25. Februar 1623 – Maximilian I. erhält die Kurwürde auf Lebenszeit

Regensburg * Kaiser Ferdinand II. löst sein Versprechen ein und belehnt Herzog Maximilian I. von Baiern auf dem Regensburger Fürstentag mit der pfälzischen Kur des gestürzten „Winterkönigs“ Friedrich V.. Wie verabredet erhält Maximilian I. die Kurwürde nur auf Lebenszeit. Damit verbunden erhält Baiern die Oberpfalz als Pfandbesitz. Die Rheinpfalz kommt unter baierische und spanische Verwaltung. Damit ist die katholische Mehrheit im siebenköpfigen Kurfürstenkollegium gesichert. Die baierischen Wittelsbacher besitzen nun - mit Köln - über zwei der sieben Kurwürden.

4. Oktober 1624 – Der Beginn der Rekatholisierung in Oberösterreich

Wien - Oberösterreich * In das von Kaiser Ferdinand II. an das Herzogtum Baiern verpfändete Oberösterreich soll eine Reformkommission die evangelisch gewordenen Untertanen wieder katholisch machen. Durch ein Patent Kaisers Ferdinands II. wird die Ausweisung aller



evangelischen Schulmeister und Prediger im Lande ob der Enns verfügt. Da die freigewordenen Pfarrstellen nicht mit einheimischen Pfarrern besetzt werden können, holt man italienische Priester aus dem italienischen Teil Tirols. Diese sprechen kaum deutsch und können deshalb die Messe, wie es zuvor üblich war, nicht in der Landessprache halten.

1626 – Erste Stimmen der Jesuiten gegen die Verfolgung der Hexen

München * Selbst unter den Jesuiten gibt es erste Stimmen, die sich entschieden gegen die Verfolgung der Hexen aussprechen. Dazu gehört der Jesuitenpater Adam Tanner, der sich im dritten Band seines Werkes „Theologiae Scholasticae“ vehement gegen die Ansicht wehrt, dass Gott es zulassen würde, dass neben vielen „Schädlichen“ auch viele „Unschuldige“ sterben müssten. Tanner bejaht zwar die Existenz der Hexen, glaubt grundsätzlich an den „Teufelspakt“ und sieht in der Hexerei ein „todeswürdiges Verbrechen“, dem der Prozess zu machen sei. Er verlangt aber auch, dass bis zum Beweis des Gegenteils von der Unschuld der Angeklagten auszugehen sei. Geständnisse unter der Folter dürfen keine Begründung für einen Urteilsspruch sein. Seine Forderungen bringen dem Jesuiten Adam Tanner mannigfache Anfeindungen ein. Erboste Inquisitoren drohen ihm sogar die Folter an.

7. September 1634 – Kurfürst Maximilian I. will sein Gelöbnis erfüllen

München * Nachdem München von der drohenden Besetzung und Plünderung durch Kontributionen freigekauft werden und das kaiserlich-ligistische und durch spanische Truppen verstärkte Heer in der Schlacht bei Nördlingen am 6. September 1634 einen entscheidenden Sieg über die Schweden erringen konnte, beauftragt Kurfürst Maximilian I. nach seiner Rückkehr eine Kommission zu überlegen, „was es für ein werk sein [...] möchte“, mit dem er sein Gelöbnis erfüllen könne. Der hochrangige Beraterkreis schlägt die Stiftung eines jährlichen Lobamtes in der Frauenkirche und die Errichtung eines neuen Altars in der entsprechenden Kapelle vor. Sie bewegen sich damit im damals üblichen Rahmen für ein Exvoto.

5. Januar 1635 – Eine Stiftung für das Seelenheil der Kurfürstin

Au * Nach dem Tode Elisabeths, der ersten Gemahlin des Kurfürsten Maximilian I., versprechen die Auer Mönche, recht eifrig für die Seele der Verstorbenen zu beten, wenn ihre Zahl auf sechzehn erhöht werden würde. Kurfürst Maximilian I. bewilligt daraufhin den Paulanerpatern



10.000 Gulden als ewige Stiftung, „unseres nuzens und notdurft, vorderist aber unserer und unser geliebten Gemahlin Seelenheil wegen“.

20. Mai 1648 – Schutzsuche hinter den mächtigen Befestigungsanlagen

München - Haidhausen * Im letzten Jahr des Dreißigjährigen Krieges ziehen Schweden und Franzosen vom Lech her in Richtung München. Menschengruppen aus allen Landesteilen suchen Schutz hinter den mächtigen Befestigungsanlagen der Stadt. Aus Angst, dass Krankheiten ausbrechen könnten, werden 2.934 Menschen mit einem „geringen Almosen“ aus der Stadt gewiesen. Auf Haidhausen treffen insgesamt 418 Personen, darunter 89 Familien mit 99 Frauen und 230 Kindern.

10. August 1662 – Kurfürst Ferdinand Maria lehnt die Bitten der Theatiner ab

München-Kreuzviertel • Da die Rochus-Kapelle seit ihrer Niederlassung den Augustiner-Eremiten anvertraut worden war, galten ihre Vorrechte auch noch, als die Theatinerpatres die Kirche für ihre Zwecke nutzen. Denn die Augustiner lesen hier wöchentlich zwei Messen. Dass das die Theatiner als störend empfinden, kann nachvollzogen werden. Entsprechend unzufrieden sind sie deshalb auch mit dieser Situation. Deshalb bitten sie den Ferdinand Maria um Erweiterung der Kirche und des Wohnhauses. Der Kurfürst verweigert in Anbetracht des geplanten Neubaus dieses Ansinnen.

24. September 1662 – Der Auftakt einer Festtrilogie im Opernhaus am Salvatorplatz

München * Auch das Volk darf sich an den Feierlichkeiten aus Anlass der Geburt des Kurprinzen Max Emanuel beteiligen. Von Mittag bis zum Abend fließt aus eigens vor der Residenz aufgestellten Brunnen weißer und roter Wein. Brot wird verteilt. Und Hofleute werfen Geldstücke und Schaumünzen unter das Volk. Das kurfürstliche Herrscherpaar verfolgt zeitgleich im Opernhaus am Salvatorplatz die Oper „Fedra Incoronata“. Sie bildet den Auftakt einer Festtrilogie. Noch vor der eigentlichen Opernaufführung erscheinen Iris, Hebe sowie Lucina und verkünden, dass die Zeit der finsternen unwirtlichen Wetter zu Ende geht und jetzt heitere Tage anbrechen würden. Sie sind gekommen, um die Sorgen und Schmerzen, die sich mit der schweren Geburt des Prinzen eingestellt haben, zu vertreiben. Dem neuen Helden [Max Emanuel] wünschen sie alles Gute und dass er wachsam und Kühn das Schwert führen werde. In dem folgenden Spektakel treten nahezu alle griechischen Götter und Helden auf und huldigen dem Kurprinzen. Selbst der



Kriegsgott Mars prophezeit, dass die unbesiegbare Rechte Max Emanuels die „Türken zähmen und bezwingen“ werde. Dem drei Monate alten Kurprinzen wird von den Göttern eine großartige Zukunft vorausgesagt.

29. April 1670 – Ein erneutes Gesuch um Heiligsprechung des seligen Kajetan

München - Rom • Da sich in dem nur zwei Jahre dauernden Pontifikat des Papstes Clemens IX. in der Frage der Heiligsprechung des Theatinerorden-Gründers Kajetan von Thiene noch kein Ergebnis vorliegt, richtet das bayerische Kurfürstenhaus erneut ein entsprechendes Gesuch an Papst Clemens X..

1678 – Enrico Zuccalli gestaltet die als altmodisch empfundenen Dachaufbauten um

Schloss Nymphenburg * Enrico Zuccalli lässt die als altmodisch empfundenen Dachaufbauten Agostino Barellis - in Gestalt von vier italienischen Zwerchhäusern - bei „Schloss Nymphenburg“ wieder abbrechen und dadurch das flach geneigte Walmdach optisch beruhigt.

5. Juli 1683 – Eine erste osmanische Vorhut vor Wien

Wien * Die erste Vorhut des osmanischen Heeres taucht vor Wien auf. Großes Kopfzerbrechen bereitet den Bewohnern Wiens das Verhalten des Kaisers, der sich auch weiterhin seinem Jagdvergnügen widmet und die Türkengefahr scheinbar ignoriert. Will er lediglich verharmlosen oder zeigen, dass die Angst vor der Gefahr übertrieben ist? Doch je näher die Hauptstreitmacht des türkischen Heeres auf die kaiserlichen Hauptstadt zukommt, desto mehr wächst auch bei Kaiser Leopold I. die Angst.

19. August 1685 – Neuhäusl wird von der kaiserlichen Armee erobert

Neuhäusl - München - Wien * Auf die Entsatzschlacht von Gran folgt die Eroberung von Neuhäusl. Wieder ist Max Emanuel am Erfolg der Schlachten wesentlich beteiligt. Baierns Kurfürst hat schon am Beginn der Allianz mit Kaiser Leopold I. ein selbstständiges Kommando verlangt. Dass er sich der Befehlsgewalt einem in der Hierarchie unter ihm stehenden Herzog Carl von Lothringen unterordnen muss, wird von ihm als auf Dauer nicht hinnehmbar angesehen und führt deshalb zu steten Protesten. Je länger der Krieg dauert und je häufiger Kurfürst Max



Emanuel entscheidend in die Kämpfe eingreift, desto lauter fordert er den Oberbefehl über alle kaiserlichen Truppen. Als Schwiegersohn hat sich die Beziehung zum Kaiser inzwischen besonders intensiviert, was die Ansprüche des Kurfürsten zusätzlich erhöht. Doch genau jene militärischen Tugenden, die Max Emanuel bisher auszeichneten, sprechen in Wien gegen die Übertragung einer so großen Verantwortung an den Kurfürsten, auch wenn er durch seine Kühnheit, Risikofreude, Spontanität und seiner Lust zum Handstreich ohne Rücksicht auf das eigene Leben die wichtigsten Siege für den Kaiser errang. Den Wiener Kriegsplanern ist Max Emanuel einfach zu ungestüm.

9. September 1685 – Empfang für das Kurfürsten-Paar in Haidhausen

Haidhausen * „Nachmittags um drei Uhr hatten sich auf dem Anger vor dem Besitztum des Grafen Leiblfing die Kavaliers mit Kutschen und Handpferden versammelt. Auch die kurfürstliche Leibgarde zu Pferd und eine Kompanie der Bürgerschaft zu Pferde waren angetreten.“ Das Kurfürsten-Paar Max Emanuel und Maria Antonia werden am Haidhauser Schlossanger von den dort versammelten Anwesenden feierlich empfangen. Nach einer ausführlichen Huldigung des jungen Ehepaares erfolgte schließlich der triumphale Einzug in die nahe Residenzstadt München. Für die erwiesene Gastfreundschaft wird Kurfürst Max Emanuel dem Haidhauser Schlossbesitzer wieder ein kleines Stück entgegenkommen. Der Landesherr akzeptiert zwar die von seiner Hofkammer gemachten Einschränkungen, wonach Haidhausen nicht zur geschlossenen Hofmark ernannt werden darf, weil dort auch andere die Jurisdiktion ausüben, nämlich: das Leprosenhaus am Gasteig über den Kotterhof, Graf Preysing, die Ridler und die Jesuiten über ihre Gartengüter sowie der Kurfürst selbst über das Brunnhaus und den Jäger im Brunntal. Außerdem, so die Hofkammer weiter, darf der Kurfürst die Jurisdiktion für eine so große Ortschaft nahe der Landeshauptstadt nie vergeben, da er sich sonst bei auftretenden Unregelmäßigkeiten zuerst an den Hofmarkherren wenden muss, statt sofort selbst einzuschreiten. Dies könnte besonders beim Ausbrechen der Pest oder bei der unerwünschten Ansiedlung von Bettlern und vagierendem Gesindel nötig sein.

1. Februar 1694 – Der Lütticher Fürstbischof stirbt völlig unerwartet

Lüttich * Der Lütticher Fürstbischof Johann Ludwig von Elderen stirbt völlig unerwartet. Baierns Kurfürst Max Emanuel, der zu diesem Zeitpunkt Generalstatthalter der Spanischen Niederlande ist, fordert seinen Bruder Joseph Clemens auf, unter Hintansetzung „aller Gemächlichkeit, auch etwa sonst vorzustellen habender anderwertigen Erinnerungen“ sofort nach Lüttich aufzubrechen, um dort persönlich in den Wahlkampf einzugreifen.



1700 – Das Militärwaisenhaus wird zur Pflegeanstalt

Bogenhausen * Das bisherige Militärwaisenhaus und Lazarett wird in eine Pflegeanstalt für kranke, gebrechliche oder körperlich beeinträchtigte Frauen umgewandelt. Die damalige Bezeichnung „bresthaft“ umfasst unterschiedliche Krankheiten und körperliche Gebrechen. Die Umwidmung zeigt, dass das Gebäude nun nicht mehr vorrangig der Versorgung von Soldaten und Militärwaisen, sondern der dauerhaften Unterbringung und Betreuung hilfsbedürftiger Frauen dient.

1. Juli 1703 – Der Tiroler Aufstand zwingt Max Emanuel zum Rückzug

Tirol * Tiroler Schützen, Landmilizen und bewaffnete Bauern erheben sich gegen die baierisch-französische Besatzung. Bereits am 1. Juli vernichten sie an der Pontlatzer Brücke einen Vorstoß ins Oberinntal. Zugleich versperren Tiroler und kaiserliche Truppen den Weg über den Brenner und verhindern die geplante Vereinigung Max Emanuels mit der französischen Italienarmee. Von seinen Nachschubwegen abgeschnitten und von mehreren Seiten bedrängt, muss der Kurfürst seinen Feldzug abbrechen.

2. Juli 1704 – Die Alliierten erstürmen den Schellenberg

Donauwörth * Die verbündeten Truppen unter John Churchill, Herzog von Marlborough, und Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden greifen die baierischen Befestigungen auf dem Schellenberg bei Donauwörth an. Die von Graf Johann Baptist von Arco und General Alessandro Maffei befehligten Verteidiger haben ihre Schanzen noch nicht vollständig ausgebaut. Nach mehreren verlustreichen Angriffen durchbrechen die Alliierten am Abend die baierischen Linien. Die Verteidiger ziehen sich unter hohen Verlusten zurück und geben Donauwörth auf. Marlborough und Ludwig Wilhelm sichern sich damit einen strategisch wichtigen Donauübergang und öffnen ihren Truppen den Weg in das Kurfürstentum Baiern.

23. November 1705 – Kaiserliche Truppen zerschlagen die Belagerung Wasserburgs

Wasserburg am Inn * Am Magdalenenberg treffen die schlecht bewaffneten Aufständischen auf rund 1.100 kaiserliche Soldaten unter Oberst Johann Baptist de Wendt. Die Belagerer wollen den strategisch wichtigen Innübergang und die von etwa 250 Kaiserlichen verteidigte Stadt in ihre Gewalt bringen. Den militärisch ausgebildeten und berittenen Truppen haben die Bauern und



jungen Burschen kaum etwas entgegenzusetzen. Kaiserliche Husaren brechen ihren Widerstand und richten ein Blutbad an. Rund 300 Aufständische kommen ums Leben, zahlreiche weitere geraten in Gefangenschaft. Wasserburg bleibt unter kaiserlicher Kontrolle.

18. Dezember 1705 – Übertriebene Versprechen sollen zum Marsch auf München bewegen

Tölz * Im Franziskanerkloster versammeln sich Beamte, Gemeindevertreter und Offiziere aus Tölz und den umliegenden Herrschaftsgebieten. Zu den Teilnehmern gehören der Valleyer Pflegskommissär Maximilian Alram und der ehemalige baierische Kriegskommissär Matthias Ägidius Fuchs sowie mehrere Offiziere. Den Versammelten wird - auf Grundlage von Halbwahrheiten und maßlosen Übertreibungen - eröffnet, dass die kaiserliche Administration plane, die kurfürstlichen Prinzen aus München zu entführen. Daher bäten einige Adelige und die Münchner Bürgerschaft dringend darum, dass das Oberland zu den Waffen greife und die Kaiserlichen aus München vertreibe. Dabei werden folgende Behauptungen vorgebracht: Aus dem Rentamt München stünden dafür 20.000 Mann bereit. Aus dem Unterland erwarte man weitere 8.000 Mann. Die Münchner hätten zugesichert, die Aufständischen ohne den Verlust eines einzigen Mannes und ohne einen Schuss Pulver in die Stadt zu schleusen. Den Beamten wird erklärt, dass der „Marsch nach München“ den Intentionen des Kurfürsten entspreche, was ein Schreiben vom 9. Dezember 1705 belege. Für die Gerichte südlich von München wird ein allgemeiner Aufgebotsbefehl erlassen. Anmerkung: Das Mandat des Kurfürsten Max Emanuel vom 9. Dezember 1705 war eine Fälschung, die vermutlich von der Braunauer Führungsgruppe um Matthias Plinganser angefertigt wurde. Fake News als politisches Mittel also schon seinerzeit.

24. Dezember 1705 – Der Zug der Aufständischen kommt in Baierbrunn an

Baierbrunn * Gegen 16 Uhr kommt der Zug der Aufständischen in Baierbrunn an. Am Nachmittag erreicht die Führung die Nachricht vom Anzinger Posthalter Hierner, dass die Unterländer nicht wie erwartet nach München vorstoßen können, weil ihnen das Korps Kriechbaum in Anzing den Weg versperrt. Erneut rät Hauptmann Mayer, das Unternehmen abubrechen und über Schöfflarn Brücke in Richtung Valley auszuweichen, um die Verbindung mit den Unterländern zu suchen. Er setzt sich wieder nicht durch, weshalb der „Marsch nach München“ fortgesetzt wird.

24. Dezember 1705 – Weitere bedenkliche Nachrichten aus München treffen ein



Solln * Am Abend treffen weitere bedenkliche Nachrichten aus München in Solln ein. Die Münchner Verschwörer raten den Aufständischen eindringlich, den Angriff abubrechen, da die Kaiserlichen zu stark seien und die Münchner Bürgerschaft nichts unternehmen kann (will). Hauptmann Matthias Mayer gibt den Befehl zum Rückzug. Nach einer halben Stunde - bei Pullach - wird er auf Betreiben des „Jägeradam“ und der von ihm geführten Schützen aufgehalten und die Kolonne - unter tumultartigen Szenen - zum Umkehren bewegt. Dem sich weigernden Hauptmann Mayer wird daraufhin der Oberbefehl entzogen. Er selbst wird gefangen genommen.

24. Dezember 1705 – Der Marsch auf München beginnt

Schäftlarn * Gegen Mittag brechen die Oberländer in Richtung München auf. Der Marsch auf München beginnt. Der Zug schließt den Zug ab. Schützen unter Leutnant Houis und dem „Jägeradam“ bilden die Vorhut. Ihnen folgen in einigem Abstand die mit Spießen und Stangen bewaffneten Männer sowie die sechs Böllerkanonen. Die Reiterei schließt den Zug ab.

1720 – Von England aus entwickelt sich ein neuer Gartenstil

Großbritannien * Von England aus entwickelt sich ein neuer Gartenstil. Philosophen, Dichter und Landschaftsmaler propagieren ein neues Persönlichkeitsbewusstsein und Naturgefühl. Landschaftsgärten entsprechen immer mehr dem neuen Gartenideal.

7. November 1724 – Die städtischen Rechte im Lehel werden neu geregelt

München-Lehel * Nach langen Verhandlungen zwischen Stadt und Landesherrschaft bestätigt der Landesherr die Münchner Burgfriedensgrenze erneut. Die umstrittenen grundherrlichen und gerichtlichen Zuständigkeiten im Lehel werden zugunsten der Stadt geregelt. In den folgenden Jahren werden die bisher zum Hofkastenamt zinspflichtigen Kleinhäuser und Herbergen dem Magistrat unterstellt. Ihre Abgaben vereinnahmt künftig die städtische Kämmerei. Eine entsprechende Übertragung der Tattenbach'schen Rechte ist damit nicht nachgewiesen. Die Festungswerke und die „alten Lehen“, insbesondere die Mühl- und Werkgerechtigkeiten, bleiben jedoch dem Landesherrn vorbehalten. Für die Verwaltung des stark gewachsenen Viertels ist eine eigene Lehel-Deputation zuständig.



1740 – Der Mopsorden nimmt Männer und Frauen auf

Deutschland * In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts entsteht der Mopsorden, eine geheime Gesellschaft, die sich in ihrem Aufbau und ihren Zeremonien an der Freimaurerei orientiert. Seine Anfänge bleiben unklar. Häufig gilt der Kölner Kurfürst und Erzbischof Clemens August von Bayern aus dem Haus Wittelsbach als Gründer. Diese Zuschreibung ist jedoch nicht gesichert. Auch das vielfach genannte Gründungsjahr 1740 lässt sich nicht als eindeutiger Beginn festhalten. Die Entstehung des Ordens wird häufig mit dem päpstlichen Freimaurerverbot vom 28. April 1738 in Verbindung gebracht. Der Mopsorden bietet demnach insbesondere katholischen Männern und Frauen eine Möglichkeit, sich in einer ähnlichen Gesellschaft zusammenzufinden. An die Stelle eines Eides tritt ein Ehrenwort zur Verschwiegenheit. Anders als die damaligen Freimaurerlogen nimmt die Mopsgesellschaft auch Frauen auf. Ihnen stehen die verschiedenen Ordensgrade und Leitungsämter offen. Männliche und weibliche Vorsteher tragen die Bezeichnung „Großmops“. Geselligkeit, Freundschaft und gegenseitige Unterstützung verbinden sich mit einem spielerischen Zeremoniell. Als Sinnbild wählt die Gesellschaft den damals beliebten Mops. Er steht für Treue, Anhänglichkeit und Beständigkeit. Mopsfiguren und entsprechende Schmuckstücke dienen als Erkennungszeichen und verweisen auf die Zugehörigkeit zum Orden. Der Zirkel in der Mopsloge soll Folgendes lehren: „Gleich, wie alle Durchschnitte des Kreises durch seinen Mittelpunkt gehen, müssen alle Handlungen eines Mopses aus einer Quelle gehen, nämlich der Liebe.“

12. September 1759 – Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas wird in München geboren

München * Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas wird in München geboren. Sein Vater, Janus de Garnerin Freiherr von Montgelas, stammt aus dem französisch sprechenden Teil des Herzogtums Savoyen. Seine Mutter Maria Ursula ist eine geborene Gräfin von Trauner und Tochter eines Geheimen Rates des Fürstbischofs von Freising. Bis zu ihrer Eheschließung ist Maria Ursula Gräfin von Trauner als Hofdame der Kurfürstin Maria Anna eingebunden. Sein Taufpate ist der bayerische Kurfürst Max III. Joseph, von dem er auch seinen Vornamen hat.

3. August 1773 – Erbauung der Bierkeller außer dem Burgfrieden und Verleitung des Biers

München * Ein kurfürstliches Mandat befasst sich mit der Erbauung der Bierkeller außer dem Burgfrieden und Verleitung des Biers. Das in den genannten Märzenkellern gelagerte Bier darf nur an Gäuwirte und nur in grosso oder Fassweise verkauft werden. Der Minutoverschleiß, das Abgeben des Bieres massweise ist verboten. Das Bier muss vom Bräu in die entsprechende



Stadt oder den Markt gebracht werden.

4. Juli 1776 – Die europäische Aufklärung will den Menschen befreien

München * Freiherr Maximilian von Montgelas erfährt seine politische Prägung in der Zeit der Aufklärung, die der Philosoph Immanuel Kant als den Ausgang des Menschen aus seiner Unmündigkeit beschreibt. Die europäische Aufklärung will den Menschen emanzipieren und ihn von den geistigen und gesellschaftlichen, den kirchlichen und staatlichen Zwängen befreien. Ihre Philosophen und Publizisten sprechen dem Menschen eine gottgegebene Würde und natürliche Rechte zu: So auch das Recht, kraft seiner Vernunft und Dank seiner Erfahrung sein Leben zu gestalten. Außerdem soll der freie Mensch sich mit seinesgleichen zusammentun und die alten Gewalten - Monarchie und Aristokratie - in die Schranken weisen, wenn nicht sogar beseitigen. Die befreiten Menschen sollen eine neue Gesellschaft bilden und einen neuen Staat gründen, welcher die Selbstverwirklichung jedes Einzelnen ermöglicht und somit dem Fortschritt Aller dient. In Amerika werden diese Gedanken in Taten umgesetzt, als sich am 4. Juli 1776 die dreizehn englischen Kolonien zu „freien und unabhängigen Staaten“ erklären. Die Grundlage bildete die Erkenntnis, dass alle Menschen gleich geschaffen, sowie von ihrem Schöpfer mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet worden sind. Dazu gehört Leben, Freiheit und das Streben nach Glück. Freie und gleiche Menschen wählen sich eine Regierung, die, wenn sie nicht mehr ihre Zustimmung hat, durch eine andere ersetzt werden muss.

1781 – Der Beginn von gesellschaftspolitischen und sozialen Umwälzungen

Königsberg * Immanuel Kant veröffentlicht seine „Kritik der reinen Vernunft“. Doch auch wenn Immanuel Kant in seinen Aufsätzen schreibt: „Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen!“, so bleiben solche Gedankengänge in Europa noch lange Zeit pure Theorie. Doch auch hier ändert die Aufklärung sowie der Fortschritt der Naturwissenschaften und der Technik - langsam - das Weltbild. Die Welt wird plötzlich erklärbar. Für viele Phänomene, die man zuvor dem direkten Eingreifen Gottes zugeschrieben hat, findet man jetzt logische Erklärungen. So macht beispielsweise die Erfindung des Blitzableiters den bislang üblichen Wettersegen überflüssig. Damit waren die Zeiten, in denen der Blitz als Zeichen oder gar als Strafe Gottes galten, endgültig vorbei. Schriftsteller der Aufklärung, darunter Lorenz Westenrieder, versuchen die neuen Denkanstöße in zahlreichen Artikeln zu verbreitern. Sie benutzen dazu die in dieser Zeit neu entstandenen Zeitschriften und Journale, aber auch Flugschriften. Westenrieders Schriften widersprechen oft der Lehrmeinung der katholischen Kirche und werden deshalb verboten. Und selbst wenn die verbreiteten Denkansätze zum Teil



die Unterstützung des Kurfürsten finden, so sollen die Inhalte - schon aus reinen Machterhaltungsbestrebungen heraus - kanalisiert werden. Die Gedanken der Aufklärung zu Ende gedacht, bedeuten diese aber auch, dass sich die Menschen früher oder später nicht mehr in ihre Untertanenrolle fügen, sondern die Teilnahme am politischen System einfordern werden. Das ist der Beginn von gesellschaftspolitischen und sozialen Umwälzungen.

28. November 1781 – Kurfürst Carl Theodor gründet eine Seidenbau-Direktion

München * Kurfürst Carl Theodor gründet eine Seidenbau-Direktion. Trotzdem geht Geld auf verschlungenen Wegen verloren. So haben es sich die privaten Seidenzüchter angewöhnt, ihren Bedarf an Maulbeerbäumen heimlich von den kurfürstlichen Pflanzungen zu holen. Der Mitarbeiterstab der Seidenbau-Direktion wächst immer weiter an und belastet dadurch den Jahresetat entsprechend. Besonders die ungezügelten Gehaltsforderungen der Seidenbaudirektions-Vorstände fressen einen erheblichen Teil der Einkünfte auf.

1788 – Kaffee als Ursache für viele körperliche Erschlappungen und Gebrechen

München * Nach Meinung des Lorenz von Westenrieder ist „der allgemeine Gebrauch des Kaffees unstreitig die Ursache für so viele körperliche Erschlappungen, Gebrechen und Schwachheiten, auch für die Hämorrhoiden“.

Januar 1789 – Pläne zur Errichtung eines Militärischen Arbeitshauses

München - Au * Sir Benjamin Thompson stellt im Rahmen seiner Militär-Reorganisation seine finanziell vielversprechenden Pläne zur Errichtung eines Militärischen Arbeitshauses vor.

1. Mai 1790 – Die Thierartzney-Schule wird in der Gemeinde Schwabing eröffnet

München-Englischer Garten - Schwabing * Die „Thierartzney-Schule“ wird unter der Leitung des Medizinalrats Professor Dr. med. Anton Will in der sogenannten Jesuitenwasch in der damals noch selbstständigen Gemeinde Schwabing eröffnet. Die Tierarzneischule beschäftigt sich mit der Bekämpfung einbrechender Viehseuchen sowie der Ausbildung geschickter Tierärzte und guter Huf- und Kurier-Schmiede für die Kavallerie-Regimenter. Der Lehrbetrieb wird aber erst am 1. November aufgenommen.



1804 – Der „Ausbau des Torweges am Isartor“ wird wieder aufgegriffen

München-Isarvorstadt * Das Projekt „Ausbau des Torweges am Isartor“ wird wieder aufgegriffen. Der Grund liegt in dem seit dem Ende des 18. Jahrhunderts zunehmenden Verkehr durch das Isartor. Sowohl München als auch die Gemeinden rechts der Isar sind enorm angewachsen. Dem entsprechend erhöht sich auch der tägliche Pendelverkehr. War die Ausfallstraße zu Rumfords Zeiten noch mit 28 Fuß [ca. 8,40 Meter] geplant worden, so fordert man jetzt eine Breite von 48 Fuß [ca. 14,40 Meter]. Die Regierung erhöht die Straßenbreite am 1. September 1807 sogar auf 100 Fuß.

1. Januar 1806 – Fehlende Kroninsignien und Salbung des Königspaares

München-Graggenau * Was fehlt, sind die Kroninsignien und natürlich die feierliche Krönung mit kirchlicher Salbung des Königspaares. Napoleon hätte gerne eine Krönung gesehen, die aber in München nicht gewollt ist. Begründet wird dies damit, dass im immer noch bestehenden Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation derartige Königskrönungen unbekannt sind. Da aber Baiern, Württemberg, Baden und Frankreich bestrebt sind, die Bestimmungen des Friedens von Preßburg vom 26. Dezember 1805 schnellstmöglich umzusetzen und damit unumkehrbar zu machen, fehlt für eine Krönung sowohl in München als auch in Stuttgart die dazu notwendige Vorbereitungszeit. So findet lediglich die Proklamation der neu entstandenen Königreiche Baiern und Württemberg zeitgleich statt. Freilich gibt es noch andere Gründe, die gegen eine Krönung sprechen, aber nicht laut ausgesprochen werden: Die Wittelsbacher wollen den Anschein vermeiden, die Königswürde sei dem militärischen Erfolg und dem Willen Napoleon Bonapartes zu verdanken. Dieser hat eine Rangerhöhung der süddeutschen Staaten nur deshalb angestrebt, um zuverlässige Bündnispartner gegen Österreich zu gewinnen und dessen Machteinfluss zu beschränken. Damit ist Napoleon auch dem Ziel, das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zu zerschlagen und zu beerben, ein Stück näher gekommen. Und wenn man schon die baierische Unabhängigkeit und Souveränität als eine von Frankreich und Napoleon unabhängige legitimiert gewusst haben will, scheint eine Krönungszeremonie - noch dazu in Anwesenheit des französischen Kaisers - für absolut unakzeptabel. Im Königlich-Baierischen Regierungsblatt vom 1. Januar 1806 wird deshalb angemerkt: „Unsere feyerliche Krönung und Salbung haben Wir auf eine günstigere Jahreszeit vorbehalten, welche Wir in Zeiten öffentlich bekannt machen werden.“ Geplant ist die Krönungszeremonie für Oktober 1806.

1. Januar 1806 – Ein Königreich von Napoléons Gnaden ?



Wien - Berlin * Bayern ist ein Königreich. Österreicher und Preußen sprechen, ebenso wie die deutsch-nationalen Patrioten, von einem Königtum von Napoleons Gnaden. Dabei nimmt der bayerische Kurfürst lediglich die gleichen Rechte in Anspruch, wie zuvor der Hohenzoller für Preußen und der Habsburger für Böhmen und Ungarn.

12. Januar 1806 – Eugène Beauharnais wird von Napoleon Bonaparte adoptiert

München * Um die für das Haus Wittelsbach nicht eben sehr ehrenvolle Eheverbindung etwas attraktiver zu machen, wird Eugène Beauharnais am 12. Januar 1806, am Tag vor der Eheschließung, vom französischen Kaiser adoptiert und erhält das Versprechen der Thronfolge in Italien, falls Napoleon keine Nachkommen haben sollte.

Mai 1806 – Die bayerischen Krönungs-Insignien werden in Paris gefertigt

München - Paris * Da man für die Königskrönung die entsprechenden Insignien braucht, wird der Pariser Juwelier Borgnis mit der Anfertigung der beiden Kronen, des Szepters, des Reichsapfels und des Reichsschwerds beauftragt.

10. August 1807 – Friedrich Ludwig Sckell ist unzufrieden mit dem Englischen Garten

München-Englischer Garten * Friedrich Ludwig Sckell fertigt für den Englischen Garten einen Plan B, den er gemeinsam mit Plan A samt einer erläuternden Denkschrift dem König überreicht. Darin drückt er seine Unzufriedenheit mit der Art der Bepflanzung, der er das Fehlen von „pittoresken Ansichten“ vorwirft, und der architektonischen Gestaltung der zumeist aus Holz errichteten Parkbauten aus. Diese sind nach seiner Meinung weder stabil genug gebaut, noch entsprechen sie der „reinen Baukunst“. Den Chinesischen Turm will er sofort abreißen lassen, da „der Chinesische Geschmack der Baukunst keine Nachahmung verdienet, und wenn einst dieser ganz faul seyn wird, und abgebrochen werden muß, Kein anderer mehr erbauet werden dürfte“.

17. Februar 1808 – Die Regierung genehmigt die Ausfallstraße übers Isartor

München-Lehel - München-Isarvorstadt * Die Regierung genehmigt die Ausführung der Ausfallstraße übers Isartor. Denn seit der Erhebung Bayerns zum Königreich, am 1. Januar 1806, stellt man andere Anforderungen an die Stadteinfahrt – zur Königlichen Haupt- und



Residenzstadt München. Bislang stand die Verbesserung der Verkehrsführung durch Erweiterung und Begradigung der alten Torstraße im Vordergrund. Jetzt aber ist eine breit ausgebaute Via Triumphalis das Ziel. Vom Isartor selbst ist noch wenig die Rede. Doch zu einer würdigen Stadtzufahrt gehört auch ein entsprechendes Stadtportal, das wie ein Triumphtor die Straße überspannen und von Ferne sichtbar sein soll. Dazu muss das Isartor umgestaltet werden. Der hohe Mittelturm soll abgetragen werden, seine mittelalterliche Gestalt aber noch erhalten bleiben. Die Entscheidung über die dringend erforderliche Erweiterung des Isartores unterbleibt aber noch. Das liegt auch daran, dass die Stadt nicht über die erforderlichen Geldmittel verfügt und auch die vom Staat zur Verfügung gestellten Gelder nicht abrufen kann. Damit ist die gesamte Neugestaltung des Gebiets um das Isartor erneut gescheitert. Dennoch steht das Schicksal des Isartores auch weiterhin im Mittelpunkt zahlreicher Diskussionen. Für viele Zeitgenossen ist jedoch das inzwischen zur Ruine verkommene Stadttor ein ärgerliches Verkehrshindernis, das den Eingang in die Hauptstadt des Königreichs Bayern verschandelt. Auch wenn das Bauwerk als romantische Staffage und Motiv vieler Gemälde und Zeichnungen einen gewissen Reiz ausübt;

25. Mai 1809 – Die Erste Bergisel-Schlacht dauert nur wenige Stunden

Innsbruck * Rund 5.000 Tiroler Aufständische unter der Führung von Andreas Hofer greifen am Bergisel die Division Deroy an. Diese Erste Bergisel-Schlacht dauert nur wenige Stunden, da ein heftiger Gewitterregen und die einbrechende Nacht die Kämpfenden trennt.

9. Oktober 1809 – Die Statuten des Landwirtschaftlichen Vereins werden bestätigt

München * Die Statuten des Landwirtschaftlichen Vereins, Sitz München, werden vom König bestätigt. Laut seiner Satzung will der Landwirtschaftliche Verein in Baiern seine Zwecke erreichen, „durch mündliche und schriftliche Mittheilungen seiner Mitglieder; durch Ankauf und Vertheilung vorzüglicher Viehzuchttracen, nützlicher Sämereien und Gewächse, dann zweckmäßiger Geräthe; [...], Herausgabe einer Wochenschrift, [...]; Vertheilung von Preisen für wichtige mit besonderem Fleiße und entsprechendem Erfolge ausgeführten Versuche und Abfassung wichtiger vom Verein veranlaßter Abhandlungen; endlich durch Unterstützung würdiger, unverschuldet verunglückter Arbeiter, Gewerbe- und Landleute.“

August 1810 – Die neue Grenzziehung in Tirol ist abgeschlossen



Tirol * Der Aufstand der Tiroler und die zunächst vergeblichen Versuche Baierns, Tirol zurück zu erobern waren in den Augen Napoleon Bonapartes eine militärische Schande, die seinen Ruf als unbesiegbaren Feldherrn beschädigt hat. Das führt zu einer neuen Grenzziehung in Tirol. Bayern behält Nordtirol, den Vinschgau sowie das obere Eisack- und das Pustertal. Der südliche Teil geht an das Königreich Italien, Osttirol und Innichen werden zum Bestandteil der illyrischen Provinzen. Baierischen Berechnungen zufolge hatte Gesamt-Tirol im Jahr 1807 exakt 618.857 Einwohner. Etwa 289.000 davon lebten in „Welschtirol“, dem italienisch sprechenden Süden. Das Königreich Bayern muss also einen Bevölkerungsverlust von 300.000 Einwohnern verkraften. Doch nahezu gleichzeitig kann das Bayernland einen Zugewinn von rund 700.000 Einwohnern verzeichnen, nachdem sie die Herrschaft über Berchtesgaden, das Innviertel und Teile des Hausruckviertels, aber auch über Bayreuth und Regensburg erlangt.

1811 – Pläne für einen Abbruch des Isartors

München-Graggenau - München-Angerviertel * Da das Isartor den modernen Verkehrsanforderungen nicht mehr genügt, entstehen konkrete Abbruchpläne. Die Durchfahrten sind zu eng und noch auf den Verkehr des Mittelalters ausgelegt – zwei entgegentkommende Fuhrwerke können das Tor nicht gleichzeitig passieren. Nach ersten Überlegungen sollen lediglich die beiden Flankentürme aus denkmalpflegerischen Gründen erhalten bleiben. Entfernt man die verbindende Portalwand, könnte der Verkehr künftig ungehindert in beide Richtungen fließen. Für Carl Friedrich von Wiebeking, den Leiter der staatlichen Straßen- und Wasserbaubehörde, geht selbst das nicht weit genug. Er hält den Erhalt des Isartors insgesamt für überflüssig. Stattdessen schlägt er vor, das Tor vollständig abzureißen und auf dem rechten Isarufer eine neue Empfangsstation für den nach München einströmenden Verkehr zu errichten. Auch die Wach- und Zollstation soll dorthin verlegt werden. Auf diese Weise, so sein Plan, ließe sich zugleich eine stärkere Verbindung zwischen dem historischen Stadtkern und den Siedlungen in der Flussniederung herstellen.

26. Februar 1814 – Die Schlacht bei Bar-sur-Aube

Bar sur Aube * Die bayerisch-österreichischen Truppen unter General Carl Philipp Joseph von Wrede kämpfen in Bar-sur-Aube gemeinsam mit Russen und Preußen gegen französisches Militär. Den Bayern gelingt es sogar ein Stadttor aufzubrechen und in das Stadttinnere vorzudringen. Doch sie werden schnell wieder vertrieben. In der Nacht sitzen die Franzosen im Innern der Stadtmauern fest, während die Bayern das Gelände davor beherrschen.



27. Februar 1814 – Die Kämpfe um Bar-sur-Aube gehen weiter

Bar sur Aube * Die Kämpfe um Bar-sur-Aube gehen weiter. Die Bayern greifen die Stadt entschlossen an, können eines der Stadttore erstürmen und aufbrechen und dringen in die Stadt ein. Ein heftiger Häuserkampf entbrennt, bei dem die Einwohner der Stadt auf der Seite ihrer Truppen mitkämpfen. Als sich aber die französischen Truppen außerhalb der Stadt über die Aube zurückziehen, beginnt auch die französische Besatzung der Stadt ihren Rückzug über den Fluss. Die Bayern können nun Bar-sur-Aube im Sturm erobern und die in der Stadt festsitzenden französischen Soldaten gefangen nehmen. Der Name dieses Schlachtortes findet sich seit 1826 in der Barer Straße wieder. Diese hieß zuvor Carolinenstraße beziehungsweise ab dem Carolinenplatz Wilhelminenstraße.

20. Februar 1817 – Bayern wird in acht Kreise eingeteilt

Königreich Bayern * Bayern wird in acht Kreise eingeteilt, die in etwa den heutigen Regierungsbezirken entsprechen. Es sind dies: der Isarkreis, der Unterdonaukreis, der Oberdonaukreis, der Regenkreis, der Rezartkreis, der Obermainkreis, der Untermainkreis und der Rheinkreis.

1820 – Der Masskrug setzt sich durch

Königreich Bayern * Mit der Vereinheitlichung der bayerischen Maß verbreitet sich im ganzen Königreich ein entsprechendes Trinkgefäß. Der meist zylindrische Steinzeugkrug besitzt einen Henkel, eine eingezogene Trinklippe und häufig einen Zinndeckel. Sein Inhalt entspricht der bayerischen Maß von rund 1,069 Litern. Daneben kommt ein wesentlich einfacher hergestellter Krug in Gebrauch: der sogenannte Keferloher. Ursprünglich handelt es sich um einen handgedrehten, dünnwandigen Tonkrug, den Hafner aus regionalem Lehm fertigen. Er wird nur einmal gebrannt und lediglich innen sowie am Trinkrand glasiert. Weil er schnell und preiswert hergestellt werden kann, dient er bei Märkten und Volksfesten vielfach als einfaches Gebrauchs- und Wegwerfgefäß. Seine poröse, unglasierte Außenwand nimmt Feuchtigkeit auf. Verdunstet diese an der Luft, entzieht sie dem Gefäß Wärme und hält das Bier länger kühl. Allerdings ist der ursprüngliche Keferloher weniger stabil als die aufwendiger gefertigten Steinzeugkrüge und zerbricht vergleichsweise leicht. Seinen Namen erhält der Krug vom traditionsreichen Markt in Keferloh östlich von München, auf dem er in großer Zahl verwendet wird. Später überträgt sich die Bezeichnung „Keferloher“ auch auf stabilere, salzglasierte Steinzeugkrüge. Dadurch bezeichnet der Name heute unterschiedliche historische Krugformen. Der schlichte graue Krug



entwickelt sich schließlich zu einem Sinnbild der bayerischen Bierkultur.

17. November 1828 – König Ludwig I. vergeht die Lust am Liberalismus

München-Kreuzviertel * Die erste Stände-Versammlungen unter der Leitung von König Ludwig I. findet in der Zeit vom 17. November 1827 bis 18. August 1828 statt. Der bayerische Monarch ist gemeinsam mit seinem Leitenden Minister Georg Friedrich Freiherr von Zentner mit großen Erwartungen an dieses Zusammentreffen herangetreten. Die königlich angeordnete prunkvolle Eröffnung der Stände-Versammlung soll eine neue Ära einleiten. Der Hinweis in Ludwigs Thronrede erweckt liberale Hoffnungen, auch wenn der König betont, dass ihm die Religion das Wichtigste sei. Das Einbringen von 39 Gesetzentwürfen in beide Kammern durch König Ludwig I. schürt die hohen Erwartungen zusätzlich. Doch die Ernüchterung tritt auf beiden Seiten sehr schnell ein. Die Mandatsträger der beiden Kammer wollen sich nicht als bloße Erfüllungsgehilfen königlicher Politik verstanden wissen. Und der autokratische und ungeduldige Monarch zeigt sich enttäuscht von dem vielfältigen parlamentarischen Widerstand, den er nicht nach seinem Willen brechen kann. Deshalb vergeht ihm schlagartig die Lust am Liberalismus und an den Reformen.

Kaum hatte er die politische Verantwortung übernommen, soll sich bei ihm eine lebenslang anhaltende Entfremdung gegenüber der Verfassung einstellen.

1830 – Die Cholera erreicht erstmals Europa

Indien - Europa * Die Cholera, die lange Zeit endemisch in Indien beheimatet war, erreicht - durch intensiven Handel, Reiseverkehr und Krieg - erstmals Europa. Die Erkrankung beginnt mit sturzbachartigen Durchfällen und Dauererbrechen. Der mit der Cholera infizierte verliert am Tag bis zu 15 Liter Körperflüssigkeit, sodass die erkrankte Person innerhalb weniger Stunden zu einer „verrunzelten Karikatur ihres früheren Ichs zusammenschrumpft“. Geplatzte Kapillargefäße verfärben die Haut schwarz und blau, der Kranke wird von Krämpfen geschüttelt, die Organe versagen, der Kreislauf bricht zusammen, das Herz stolpert und die Nieren arbeiten nicht mehr. Die Temperatur kann bis auf 20 Grad absinken, weshalb die Cholera auch „Kalte Pest“ genannt wird. Der Tod tritt in drei bis fünf Tagen ein, oft aber schon nach wenigen Stunden. Die Verbreitung der Krankheit erfolgt hauptsächlich über das Trinkwasser, das mit Exkrementen von Cholera-Kranken verunreinigt ist. Einen weiteren Übertragungsweg bilden Nahrungsmittel, die mit verseuchtem Wasser und ohne Erhitzung zubereitet werden. Eine Ansteckung ist nur möglich, wenn der Erreger über den Mund in den menschlichen Verdauungstrakt gelangt. Dabei reicht schon eine Berührung der Lippen mit infizierten Händen aus.



1832 – Die Post wird dem Ministerium des Königlichen Hauses unterstellt

München * Die Post wird wieder dem Ministerium des Königlichen Hauses und des Äußeren unterstellt. Aus Angst vor einer Revolution in Frankreich findet im Jahr 1830 die „Julirevolution“ statt - will der Bayernherrscher die politische Kontrolle über die Post ausüben. Daran scheitert auch eine Privatisierung der Post, für die das Haus Thurn und Taxis ein entsprechend großzügiges Angebot offeriert hatte.

1835 – Bayerns Regionen erhalten ihren Platz im Staatswappen

Königreich Bayern * König Ludwig I. lässt das Staatswappen neu gestalten. Es soll die verschiedenen Landesteile und Bevölkerungsgruppen des Königreichs repräsentieren. Der gevierte Hauptschild zeigt im ersten Feld den Pfälzer Löwen, im zweiten den fränkischen Rechen und im dritten das Wappen der Markgrafschaft Burgau als Zeichen für Schwaben. Im vierten Feld steht der Veldenzer Löwe als Hinweis auf die Herkunft der Dynastie aus der Rheinpfalz. Die weiß-blauen Rauten rücken in den Herzschild und bilden damit die Mitte des Wappens.

1836 – Schwanthalers Gipsfiguren sollen im Alten Rathaus aufgestellt werden

München-Graggenau * Der Stadtmagistrat bietet Ludwig von Schwanthaler die Aufstellung von acht vergoldeten Gipsfiguren der Wittelsbacher-Ahnen im Festsaal des Alten Rathauses an, damit dieser eine patriotische Ausschmückung erhält. Bedingung ist die Renovierung des nicht mehr repräsentativen Zwecken genutzten und dementsprechend ramponierten Rathaussaales.

1837 – Erbärmliche Lebensumstände in den Herbersvierteln

Vorstadt Au - Haidhausen - Giesing * Der Auer Armenarzt Anselm Martin schreibt: „In den Herbergen sind nicht nur Menschen, sondern auch noch alle Gattungen Haustiere Katzen, Kaninchen, Vögel, Mäuse und dergleichen, so wie alle nur erdenklichen Handwerksgeräte, Hausutensilien, alte, bereits halb verfaulte, zusammengesammelte Leinwand, zerbrochenes Glas, neugewaschene zum Trocknen aufgehängte Wäsche und dergleichen in den kleinsten, mit zurückstoßender Luft angefüllten Gemächern anzutreffen. Die Öfen sind gewöhnlich von Ziegel, selten von Eisen. Die Feuerung geschieht mit Holz und zwar mit den schlechtesten und wohlfeilsten Holzgattungen, oft mit halbverfaulten, in der Isar aufgefangenen Gerten und Prügeln.“ Die Höhe der Wohnräume liegt bei 180 bis 192 Zentimetern; die



Dachdeckungen aus Ziegel oder Blech lösen erst im 19. Jahrhundert die Schindel- oder Stroheckung ab; ihre Galerien und Träger verziern die Bewohner mit Schnitzereien. Gemeinsamer Besitz aller Hausbewohner sind das Grundstück, die Umfassungsmauern und das Dach. Diese komplizierten Eigentumsverhältnisse führen häufig zu ausgiebigen Streitereien. Wird das Dach undicht, so sind in erster Linie nur die Parteien des obersten Stockwerks vom Schaden betroffen, die Bewohner des Parterres dagegen haben nur sehr wenig Interesse an einer kostspieligen Reparatur. Deshalb soll es vorgekommen sein, dass die Oberen kübelweise Wasser auf den Fußboden schütteten, um die Unteren drastisch an die gemeinsamen Verpflichtungen zu erinnern. Nicht umsonst heißt es in den Akten des Landgerichts: „So viele Herbergsbesitzer sich in einem Hause befinden, ebenso viele Hauseigentümer gibt es im selben; keiner lässt sich vom andern etwas einsprechen, jeder tut in seiner Herberge, was er will.“ Auch die hygienischen Zustände sind katastrophal. Das Trinkwasser muss von weit entfernten Pumpbrunnen geholt werden. Da eigene Abtritte fehlen, benutzt man Häfen und Leibstühle. Wegen der fehlenden Kanalisation werden Abfälle und Abwässer jeglicher Herkunft in den Auer Mühlbach geschüttet. Eine städtische Verordnung bestimmt deshalb, dass dies nur während der Nacht geschehen darf, da tagsüber die Frauen ihre Wäsche im Auer Mühlbach waschen. Das Fehlen der Abfalltonnen bedingt viele unreinliche Wohnungen. Dadurch sind die Herbergsviertel in Seuchenzeiten Brutstätten von Krankheiten. Es ist also kein Wunder, dass viele Bewohner an den Typhus- und Choleraepidemien sterben und die Einwohner oft hohen Blutzoll zu entrichten haben.

1838 – Eliza [= Lola Montez] und ihr Ehemann Thomas James reisen nach Indien

England - Indien - England * Eliza [= Lola Montez] und ihr Ehemann Thomas James brechen in Richtung Indien auf. Kaum in Indien angekommen, verlässt Eliza ihren Mann und segelt nach England zurück, um dort einen Neuanfang zu versuchen. Ihre Ehe wird anno 1842 aufgelöst.

1840 – Die Giesinger „Narrenanstalt“ zu klein ist und genügt nicht den Ansprüchen

Vorstadt Au * In zeitgenössischen Beschreibungen Münchens findet Giesing eigentlich nur wegen seines „Narrenhauses“ Erwähnung: „Untergiesing, ein Dörfchen am südlichen Ende der Vorstadt Au, hat eine Irrenanstalt, die jedoch wegen Mangel an Dotation den Anforderungen der Heilkunde nicht in dem Maß entsprechen kann, wie ähnliche Anstalten in anderen Hauptstädten“. Noch Jahre später wird bemängelt, dass die Giesinger „Narrenanstalt“ zu klein ist und den Ansprüchen nicht genügt. Von Anfang an müssen statt der geplanten fünfundzwanzig Personen vierzig bis fünfzig Patienten versorgt werden. In einer zeitgenössischen Beschreibung heißt es sarkastisch:



Es ist für eine „so große Stadt wie München von günstigem Vorurtheil, ein so kleines Narrenhaus zu besitzen“.

18. November 1841 – Das Portal der Theatinerkirche bleibt geschlossen

München-Kreuzviertel * Der Sarg der evangelischen Königin Caroline wird in einem feierlichen Zug von der Herzog-Maxburg zur Theatinerkirche geleitet. Sechzehn evangelische Geistliche gehen vor dem Sarg, dahinter König Ludwig I. und weitere hohe monarchische Würdenträger. An der Theatinerkirche angekommen, bleibt das Kirchenportal geschlossen. Trotz schlechten Wetters muss die Aussegnung vor der Kirche vorgenommen werden. Erst dann können die sterblichen Überreste der Königin an die Priester des Kollegiatsstifts von Sankt Cajetan übergeben werden. Die katholischen Priester sind in gewöhnlicher Straßenkleidung erschienen, die Kirche ist dem Anlass entsprechend nicht ausgeschmückt, keine brennenden Kerzen, keine Orgelmusik, kein Gesang. Die evangelischen Geistlichen dürfen die Theatinerkirche nicht betreten. Der Sarg wird ohne Gebet und Segen in der Gruft abgestellt. Angeordnet hat diese Maßnahmen gegen die Häretikerin der Erzbischof von München-Freising, Lothar Anselm Freiherr von Gebsattel.

2. Mai 1844 – Unruhen vor dem Nationaltheater

München-Graggenau * Am Abend des 2. Mai 1844 besucht König Ludwig I. gemeinsam mit der Hochzeitsgesellschaft das Theater. Nach dem ersten Akt versammelt sich eine Menschenmenge vor dem Gebäude und droht, es zu stürmen. Daraufhin verlassen zahlreiche Zuschauer ihre Plätze, um das Geschehen zu beobachten. Schließlich folgen auch der König und seine hochrangigen Gäste. Die französische Presse berichtet, Ludwig I. habe dem vor dem Theater stationierten Militär befohlen, auf die Menschenmenge zu schießen. Die Soldaten sollen diesen Befehl verweigert haben. In der deutschen Presse findet sich keine entsprechende Meldung, was sich möglicherweise mit der damals herrschenden Zensur erklären lässt. Ob sich der Vorfall tatsächlich so ereignet, bleibt ungewiss. Ausländische Zeitungen sind über die Ereignisse in München nicht immer zuverlässig informiert, und weitere Belege für den angeblichen Schießbefehl fehlen. Fest steht jedoch, dass die Unruhen König Ludwig I. in eine äußerst bedrängte politische Lage bringen.

4. August 1847 – Das Adelsdiplom für Lola Montez



München * König Ludwig I. erteilt seinem führenden Minister Georg Ludwig Freiherr von Maurer den Auftrag, das Adelsdiplom für Lola Montez entsprechend dem üblichen Reglement gegenzuzeichnen. Vorsorglich teilte ihm Ludwig mit: „Es ist keine Verfassungsverletzung das Grafendiplom zu unterzeichnen, für Adelsverleihungen braucht der König niemand zu vernehmen“. Sollte er sich jedoch sträuben, droht der Bayernmonarch „einen anderen Ministerverweser zu benennen“. Gleichzeitig schreibt Ludwig I. seiner Geliebten: „An meinem Geburtstag mache ich mir selbst das Geschenk, Dir die Gräfinnen-Würde zu verleihen.“

6. Januar 1848 – Die Stimmungslage wird für München positiv eingeschätzt

München * Zu Beginn des Jahres 1848 herrscht eine positive Lage in München. In Geheimberichten heißt es: „Die Stimmung gegen die Frau Gräfin von Landsfeld ist gleichfalls von Seiten der Bürgerschaft gut zu nennen und wenn auch hie und da sich ein oder das andere bürgerliche Individuum beygehen lassen sollte, Resonements auszusprechen, so ist dies eine Folge von hochgestellten Personen, die in Gast- oder Kaffeehäusern Abends zusammen kommen und dort Gespräche führen, woraus sich Ressonements gegen die Frau Gräfin entnehmen lassen.“

9. Februar 1848 – König Ludwig I. lässt die Universität schließen

München-Maxvorstadt * König Ludwig I. lässt wegen der öffentlichen Proteste der katholisch-konservativen Partei gegen die königliche Mätressenwirtschaft die Universität schließen und verfügt, dass alle Studenten umgehend München zu verlassen haben. Als der der Burschenschaft Alemannia zugehörige Eduard Graf von Hirschberg am Odeonsplatz von anderen Burschenschaftlern bedrängt wird, zieht der Graf sein Messer und fuchtelt damit in der Luft herum. Dadurch eskaliert die Situation. Verletzt wird bei dieser Aktion jedenfalls niemand. Lola Montez mischt sich unter die Schaulustigen und sieht sich sofort einer bedrohlichen Verfolgungsjagd ausgesetzt. Sie kann gerade noch vor der aufgebrachten Menge in die Theatinerkirche flüchten, wo sie von ausgerückten Kürassieren in die Residenz eskortiert werden muss. König Ludwig I. tobt und lässt daraufhin umgehend die Universität bis zum Wintersemester schließen. Außerdem verfügt er, dass alle nicht aus München stammenden Studenten innerhalb von 48 Stunden die Stadt zu verlassen haben. In München sind etwa 1.500 Studenten immatrikuliert. Rund die Hälfte davon zieht vor das Haus des Rektors Friedrich Wilhelm von Thiersch, der die Betroffenen mit den Worten beruhigt: „Sagen Sie überall, Sie seyen arme Studenten aus München, die man aus der Stadt gewiesen, aus Gründen, die Sie vor aller Welt



aussprechen dürfen.“

10. Februar 1848 – Bürgerprotest bei König Ludwig I.

München * Doch jetzt werden die Münchner richtig sauer. Die Bürgerschaft sieht sich in ihrem „friedlichen Handel und Wandel“ bedroht und übernimmt die Forderungen der Studenten. Steine fliegen, Militär sichert das Palais der Montez. Tausend Bürger eilen zum Rathaus und von dort zur Residenz und fordern die Wiedereröffnung der Universität. Bürgermeister Kaspar von Steinsdorf nimmt die Protestadresse der Münchner Bürger entgegen und setzt - begleitet von 2.000 angesehenen Münchner Bürgern - eine Audienz beim König durch. Eine Deputation, bestehend aus sieben Vertretern, will mit dem König sprechen, der jedoch einen Empfang der Abordnung kategorisch ablehnt und nur unter großem Einsatz seiner Familienmitglieder dazu überredet werden kann. Bei den Verhandlungen lehnt König Ludwig I. jegliches Zugeständnis kategorisch ab und droht der Stadt im Umkehrschluss mit der Verlegung der Residenz an einen anderen Ort. Cholerisch verabschiedet er die Mitglieder der Deputation: „Es bleibt dabei, ich lasse mich nicht schrecken; man kann mir mein Leben nehmen, aber meinen Willen nicht. Meinen gefassten Entschluss werden Sie alsbald durch das Ministerium und schriftlich erhalten.“

20. März 1848 – „Nicht Sklave zu werden, wurde Ich Freyherr“

München * König Ludwig I. stellt in einer Proklamation an das bayerische Volk die zentralen Momente seiner Herrschaft - aus seiner Sicht - dar: „Treu der Verfassung regierte Ich; dem Wohle des Volkes war Mein Leben geweiht; - als wenn ich eines Freistaats Beamter gewesen, so gewissenhaft ging Ich mit dem Staatsgute, mit dem Staatsgeldern um. [...] Auch vom Throne herabgestiegen, schlägt glühend Mein Herz für Bayern, für Teutschland.“ Den liberalen Forderungen der Märzrevolution kann und will der Autokrat Ludwig I. nicht entsprechen. „Regieren konnte ich nicht mehr und einen Unterschreiber abgeben wollte Ich nicht. Nicht Sklave zu werden, wurde Ich Freyherr“.

12. Mai 1848 – Die Schwurgerichte werden im Königreich Bayern eingeführt

München-Kreuzviertel * Das „Gesetz, einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 [...] betreffend“, wird veröffentlicht. Darin führt Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern die Schwurgerichte zur Aburteilung von Verbrechen und Pressedelikten ein.



15. Januar 1849 – Eine linke Mehrheit

München-Kreuzviertel * Der neugewählte Landtag, es war der 13., tagt vom 15. Januar bis 7. März sowie vom 15. Mai bis 11. Juni 1849. Es ist der erste und bislang letzte Bayerische Landtag mit einer linken Mehrheit. Diese Mehrheit vertritt eine andere Auffassung als die Königliche Regierung. 69 Abgeordnete leisten ihren Verfassungseid nur mit dem Vorbehalt, dass sie durch diesen „an der Anerkennung der Gültigkeit der Reichsgesetze insbesondere der die Grundrechte betreffenden hiedurch nicht gehindert“ sein sollen. Bei der ersten öffentlichen Sitzung der Abgeordnetenversammlung erklärt sich Innenminister Hermann von Beisler bereit, „die Gesetzgebung Bayerns mit der des deutschen Reiches in Einklang zu setzen. In diesem Sinne werden Ihnen bezüglich der Grundrechte die entsprechenden Vorlagen gemacht werden.“

1850 – Die Anna-Kirche soll zwei Türme mit Glocken und Uhren erhalten

München-Lehel * Als sich das alte Chortürmchen der Anna-Klosterkirche als baufällig herausstellt, verwirklichen sich die Bewohner der Anna-Vorstadt einen Traum. Ihre Kirche soll zwei Türme mit Glocken und Uhren erhalten. Die Anna-Vorstädter gründen einen Turmbau-Verein und beauftragen den Architekten August von Voigt mit der Planung einer dem Zeitgeschmack entsprechenden neuromanischen Außenfassade, die stilistisch von der nahegelegenen Ludwigskirche beeinflusst ist. Mit dem neuen Aussehen der Kirche soll das Lehel einen besonderen städtebaulichen Akzent erhalten, damit es sich gegenüber „der an kostbaren Baudenkmälern so reichen Residenzstadt“ als würdig erweisen kann. Die Türme waren im ursprünglichen Plan von Johann Michael Fischer bereits vorgesehen und hätten der Kirchenfassade in etwa das Aussehen der Michaels-Kirche in Berg am Laim gegeben. Es ging aber den Lehlern nicht nur um Kirchentürme mit einem Geläute von fünf Glocken, sondern in der Hauptsache um die notwendige Vergrößerung des Kirchenraumes, da die Kirchengemeinde zwischenzeitlich erheblich angewachsen war.

Juli 1852 – Aufträge zur Anfertigung von Musterfassaden für die neue Straße

München-Graggenau - München-Lehel * König Max II. gibt den Architekten Bürklein, Gottreu, Riedel, Voit und Ziebland Aufträge zur Anfertigung von Musterfassaden für die neue Straße. Dass sich der König statt an einen, an mehrere Architekten wendet, ist vorbildlich. Doch er macht wieder den Fehler, den Architekten bindende, alle Einzelheiten festlegende Vorschriften vorzugeben und damit jede Bewegungsfreiheit und Kreativität der Fachleute einzuengen. Damit macht er eine unabhängige Lösung des Problems unmöglich. Kein Wunder, dass die



Ergebnisse ziemlich gleich sind und den Wünschen des Königs entsprechen. Bürkleins Vorschläge finden volles Lob und Anerkennung, weshalb er den Sieg davonträgt. Um das Projekt zu beschleunigen und die Verhandlungen über die Grundstückskäufe in Gang zu bringen, stellt König Max II. den notwendigen Betrag zunächst aus seiner Privatkasse zur Verfügung, sodass die ersten Verhandlungen über die Grundstückskäufe aufgenommen werden können. Die Ankäufe gehen rasch und reibungslos vor sich. Auch deshalb, weil sich der König - entgegen seiner sonst üblichen Sparsamkeit - sehr großzügig zeigt. Er will eben den Bau seines „Prachtboulevards“ möglichst schnell umgesetzt sehen. Freilich möchte der Bayernherrscher auch, dass auch die Stadt zur finanziellen Beteiligung herangezogen wird, da sie ja immerhin der Hauptnutznießer des Bauvorhabens ist. Bei der künstlerischen Ausgestaltung der Prachtstraße soll die Obrigkeit der Stadtgemeinde allerdings keinerlei Mitspracherechte haben. Nur die Herstellung des Straßenkörpers will ihr der Regent überlassen.

30. Juni 1860 – Lola Montez erleidet einen Schlaganfall

New York * Lola Montez erleidet einen Schlaganfall, ist linksseitig gelähmt und kann nicht mehr sprechen.

31. Dezember 1861 – Zu den Wohnverhältnissen in den Herbergsvierteln

München - München-Au - München-Haidhausen - München-Giesing * Im Physikatsbericht des Bezirks der Stadt München finden sich über die Wohnverhältnisse in den Herbergsvierteln folgende Ausführungen: „München besteht gegenwärtig aus 2 Theilen, durch den Isarfluß voneinander getrennt. München links der Isar ist der größte Theil, und das ursprüngliche, eigentliche, alte München. München rechts der Isar enthält die erst seit 1854 zu München gezählten 3 Vorstädte Au, Haidhausen und Giesing. In diesen 3 Vorstädten sind natürlich die Wohnungsverhältnisse ganz anders, wie auch die Population eine ganz andere ist, als wie in München links der Isar. In den genannten 3 Vorstädten, in welchen größtentheils Tagelöhner, überhaupt Arbeiterbevölkerung wohnt, ist das Herbergswesen vorherrschend. [...]

In diesen Herbergen ist die Bewohnung dichter, sind die Wohnungen überhaupt schlechter, den hygienischen Anforderungen nicht entsprechend, ja sie sind, wie dies namentlich in den Jägerhäuseln, in der Lohstraße, Quellenstraße, in der Grube zu Haidhausen der Fall ist, sogar im hohen Grade feucht in Folge ihrer tiefen Lage an dem Bergabhang und an den Canälen und dergleichen, sie sind finster, oft dumpf usw., und wunderbar dennoch ist, wie ich in einer speciellen Bearbeitung der Wohnungsfrage in München im Allgemeinen im vorigen Jahre nachgewiesen habe, die Mortalität in diesen Straßen und Häusern nicht im Geringsten eine



größere, und sind die Erkrankungen, namentlich an Typhen etc. nicht einmal so häufig hier, als wie in den luftigsten und schönsten Quartieren der Stadt. Ich weiß dieses nur dadurch zu erklären, daß diese Bevölkerung eine abgehärtetere und obgleich arm, doch gut genährte, und größtentheils im Freien lebende ist.“

Oktober 1862 – König Max II. plant ein Mausoleum in Neuberghausen

Bogenhausen * König Max II. beabsichtigt darüber hinaus, sich im Garten von Neuberghausen ein Mausoleum zu errichten. Zunächst gibt es Überlegungen, die Pfarrkirche von Bogenhausen zu diesem Zweck zu benutzen und diese „auf eine würdige Weise auszustatten und zu verschönern“, doch schon kurz darauf schreibt er: „Ich bin also zu der Ansicht gekommen, dass es zweckmäßiger ist, eine eigene Grabkapelle zu bauen und mit der Relikten-Anstalt zu verbinden. Wenn diese Kapelle auch nicht dem bestimmten Zwecke dereinst dienen sollte, so bliebe doch immer der Vorteil, dass sie zu einem Simultan-Gottesdienste dem Glaubens-Bekenntnisse der Beamten Relikten entsprechend verwendet werden könnte.“ Die Planungen Eduard Riedels sehen einen achteckigen Bau vor, in dem man den Sarkophag im Untergeschoss über eine Wendeltreppe erreichen kann. König Max II. lässt für sich eine ganze Reihe von Grablegen - auch außerhalb Münchens - planen, stirbt jedoch vor der Ausführung der Projekte.

10. Dezember 1865 – Fluchtartig verlässt Richard Wagner München

München-Maxvorstadt - Tribschen * Richard Wagner verlässt fluchtartig seine Villa in der Brienner Straße 21 (heute 37) und flieht nach Tribschen in der Schweiz. Die Münchner Gemeindebevollmächtigten sprechen sich in ihrer Sitzung für die Übersendung einer „Danksagung der Stadt München für die Entfernung Richard Wagners aus Bayern“ an den König aus. Diese Aktion wird allerdings nach einem Einspruch des Magistrats unterbleiben. Zwischen Mai 1864 und Dezember 1865 hat Richard Wagner von der Kabinettskasse 99.400 Gulden erhalten. In dieser Summe sind weder die Zuschüsse an Wagner nahestehende Personen, noch die Zuwendungen für die „Tristan und Isolde“-Aufführung in Höhe von 57.500 Gulden. Das entspricht etwa einem Drittel der jährlich rund 300.000 Gulden aus der Kabinettskasse, über die der König ein freies Verfügungsrecht besitzt.

1866 – Die Georgskirche wird dem Zeitgeschmack entsprechend renoviert



Bogenhausen * Die Georgskirche wird dem Zeitgeschmack entsprechend renoviert. Man versieht die Kanzel mit einem alles zukleisternden braun-marmorierten Anstrich, beizt die Bänke dunkel und streicht darüber hinaus die Wände grau.

Oktober 1866 – Das Haidhauser Komitee ist für einen Bahnhof in Haidhausen

München-Haidhausen - München-Giesing - München-Au * Nachdem Einzelheiten über den Streckenverlauf und den Bahnstandsstandort der Eisenbahnstrecke nach Braunau am Inn durchgesichert sind, gründen sechs Haidhauser Unternehmer und Geschäftsleute ein Komitee. Nach den Planungen der Eisenbahn-Generaldirektion soll der künftige Ostbahnhof an der heutigen Regerstraße, auf damals Giesinger Gebiet, entstehen. Dieser Standort gilt als ideal, da er von den Zentren der drei Stadtviertel Au, Giesing und Haidhausen nahezu gleich weit entfernt ist und einer möglichen Erweiterung des Bahnstands sowie der Ansiedelung von Industrie- und Gewerbebetrieben nichts im Wege steht. Das Haidhauser Komitee spricht sich gegen den Bahnstandsstandort in Giesing und für einen solchen in Haidhausen - nahe dem heutigen Rosenheimer Platz - aus. Der Vorsitzende des Haidhauser Komitees ist der Besitzer der Franziskaner-Leistbrauerei, Joseph Sedlmayr. Nach Auffassung der Haidhauser Unternehmer spricht für den Standort Haidhausen, dass der Hauptpersonen- und Hauptgüterverkehr schon immer über diesen Ort lief und demzufolge alle verkehrstechnischen Infrastruktureinrichtungen vorhanden sind. Die „gefährliche Verkehrsanbindung“ über den steilen und nicht regulierten Giesinger Berg und dem gleich abschüssigen Nockherberg sprechen gegen Giesing. Hinzu kommen die fehlenden Brückenverbindungen für die Pferdefuhrwerke. Der Münchner Magistrat und das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten schließen sich umgehend den Forderungen der Haidhauser an. Doch das für den Eisenbahnbau in Bayern zuständige Handelsministerium steht den Vorschlägen völlig konträr gegenüber, da nach seiner Auffassung der zweite Bahnhof höchstens ein kleiner Nebenbahnhof werden soll, an dem nur wenige Züge halten.

September 1867 – Der Ostbahnhof-Standort wird neu festgelegt

München-Haidhausen * Nur wenige Wochen nach der vorhergehenden Entscheidung, stellt die Generaldirektion der kgl. Staatseisenbahnen fest, dass sie wegen bautechnischer Schwierigkeiten auf den Bau der Sedlmayr'schen Alternative zugunsten der Eichthal'schen verzichten muss. Und diese Entscheidung steht felsenfest. Da bewirkten selbst die Proteste des Besitzers der Franziskaner-Leistbrauerei, Joseph Sedlmayr, der die getroffene Entscheidung lauthals als „Resultat gelungener Agitation und Privatspekulation“ bezeichnet,



nichts mehr. Als eindeutiger Gewinner geht aus diesem monatelangen Tauziehen Carl von Eichthal hervor. Der Hofbankier hat anno 1856 zusammen mit den bedeutendsten deutschen Großunternehmern und Bankchefs die Ostbahn-Aktiengesellschaft ins Leben gerufen. Carl von Eichthal gehört unter anderem dem Kollegium der Gemeindebevollmächtigten sowie der Abgeordnetenversammlung an und verfügt damit über einen massiven Informationsvorsprung, der seine Eisenbahngeschäfte mit der Bodenspekulation verschmelzen lässt. Bei der Entscheidungsfindung für die äußere Bahnlinie und dem Bahnstandsstandort am Kuisl war es zumindest nicht hinderlich, dass Gustav von Schlör vor seiner Ernennung zum Handelsminister lange Jahre Direktor bei der Ostbahngesellschaft war. Eichthal und Schlör kennen sich persönlich gut und dem entsprechend gut sind die geschäftlichen Verbindungen zwischen dem Bankier und dem Minister. Darüber, ob es interne Absprachen zwischen den beiden Akteuren gab oder dass der einflussreiche Bankchef Druck auf den Staatsminister ausübte, lässt sich nur spekulieren.

1870 – Das Gebäude des Spitals der Unheilbaren muss abgebrochen werden

München-Au * Mit dem Bau der Eisenbahnlinie muss sich der Magistrat gegenüber der Eisenbahn-Gesellschaft verpflichten, das Gebäude des neuen St.-Nicolai-Spitals der Unheilbaren am heutigen Kolumbusplatz abzubrechen.

18. Juli 1870 – Die Unfehlbarkeit des Papstes wird beschlossen

Rom-Vatikan * Die Konzilsmehrheit beschließt auf dem Ersten Vatikanischen Konzil die „Unfehlbarkeit des Papstes“ in Fragen des Glaubens und des Lebens der Christen sowie seine oberste und alleinige Rechtsgewalt in der Kirche. Ignaz von Döllinger sieht durch das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit die apostolische Tradition verraten. Doch die Reaktion der römischen Kurie folgt umgehend. Alle Katholiken, die aus Gewissensgründen die neuen Glaubenssätze nicht annehmen und ihnen öffentlich widersprechen, werden exkommuniziert, also aus der sakramentalen Gemeinschaft der Kirche ausgeschlossen.

22. September 1870 – Bayern und Württemberg verhandeln auf der Münchner Konferenz

München • In der sogenannten Münchner Konferenz, die vom 22. bis zum 26. September 1870 in München stattfindet, besprechen die Vertreter Bayerns und Württembergs den von Rudolph von Delbrück vorgelegten Beitritts-Vorschlag zum Deutschen Reich.



21. Januar 1871 – Auch die Abgeordnetenversammlung stimmt dem Beitritt zum Kaiserreich zu

München-Kreuzviertel * Nach einer zehnstündigen Redeschlacht stimmen 102 Abgeordnete für den Beitritt Bayerns zum Deutschen Kaiserreich und nur noch 48 dagegen. Damit ist die Zweidrittelmehrheit - wenn auch knapp - erreicht. Das im Jahr 1871 gegründete Deutsche Reich ist nach der Präambel seiner Verfassung ein „ewiger Bund zum Schutz des deutschen Bundesgebietes und des innerhalb dieses gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes“. Diesen Bund schließen die 22 Repräsentanten der vier Königreiche Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen; der sechs Großherzogtümer Baden, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Hessen-Darmstadt, Oldenburg und Sachsen-Weimar; der fünf Herzogtümer Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg; der sieben Fürstentümer Schwarzburg-Sonderhausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuss ältere Linie, Reuss jüngere Linie, Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe, des mitregierten Reichslandes Elsass-Lothringen sowie der Regierenden Bürgermeister der drei Freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck. Dieser Bundesstaat wird durch zwei Institutionen - Bundesrat und Reichstag - repräsentiert. Verfassungsrechtlich ist der Bundesrat das höchste Reichsorgan, in dem Preußen aufgrund seiner Größe und seiner hegemonialen Stellung dominiert. In diesem Gremium sind die einzelnen Länder entsprechend ihrer Größe mit unterschiedlichen Stimmenzahlen ausgestattet vertreten: Preußen 17, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3, die kleineren je 2 oder 1 - insgesamt 58 Stimmen.

16. April 1871 – Die Reichsverfassung wird rechtskräftig

Deutsches Reich - Königreich Bayern * Die Reichsverfassung wird rechtskräftig. Das Zweite Deutsche Kaiserreich ist ein Bundesstaat, dem - unter preußischer Hegemonie - 25 Einzelstaaten angehören. Der preußische Ministerpräsident ist gleichzeitig Reichskanzler. Das Deutsche Reich ist nach der Präambel seiner Verfassung ein „ewiger Bund zum Schutze des deutschen Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes“. Diesen Bund schließen die 22 Repräsentanten: der vier Königreiche Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen; der sechs Großherzogtümer Baden, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Hessen-Darmstadt, Oldenburg und Sachsen-Weimar; der fünf Herzogtümer Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg; der sieben Fürstentümer Schwarzburg-Sonderhausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuss ältere Linie, Reuss jüngere Linie, Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe, des mitregierten



Reichslandes Elsass-Lothringen sowie der Regierenden Bürgermeister der drei Freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck. Dieser Bundesstaat wird durch zwei Institutionen - Bundesrat und Reichstag - repräsentiert. Verfassungsrechtlich ist der Bundesrat das höchste Reichsorgan, in dem Preußen aufgrund seiner Größe und seiner hegemonialen Stellung dominiert. In diesem Gremium sind die einzelnen Länder entsprechend ihrer Größe mit unterschiedlichen Stimmenzahlen ausgestattet vertreten: Preußen 17, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3, die kleineren je 2 oder 1 - insgesamt 58 Stimmen. Bis im Rahmen der Reichsgründung auch in Bayern das metrische Maß eingeführt wird, fasst die Bayerische Mass 1.069 Kubikzentimeter. Durch die Preußische Maß- und Gewichtsordnung wird das Bayerische Maaß abgeschafft. Als gesamtdeutsche Maßeinheit gilt nun der Liter. Und dieser ist auf 1.000 Kubikzentimeter festgelegt worden.

9. Juli 1871 – Bürgermeister Alois von Erhardt stellt das Franzosenviertel-Konzept vor

München-Haidhausen * Das Einverständnisschreiben des Innenministeriums für die „Straßenzüge zum Braunauer Bahnhof in der Vorstadt Haidhausen“ enthält gegenüber der Ursprungsplanung nur geringfügige Änderungen. Daraufhin kann Bürgermeister Alois von Erhardt noch im gleichen Monat das Konzept der Öffentlichkeit vorstellen. Das Franzosenviertel ist von dem Münchner Stadtbaurat Arnold Zenetti streng geometrisch als Dreistrahlanlage geplant worden. Das Konzept umschließt das künftige Straßennetz zwischen dem Bahngelände, der Stein-, Rosenheimer-, Wolfgang- und der Äußeren-Wiener-Straße und sieht den Ostbahnhof und das ihn umgebende Rondell des Orleansplatzes als Mittelpunkt des Viertels vor. „Diese Zentrierung auf den Ostbahnhof nimmt sich wie die Persiflage eines residenzstädtischen Grundrisses aus, im dem - dem Arbeiterviertel entsprechend - der Platz des Herrscherhauses von dem Pendlerbahnhof eingenommen wird“. Damit die neue Wohnsiedlung an die Vorstadt Haidhausen und an das Gasteig-Gelände angebunden werden kann, sind in Zenettis Planungskonzepten Straßendurchbrüche von der Wörth- zur Preysingstraße und Verbreiterungen der Rosenheimer-, Stein- und Milchstraße vorgesehen. Im Gegensatz zu der am Beginn des 19. Jahrhunderts angelegten Maxvorstadt und zu dem ab dem Jahr 1860 erbauten Gärtnerplatz-Viertel haben die Straßen und Plätze des Franzosenviertels erstmals unterschiedliche Breiten. Dafür sind - neben verkehrstechnischen - vor allem ästhetische Gesichtspunkte ausschlaggebend. Vom 530 Fuß messenden, halbkreisförmigen Orleansplatz ausgehend, bildet die 100 Fuß breite Wörthstraße die Mittelachse der symmetrischen Dreistrahlanlage. Ihre Aufweitung - der früher als Forum bezeichnete heutige Bordeauxplatz - bildet den prunkvollen Mittelpunkt innerhalb des Franzosenviertels. An seiner Stelle beträgt die Straßenbreite 200 Fuß. Ein ebenfalls 100 Fuß breites Straßenprofil verzeichnen die



Rosenheimer- und die Orleansstraße. Die Weißenburger- und die Belfortstraße verlassen das Rondell am Orleansplatz als Diagonalachsen. Diese Verkehrswege messen, ebenso wie die sie kreuzende Pariser- und Breisacher Straße 60 Fuß in der Breite. Die restlichen Straßen haben eine Breite von 50 Fuß. An den beiden diagonal verlaufenden Straßenzügen sind Platzanlagen geplant. So folgt an der Weißenburger Straße dem 220 Fuß messenden, rechteckigen Pariser Platz der im Durchmesser 300 Fuß umfassende, kreisrunde Weißenburger Platz. Spiegelbildlich zum Pariser Platz soll an der Belfortstraße ebenfalls eine quadratische Platzanlage, der Straßburger Platz, angelegt werden. Die Planung, die mit ihrer symmetrischen Straßenführung an eine barocke Bauweise erinnert, kann aber nur dort verwirklicht werden, wo sich der Grund in der Hand eines Besitzers befindet. Im Gegensatz zu dem Baugebiet das sich überwiegend im Besitz Carl von Eichthals befindet und das etwa bis zur Wörthstraße reicht, scheitert nördlich davon der weitere Ausbau am Kloster der Frauen zum guten Hirten, das das Gelände des ehemaligen Preysing-Schlusses seit 1840 besitzt. Die Klosterverwaltung lehnt jeden Verkauf der notwendigen Grundstücke zur Fertigstellung des Franzosenviertels ab und tritt nicht einmal einen Quadratmeter Grund für die Straßenanlagen ab. Ein Opfer dieser unnachgiebigen Haltung wird der Straßburger Platz den der Königlich-bayerische Major a.D., Karl Graf von Rambaldi, im Jahr 1894 in seiner Zusammenstellung der Münchner Straßennamen wie folgt beschreibt: „Straßburgerplatz. Liegt in Haidhausen zwischen der Elsaß-, Pariser- und Belfortstraße, nördlich vom Ostbahnhofe“. Doch ohne ein Entgegenkommen der Klosterschwestern kamen die weiteren Planungsarbeiten für dieses Gebiet ins Stocken. Dies auch, weil einerseits keine aussichtsreichen Enteignungsmöglichkeiten bestehen, andererseits, weil sich in den Zeiten der geometrischen Stadtplanung kein Verantwortlicher zu einer Planänderung entschließen kann.

Erst mit dem Amtsantritt Theodor Fischers, dem Vorstand des Münchner Stadterweiterungsbüros, werden die Planungen wieder aufgenommen.

1. Januar 1872 – Der Liter ersetzt die bayerische Mass

Königreich Bayern * Die Vereinheitlichung der Maße und Gewichte im Deutschen Reich tritt in Bayern in Kraft. Grundlage ist die bereits am 29. April 1869 beschlossene bayerische Maß- und Gewichtsordnung. Das metrische System mit Meter, Kilogramm und Liter ersetzt die bisherigen Landesmaße. Davon ist auch der Bierausschank betroffen. Die traditionelle bayerische Mass fasst 1.069 Kubikzentimeter beziehungsweise 1,069 Liter. Der neue Liter enthält dagegen nur 1.000 Kubikzentimeter. Die ausgeschenkte Menge verringert sich somit um 69 Milliliter oder rund 6,5 Prozent. Viele Bayern bezeichnen die neue Einheit spöttisch als „Preußenmass“. Der Unmut richtet sich vor allem dagegen, dass die Biermenge schrumpft, der Preis aber nicht entsprechend sinkt. Teilweise verlangen die Wirte sogar sieben Kreuzer je Liter, nachdem die größere



bayerische Maß zuvor sechseinhalb Kreuzer gekostet hat. Die Verbraucher erhalten damit weniger Bier und müssen zugleich mehr bezahlen. Auch die vorhandenen Masskrüge müssen an die neue Einheit angepasst werden. Eichbeamte ermitteln den Füllstand von genau einem Liter im Inneren des Kruges und übertragen ihn mithilfe eines besonderen Messwerkzeugs auf die Außenwand. Dort bringen sie einen neuen, tiefer liegenden Eichstrich an. Die Kosten dieser Nacheichung entsprechen ungefähr dem Preis einer halben Maß Bier und müssen von den Besitzern der Krüge getragen werden. Neu hergestellte Krüge erhalten den Literfüllstand bereits während der Fertigung. Die alte Bezeichnung verschwindet dennoch nicht: Im alltäglichen Sprachgebrauch heißt auch der Einliterkrug weiterhin „Mass“. Aus einer historischen Maßeinheit wird damit die bis heute gebräuchliche Bezeichnung für einen Liter Bier.

9. Mai 1873 – Der Gründerkrach führt zur Wirtschaftskrise

Wien - Deutsches Reich * Der „Gründerboom“ ist schlagartig beendet. Die Wiener Börse bricht zusammen. Der Kurssturz greift rasch auf Deutschland und andere europäische Länder über und führt zu einer schweren Wirtschaftskrise. Die Folgen: Viele Banken gehen bankrott. Unternehmen müssen schließen. Aktien verlieren einen großen Teil ihres Wertes. Zahlreiche Anleger verlieren ihr Vermögen. Der Börsenkrach löst eine lang anhaltende wirtschaftliche Unsicherheit aus. Der Börsenkrach ist aber nicht die Ursache der Krise, sondern der Moment, in dem allen klar geworden ist, dass die Erwartungen nicht mehr der Realität entsprechen. Die eigentlichen Probleme haben sich über Jahre aufgebaut. Das waren: überhöhte Aktienkurse, zu viele Unternehmensgründungen, unrealistische Gewinnerwartungen. Es ist wie ein Ballon, der immer weiter aufgeblasen wird. Lange passiert scheinbar nichts. Doch irgendwann reicht ein kleiner Stich - und der Ballon platzt sofort. Die Luft war schon vorher zu viel geworden.

1874 – Carl von Lindes Kältemaschine erfüllt alle Erwartungen

München * Carl von Linde baut bei der Münchner Spatenbrauerei die zweite, mit Ammoniak betriebene Kältemaschine, die alle Erwartungen erfüllt. Damit wird der Brauprozess berechenbarer und die Kosten kalkulierbarer.

1874 – Bierboykott mit Milch und Limonade

München * Im seit Jahren andauernden Bierpreisstreit greifen Münchner Arbeiter erneut zu einem wirkungsvollen Protestmittel: Ganze Belegschaften meiden jene Gaststätten, die den Preis für



einen Liter Bier auf neun Kreuzer erhöhen. Zeitgenössisch ist noch häufig vom englischen „Strike“ die Rede. Genau genommen legen die Arbeiter ihre Arbeit jedoch nicht nieder, sondern organisieren einen gezielten Bier- und Wirtsboykott. Auch Maurer aus Haidhausen und Giesing schließen sich der Bewegung an. Sie versprechen auf Ehrenwort, so lange Milch statt Bier zu trinken, bis der Preis wieder auf acht Kreuzer sinkt. Münchner Zeitungen stärken die Durchhaltungsmoral der Boykottierenden und veröffentlichen sogar Rezepte für preiswerte Ersatzgetränke. Unter der Überschrift „An das durstige Publikum“ empfiehlt die „Volksstimme“ eine selbst hergestellte Brauselimonade: „Wer da glaubt, das Bier nicht entbehren zu können, der mache den Versuch: Kaufe bei einem Materialisten ungefähr für 18 Kreuzer Weinsteinensäure, um neun Kreuzer doppeltkohlensaures Natron, nehme zu einem halben Liter Wasser zwei Teile Natron, einen Teil Weinsteinensäure, und das billigste Selterswasser ist fertig. Um 27 Kreuzer hat man eine ganze Woche Selterswasser – statt saurem Bier!“ Der organisierte Konsumverzicht zeigt einen Wandel der Protestformen: An die Stelle gewaltsamer Bierkrawalle tritt zunehmend der wirtschaftliche Druck auf Wirte und Brauer. Wer das Bier verteuert, soll darauf sitzen bleiben.

9. Juni 1875 – Prinz Otto muss seine Reise wegen starker Wahnideen abbrechen

Würzburg - München * Prinz Otto muss seine Reise in die Beneluxländer, Skandinavien und Russland wegen auftretender starker Wahnideen abbrechen. Zwei Tage nach Reiseantritt trifft er schon wieder in München ein.

20. Dezember 1875 – Eine Heerordnung für das Königreich Bayern

München * Für das Königreich Bayern wird eine Heerordnung erlassen. Sie hat, wie auch die Wehrordnung, ihr Vorbild in den entsprechenden Bestimmungen für das übrige Reich.

25. Februar 1878 – Die Münchner Pferdetrambahn geht faktisch in neue Hände über

München * Der belgische Unternehmer Edouard Otlet, vertraglich alleiniger Besitzer der Münchner Pferdebahn, gründet die „Société Anonyme des Tramways de Munich“ mit Sitz in Brüssel und einer Vertretung in München. Damit geht die Münchner Pferdetrambahn faktisch in neue Hände über. Die Münchner Stadtväter vermuten, dass Otlet lediglich als Strohmännchen einer französischen Investorengruppe fungiert. Tatsächlich handelt es sich bei der Gesellschaft um eine Aktiengesellschaft mit einem Betriebskapital von fünf Millionen Franc, finanziert durch eine französische Kommanditgesellschaft. In der Münchner Stadtverwaltung stößt dieses Vorgehen



auf deutliche Kritik – auch deshalb, weil die von Otlet eingesetzten Direktoren in München kaum Deutsch sprechen.

1879 – Hauptamtliche Feuerwehrmänner beziehen das Hauptfeuerhaus

München-Angerviertel * Zwölf hauptamtliche Feuerwehrmänner, ein Telegraphist und ein Oberfeuerwehrmann beziehen das Hauptfeuerhaus am Heumarkt 13, dem heutigen Jakobsplatz. Ziel und Zweck der hauptamtlichen Wache ist: „Bei jedem im Burgfrieden der Stadt München ausbrechenden Brande in möglichster Schnelligkeit nach der Brandstätte zu eilen, und ein dortselbst ausgebrochenes Schadenfeuer wo möglich im Entstehen zu unterdrücken, oder wenn dies nicht mehr möglich ist, zu versuchen, dasselbe so lange zu beschränken, bis die Abteilungen der freiwilligen oder der städtischen Feuerwehr zur Hilfe auf der Brandstätte erschienen sind.“

Juli 1879 – Der Kampf für städtische Arbeitsvermittler

München * Die Polizeidirektion erlässt Vorschriften für private Stellenvermittler und Vermittlungsbüros der gewerblichen Verbände und Innungen, um arbeitsuchende Menschen vor schlimmer Ausbeutung zu schützen. Es geht um überzogene Gebühren bei un-gewissen Erfolgen. Nach einem Bericht des Münchener Gewerkschaftsvereins aus demselben Jahr liegen die Einschreibengebühren für die privaten Arbeitsvermittler zwischen 50 Pfennigen und einer Mark. Nach der Vermittlung eines Arbeitsplatzes ist eine entsprechende Gebühr fällig, die sich nach dem zu erwartenden Lohn ausrichtet. Sie beträgt, bei einem Monatsverdienst von 10 bis 50 Mark, die Hälfte bis zu einem doppelten Monatslohn. Die Vermittlungsgebühr zahlt zuerst der Arbeitgeber, der sie dann zumeist dem Arbeitnehmer vom Lohn abzieht. Besonders häufig werden die im Stadtleben noch unerfahrenen Mädchen vom Land ausgenutzt, indem man ihnen Unterkunft und Verpflegung zu überhöhten Preisen anbot. Sie müssen häufig ihre Dienstbücher und Zeugnisse dem Arbeitsvermittler aushändigen, womit sie den unseriösen Stellenvermittlern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Die Mädchen vom Land können sich dadurch weder auf eigene Faust eine Arbeit suchen, noch andere Jobvermittler beauftragen. Erst wenn ein Arbeitsverhältnis mit einem neuen Arbeitgeber geschlossen worden ist, erhalten sie ihre Unterlagen wieder zurück. Da die polizeilich erlassenen Vorschriften auch in den folgenden Jahren keine Wirkung zeigen, ist die Einrichtung von zentralen städtischen oder staatlichen Arbeitsvermittlungen ein besonderes Anliegen der Gewerkschaften, deren Einsatz die Münchner Stadtverwaltung letztlich zu einem fortschrittlichen Handeln bewegen wird.



26. April 1880 – Die Bauarbeiten für das „Münchener Aquarium“ beginnen

München-Hackenviertel * Die Bauarbeiten für das „Münchener Aquarium“ am Färbergraben 24 beginnen. Johann Baptist Gassner hat dafür das Schäffler-Strobel'sche Haus gekauft, es abbrechen und einen „Kolossalbau“ von drei Stockwerken an dessen Stelle zum Zwecke der Unterbringung seiner Kunstsammlungen und der Aquarien errichten lassen. Nach einem guten Jahr ist das Etablissement fertiggestellt. Selbst die Straße wurde durch eine neue Pflasterung aufgewertet.

1882 – Die protestantische Schule an der Herrnstraße

München-Graggenau * Für die evangelischen Schulkinder des Münchner Ostens ist die protestantische Schule an der Herrnstraße zuständig. Lediglich den Kindern des ersten und des zweiten Schuljahres ist es wegen der Länge und Gefährlichkeit des Schulweges gestattet, die entsprechenden Klassen in einer katholischen Schule zu besuchen. Von diesem Entgegenkommen machen jedoch nur wenige Schüler Gebrauch, da die Mehrzahl der Eltern befürchtet, ihre Kinder würden von dem „katholischen Geist dieser Klassen“ negativ beeinflusst werden und nehmen deshalb lieber den Weg in die Stadt in Kauf.

März 1883 – Frühes Ausschankende und Musikverbot

München-Au * Da die bisherigen Maßnahmen keine dauerhafte Besserung bringen, verschärfen die Behörden erneut die Vorschriften für den Salvatörausschank. Die Bierausgabe muss nun bereits um 19.30 Uhr enden. Für den Eröffnungstag gilt außerdem ein vollständiges Musikverbot. Dahinter steht die Überlegung, dass ohne die beliebte „Salvatomusik“ auch das begleitende Johlen, Pfeifen und Singen abnimmt. Tatsächlich unterbleibt dadurch weitgehend das rhythmische und ohrenbetäubende Schlagen mit Bierkrügen und Stöcken. Die Stimmung heizt sich deutlich weniger auf. Der Vorschlag, das Musikverbot auf sämtliche Sonn- und Feiertage auszudehnen, findet bei der Polizeidirektion jedoch keine Zustimmung. Dagegen sprechen auch die wirtschaftlichen Interessen der Brauerei: Sie befürchtet, dass eine gedämpfte Stimmung die Trinkfreude und damit den Bierumsatz vermindert.

1886 – Die katholische Kirche droht mit der Exkommunikation

München * Die katholische Kirche droht ihren Mitgliedern mit der Exkommunikation, wenn sie ihre



Leiche verbrennen lassen oder in einen entsprechenden Verein eintreten würden.

17. Juni 1886 – Geheimes Protokoll über den Gesundheitszustand König Ottos I.

München * In einem geheimen Protokoll wird über den Gesundheitszustand des fünften bayerischen Königs das Nachfolgende ausgeführt: „Der Zustand seiner Majestät des Königs Otto sei ein solcher, daß auch der Laie die Regierungsunfähigkeit zu bestätigen vermöge. Das Leiden hat seinen Anfang genommen [...] wie bei Seiner Majestät König Ludwig. Zuerst seien Seine Majestät König Otto zur Führung einer längeren Conversation befähigt gewesen, jetzt könnten sich Seine Majestät gar nicht mehr artikuliert ausdrücken, wenn auch ein gewisses Verständnis und Erkennungsvermögen bestehe. Wenn Ihre Majestät die Königinmutter oder ein Curator das Schloß Fürstenried besuche, so erkennen Seine Majestät dieselben, lachen und springen davon, weil Seine Majestät außer Stande sind, zusammenhängend zu sprechen.“

Und an einer anderen Stelle der gleichen Protokollnotiz steht geschrieben: „Hienach finden sich bei Seiner Majestät König Otto bald Exaltations-, bald Depressions-Zustände mit Aufregungen, lebhaften Sinnestäuschungen, zuckende Bewegungen, Wahnideen sowie Geistesschwäche vor, und ist dieser Zustand als ein unheilbarer zu erachten.“

27. Juni 1888 – Forderung nach Errichtung einer ersten und zweiten Klasse

München - München-Haidhausen * Die „protestantischen Einwohner der Vorstädte rechts der Isar“ erheben bei der Lokalschulkommission die Forderung nach Errichtung je einer ersten und zweiten Klasse in Haidhausen. Die Schulbehörde ist jedoch - aufgrund der in Haidhausen herrschenden Schulraumnot - nicht in der Lage, dem Antrag zu entsprechen, stellt aber die Errichtung der gewünschten Klassen nach der Fertigstellung des Erweiterungsbaues der Wörthschule für das Jahr 1891/92 in Aussicht.

29. Juli 1888 – Die Centenarfeier für König Ludwig I.

München * Aus Anlass des 100. Geburtstags von König Ludwig I. findet vom 29. bis zum 31. Juli 1888 eine Centenarfeier als rauschende Festfolge statt. Eigentlich hätten die Münchner das Fest schon zwei Jahre zuvor feiern wollen, da König Ludwig I. ja bereits 1786 geboren worden war. Doch die Hoftrauer um den im Starnberger See ums Leben gekommenen Enkel des Jubilars und „Märchenkönigs“ machen entsprechende Festlichkeiten im eigentlichen Jubiläumsjahr 1886 unmöglich. Aus diesem Grund verschob man das Fest und führte es parallel zur



Deutsch-Nationalen Kunstgewerbe-Ausstellung durch. nbsp;

September 1888 – Am Mariannenplatz soll die dritte evangelische Kirche entstehen

München-Lehel * Die Münchner Gemeindegemeinden beschließen, der protestantischen Kirchengemeinde den Mariannenplatz zum Bau ihrer dritten Kirche zu überlassen. Als Bedingungen werden gestellt, dass der Bau innerhalb der nächsten drei Jahre begonnen und als ein der Quaistraße entsprechender und monumentaler Bau ausgeführt werden muss.

1890 – Das Luxuscafé setzt sich in München durch

München * Das Luxuscafé setzt sich in München durch. Den großen Vorbildern Café Luitpold und Café Prinzregent folgt eine Flut von Nachahmungen, die sich im Ausstattungsniveau, im technischen Standard und in der Dienstleistung an diesen hohen Vorgaben orientieren. Zwischen 1890 und 1897 wurden eine ganze Reihe von größeren und kleineren Kaffeehäusern gegründet oder ältere dem Geschmack der Neuzeit entsprechend restauriert.

27. April 1890 – Beinahe ein Unfall zwischen Dampftrambahn und Hofkutsche

München-Maxvorstadt * Prinzregent Luitpold ist schlecht auf die Dampftrambahn zu sprechen, da nur mit Mühe ein Zusammenprall mit einer Hofkutsche vermieden werden kann.

1891 – Der Reichstag bewilligt finanzielle Mittel für Strafaktionen

Kamerun * Um den Widerstand der in Kamerun lebenden Völker zu brechen, bewilligt der Reichstag finanzielle Mittel zum Aufbau einer bewaffneten Streitmacht, die die Interessen der deutschen Handelsgesellschaften durchsetzen sollen. Die Polizeitruppe für Kamerun wird vom Premierleutnant Hans Dominik geleitet. Er erhält mit seinen Kriegszügen und den nachfolgenden Straf- und Säuberungsaktionen den Namenszusatz „Schrecken von Kamerun“. Dominiks Grundsatz lautet: „Die Neger müssen wissen, dass ich der Herr bin und der Stärkere; so lange sie das nicht glauben, müssen sie es eben fühlen, und zwar hart und unerbittlich, so dass ihnen für alle Zeiten das Auflehnen vergeht; ist das erreicht, dann kann man sie mit großer Freundlichkeit und Milde behandeln.“



22. September 1892 – Die neue Anna-Pfarrkirche erhält ihre Glocken

München-Lehel * Festlich geschmückte Wagen bringen insgesamt sieben Glocken für die neue Anna-Pfarrkirche. Sie sollen die Lechler künftig zum Gottesdienst rufen und ihnen viertelstündlich - weithin hörbar - mitteilen, wie viel es geschlagen hat. Auch für die Glocken haben die Vorstädter wieder fleißig gespendet. Die Analen sprechen von Einzelpersonen oder anonym von Wohltätern der Pfarrei, daneben vom örtlichen Jungfrauenverein, vom Frauenbund und Mütterverein St. Anna und von der Sankt-Anna-Bruderschaft.

15. Juni 1896 – Erwerb eines Bauplatzes für das Marianum

München-Untergiesing * Nachdem die Eichthal'sche Lederfabrik den Vertrag mit dem Marianum aufgekündigt hat, ist die Vereinsleitung zum Handeln gezwungen. Die Generalversammlung beschließt den Erwerb eines Bauplatzes an der Humboldt-/Ecke Claude-Lorrainstraße. Im diesem Jahr werden im Marianum 139 Mädchen ausgebildet, davon sind neunzehn „mit körperlichen Gebrechen derart behaftet, dass sie sich anderswo nicht hätten durchbringen können“, ist im Geschäftsbericht zu lesen.

1897 – Die Gesellschaft Hausmüllverwertung München

München - Puchheim * Die Stadtverwaltung schließt mit der Gesellschaft Hausmüllverwertung München einen Vertrag, worin sich die Stadt verpflichtet, dieser Gesellschaft den gesamten Hausunrat ohne Ausnahme zur Trennung in verwertbare und nicht verwertbare Teile zu überlassen. Die Gesellschaft baut dafür in Puchheim eigens eine entsprechende Anlage. Die Stadt sorgt dafür, dass der Müll mit der Eisenbahn nach Puchheim transportiert wird. Aufgabe der Gesellschaft ist es, aus dem Hausmüll landwirtschaftlich verwertbaren Dünger herzustellen und die hierfür nicht geeigneten Bestandteile des Mülls „hygienisch einwandfrei zu verwerten“. Ausgesondert werden Glas, Papier, Knochen, Lumpen und Metalle, außerdem Gummi, Kork und Holz. Was übrig bleibt, wird auf unfruchtbarem Moorgrund aufgeschüttet. Nach Darstellung der Süddeutschen Sonntagspost ist danach der Moorboden so fruchtbar, dass darauf sogar Futterrüben angebaut werden können.

November 1897 – Junge, leicht bekleidete Modelle im Goldrahmen

München-Kreuzviertel * Im Internationalen Handels-Panoptikum werden „lebende Gemälde“



vorgeführt. Junge, leicht bekleidete Modelle stellen im Goldrahmen vor dem entsprechenden Hintergrund bei passender Beleuchtung bestimmte Themen wie „Morgen, Nacht, Amor, Salome“ dar.

1898 – Das sogenannte Fünf-Prozent-Grün wird eingeführt

München - München-Haidhausen * Mit einer Ministerialentschließung wird das sogenannte „Fünf-Prozent-Grün“ eingeführt. Diese legt fest, dass in allen zu erstellenden Baulinienplänen fünf Prozent der Gesamtfläche als Grünanlagen und Spielplätze auszuweisen sind. Haidhausen und das Franzosenviertel ist mit Grünanlagen nicht gerade gesegnet. Eine Begründung lässt sich auch darin finden, dass eine Sicherung von Grünanlagen ohne staatliche Verordnung seinerzeit nicht denkbar ist. Daran hat sich übrigens bis heute nichts geändert. Bei der Bebauung eines Gebiets durch Terrangesellschaften sind die Flächen unentgeltlich an die Stadt abzutreten. Diese städtebaulich und sanitär bedeutende Entscheidung betrifft anfänglich nur die großen Grundbesitze, da die entsprechenden fünf Prozent hier auch tatsächlich eine größere zusammenhängende Fläche ergeben. Später werden die Fünf-Prozent-Flächen durch Grundabtausch erstellt. Zwar sind im Franzosenviertel mit dem Orleans-, Weißenburger-, Pariser- und Bordeauxplatz die ersten stadtteilbezogenen Grünanlagen geschaffen worden. Diese dienen jedoch mit ihren regelmäßigen Formen und überschaubaren Größen rein als Schmuckplätze und Mittelpunkt eines Wohngebiets. Zum Spielen und als Aufenthalt für Kinder sind sie jedoch nicht geeignet, da zudem noch der Straßenverkehr über diese Plätze führt. Zu diesem Zeitpunkt hat sich im dicht besiedelten Franzosenviertel lediglich noch zwischen Orleans-, Lothringer- und Pariser Straße ein unbebautes Areal erhalten: die Postwiese. Walter Heerde weist in seinem Haidhausen-Buch darauf hin, dass die Postwiese ihren Namen völlig zu unrecht trägt, „denn es handelte sich nicht um eine Wiese, sondern um eine große, hässliche Grube, die zwar von der Haidhauser Jugend von je her als Spielplatz und winterliche Rodelstätte benützt wurde, aber sonst einen Schandfleck und ein Sorgenkind Haidhausens bildete“.

15. Januar 1898 – Eine Muster-Mülltonne wird eingeführt

München * Die Vorschrift tritt in Kraft, wonach „Neubeschaffene sowie nachbeschaffene Behälter in Bezug auf Maß und Form genau der beim Stadtbauamt aufbewahrten Mustertonne entsprechen“ müssen. Diese sind bis zum Jahr 1983 offiziell in Gebrauch.

1900 – Einstellungsbedingungen für Frauen im Fernsprehdienst



München * Für Frauen im Fernsprechkreis gelten folgende Einstellungsbedingungen: „Die Bewerberinnen - Mädchen oder kinderlose Witwen - müssen zwischen 18 und 25 Jahre alt sein, eine gute häusliche Erziehung erhalten und sich sittlich tadellos geführt haben, von entstellenden Gebrechen frei und körperlich vollkommen gesund sein, namentlich ein gutes Seh- und Hörvermögen sowie normale Atmungswerkzeuge besitzen und nicht zu Ohrenleiden, Nervosität und Bleichsucht neigen. Zur Einstellung als Telegraphengehülfin ist im allgemeinen eine Körpergröße von mindestens 158 cm erforderlich. Die Bewerberinnen dürfen keine Schulden haben. Es können in der Regel nur solche Bewerberinnen angenommen werden, welche in dem Orte der Beschäftigung dauernd festen Familienanhalt durch nahe Verwandte haben und bei diesen wohnen. Ausnahmen hiervon unterliegen der Genehmigung der Ober-Postdirektion. [...] Die Beschäftigung ist eine widerrufliche und gewährt keinen Anspruch auf Zulagen, Unterstützungen usw. Die Verheiratung hat den Verlust der Stelle zur Folge.“ Neben den günstigen Lohnkosten werden die Damen auch wegen ihrer - als weibliche Sozialisation beschriebenen - geschlechtsspezifischen Eigenschaften wie Einfühlungsvermögen, Aufmerksamkeit, Genauigkeit, Höflichkeit, Geduld, einfach „die ausgleichenden und vermittelnden Qualitäten der Frau“, eingestellt. Gerade in der Anfangsphase des Vermittlungsdienstes müssen die Frauen die Pannen, Störungen und Kapazitätsprobleme der Technik mit ihrer „natürlichen Veranlagung“ ausgleichen. Sie kommen meistens aus gutem Hause, sind unverheiratet, besitzen eine ordentliche Schulbildung - zum Teil sogar mit Fremdsprachenkenntnissen - und verfügen über einen einwandfreien Leumund. Mit diesen Voraussetzungen garantieren sie ein adäquates Benehmen im Umgang mit den „sozial hochgestellten Telefonabonnenten“. Aus einer Vielzahl von Bewerberinnen können die bestqualifiziertesten Frauen ausgewählt werden, die aufgrund ihrer Vorbildung, Sozialisation und Jugend als hoch motivierte Arbeitskräfte mit wenig anderen Berufs- oder Aufstiegschancen anerkannt sind. Die jungen Damen haben eine Aufnahmeprüfung in Rechnen, Geographie und Aufsatz zu absolvieren. Nach einer halbjährigen Probezeit müssen sie eine mündliche Prüfung ablegen und praktisch beweisen, dass sie Telefon- und Telegrafengeräte bedienen können. Die Tätigkeit in der Telefonvermittlung wird jetzt als dauerhafte Beschäftigung für Frauen verstanden. Wie schwer der Beruf der Telefonistin war, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, beispielsweise von der Größe der Stadt und der Art der Vermittlungsstelle. Die Arbeit einer Ortsvermittlungskraft gilt als monoton und - darüber sind sich die Arbeitsmediziner einig - stellt hohe Anforderungen an das Nervensystem. „Eine über mehrere Jahre tätige Telefonistin musste einfach hysterisch werden“. Die wöchentliche Arbeitszeit schwankt - je nach Schwere des Dienstes - zwischen 42 und 48 Stunden, nur jeder dritte Sonntag ist frei. Die Dienstschrift dauert elf Stunden; Urlaub gibt es keinen. Der Durchschnittsverdienst einer Telefonvermittlungskraft liegt etwas über dem von weiblichen Kaufhausangestellten und etwas unterhalb der Einkünfte von Lehrerinnen. Nur einzelne Kräfte können zur Aufsicht aufrücken. Während des Dienstes ist das Tragen einer einheitlichen



Dienstbluse aus dunkelblauem Stoff vorgeschrieben, da man befürchtet, dass „bei der Eigenart der weiblichen Natur nur zu leicht ein gegenseitiges Überbieten in der äußeren Erscheinung Platz greifen würde“.

August 1900 – Die Baukommission ist für die Nietenfabrik in Hellabrunn

München-Giesing * Die Baukommission der Landeshauptstadt München, der Polytechnische Verein sowie der Gewerbeinspektor der Stadt sprechen sich unter einigen Auflagen für die Nietenfabrik in Hellabrunn aus.

1. November 1900 – Der Ostfriedhof wird eingeweiht

München-Obergiesing * Der Ostfriedhof wird eingeweiht. Die Baukosten betragen 1.052.510 Mark und sind für damalige Verhältnisse sehr hoch. Die Gräberanlagen werden nach Bedarf angelegt und deren Ausführung erst im Jahr 1912 abgeschlossen. Der 28,43 Hektar große Friedhof wird dann Platz für 34.300 Gräber bieten. Zum ersten Mal in Deutschland werden die Grabdenkmäler und die Grabbepflanzung einem strengen Reglement unterworfen, das gleichzeitig mit der Eröffnung des Friedhofs in Kraft tritt. Der Architekt will dadurch die Gräber einer Sektion in einem Typus halten und die Gleichheit der Menschen vor dem Tod auf dem Friedhof nicht durch prunkvollen und teuren Grabschmuck durchbrechen. Seine Vorbilder sind die Friedhöfe von Glaubensgemeinschaften älterer Zeit und noch intakte Dorffriedhöfe in Oberbayern und Tirol. Ein Zugeständnis an die bürgerliche Oberschicht Münchens schafft der Architekt Hans Grässel allerdings mit den Gruftarkaden in den Umfassungsmauern als traditionelle Grabplätze für das reiche Bürgertum. Interessenten wird allerdings zur Verpflichtung gemacht, „den Grabplatz, sei es durch Aufführung einer Kapelle, sei es durch eine sonstige offene, den ästhetischen Anforderungen entsprechende Überdachung, abzudecken“, um eine einheitliche architektonische Wirkung zu erzielen. Die Pläne mussten zur Baugenehmigung vorgelegt werden.

1901 – Doppelte Aufnahmekapazität durch den Neubau

München-Untergiesing * Durch den Neubau des Marianums für Arbeiterinnen e.V. an der Humboldtstraße 2 kann die Zahl der aufzunehmenden Mädchen verdoppelt werden. Die Zahl der ständigen Heimbewohner wächst auf 43, wovon die Hälfte körperliche Gebrechen hat. Gearbeitet wird im Nähsaal, im Goldsticksaal, im Weißsticksaal, im Blumenbindesaal oder in



Einrichtungen zum Wäschewaschen und Feinbügeln. Mehrfach betonten die Geschäftsberichte, dass die Tage, „für welche Herr Reichsrat Freiherr von Cramer-Klett Chokolade mit Kuchen stiftete, freudig begrüßt waren“.

1901 – Die Herakles & Antäos-Gruppe am Schyrenplatz

München-Untergiesing * Eine Herakles & Antäos-Gruppe wird von der Stadt München „für die städtischen Grünanlagen am rechten Isarufer“ erworben und auf einem eigens dafür angefertigten Sockel auf dem Schyrenplatz aufgestellt. Die grimmige Catcher-Gruppe stellt eine Begebenheit aus der griechischen Mythologie dar. Antäos, ein libyscher Gigant, war der Sohn des Meeresgottes Poseidon und der Erdgöttin Ge. Da er seine Kraft durch die Berührung mit seiner Mutter, der Erde, erhält und ständig erneuert, besiegt er seine Gegner regelmäßig, um anschließend die Schädel seiner Opfer als Dachziegel für den Tempel seines Vaters zu verwenden. Als er Herakles, den Sohn des Zeus und der Alkmene, zum Ringkampf zwingt, nimmt dieser dem Giganten die Kraft, indem er ihn hochhebt und in der Luft so lange quetscht, bis die Knochen des Antäos brechen und dieser schließlich daran stirbt. Thematisch ergibt sich ein Zusammenhang durch die Nutzung von Platz und Gebäude für sportliche Zwecke. Der Standort der Gruppe hat sich seit dem Tag der Aufstellung nicht mehr verändert.

10. Dezember 1901 – Wilhelm Conrad Röntgen erhält den ersten Nobelpreis für Physik

Stockholm * Für seine bahnbrechende Entdeckung der Grundlage der medizinischen Radiologie erhält Wilhelm Conrad Röntgen den ersten Nobelpreis für Physik. Sein Werk markiert den Beginn der modernen Physik und revolutioniert die medizinische Diagnostik.

September 1902 – Carl Gabriel stellt ein Hippodrom auf dem Oktoberfestes auf

München-Theresienwiese * Der Magistrat erlaubt dem Schausteller-Unternehmer Carl Gabriel ein Hippodrom auf dem Festplatz des Oktoberfestes aufzustellen. Es ist seinem griechischen Namen entsprechend eine Reitarena. Im Inneren des Etablissements befindet sich eine 60 Meter lange Pferdereitbahn, in der Besucher des Restaurationsbetriebs gegen Bezahlung reiten können. Der Umritt dauert 5 Minuten und kostet 50 Pfennige. Der Bierausschank ist dem Inhaber anfangs verboten. Doch die Gäste können die Reitkünste der nicht immer nüchternen oder sich sonst nicht sonderlich geschickt anstellenden Damen und Herren bewundern. So manches Kleid rutscht hoch und gibt den Blick auf ein Damenbein frei. Kein Wunder, dass für das Hippodrom



bald der Name „Stilaugenzelt“ auftaucht. „Der unerschöpfliche Unterhaltungsstoff, den die erstmaligen Reitversuche von Herren und Damen den Zuschauern bieten, macht das Hippodrom zur ersten Volksbelustigung der Festwiese“.

7. Oktober 1902 – Karl Valentin muss ein Engagement in Nürnberg abbrechen

Nürnberg * Noch vor Vorstellungsbeginn erhält Karl Valentin ein Telegramm von seiner Mutter, in dem sie ihm mitteilt, dass sein Vater plötzlich schwer erkrankt ist. Er macht sich sofort auf den Weg nach Hause. Doch als er am nächsten Morgen um 8 Uhr in München ankommt, ist Johann Valentin Fey bereits im Alter von 69 Jahren verstorben. Karl Valentin muss sich jetzt um die Firma Falk & Fey und um seine Mutter kümmern. Der in Geschäftsdingen nicht sonderlich glücklich agierende Valentin fährt das Unternehmen innerhalb von vier Jahren voll an die Wand, sodass nicht nur die Firma, sondern gleich das ganze Anwesen verkauft werden muss.

16. Oktober 1904 – Georg Lang wird in Nürnberg beigesetzt

München-Giesing - Nürnberg * Nach einer Aufbahrung auf dem Münchner Ostfriedhof wird Georg Lang seinem Wunsch entsprechend auf dem Johannisfriedhof in Nürnberg beigesetzt. In München und Nürnberg nimmt eine große Zahl von Menschen Abschied vom weithin bekannten „Krokodilwirt“. Lang hinterlässt ein bleibendes Vermächtnis: Mit seiner „1. Bayerischen Riesenhalle“, einer fest engagierten Blaskapelle, gemeinschaftlich gesungenen Stimmungsliedern und einer modernen Werbestrategie prägt er das Erscheinungsbild des Oktoberfests nachhaltig. Viele Elemente seines Konzepts gehören bis heute zur Bierzelkultur.

1905 – Wegen Überlastung schmoren die Sicherungen durch

Berlin - Karlsruhe * Ein Firmenkonsortium unter der Leitung der Firma L. Loewe & Co erhält den Auftrag über eine Ortsvermittlungsstelle für Wahlbetrieb. Der Fabrikationsauftrag für die Herstellung der Strowger-Wähler und damit die Lizenz wird den zum Loewe-Konzern gehörenden Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken Berlin - Karlsruhe übertragen. Diese verfügen über entsprechend ausgebildetes Personal und über moderne feinmechanische Werkstätten. Die Erfahrung im Umgang mit elektrischen Schaltungen steuern Mitarbeiter der Firma Siemens & Halske bei. Da alle angeschlossenen Teilnehmer sofort nach Inbetriebnahme der neuen Vermittlungsstelle ihren eigenen Fernsprech-Selbstwählanschluss ausprobieren wollen, schmoren in der Folge von Überlastung und Blockade der Wähler in den ersten Betriebsstunden



ständig die Sicherungen durch. Empörte Teilnehmer stürmen daraufhin das Dienstgebäude. Erst als diese wieder besänftigt waren, gelingt es dem Wartungspersonal die Schwachstellen des Systems abzustellen. Seither arbeitet die Anlage störungsfrei.

1910 – Die katholischen Lehrerinnenvereine sprechen sich für das Zölibat aus

München * Die katholischen Lehrerinnenvereine vertreten die Auffassung, dass die Ehe die Entfaltung der Kräfte in Erziehung und Unterricht verhindert. Mit dieser Zölibat-Diskussion blamieren sich die deutschen Lehrervereinigungen europaweit, denn fast überall lehren dort verheiratete Frauen an den Schulen.

30. Oktober 1913 – Verfassungsänderung zur Beendigung der Regentschaft

München-Kreuzviertel * Die Abgeordnetenkammer beschließt ein verfassungsänderndes Gesetz mit 122 gegen 27 Stimmen der Sozialdemokraten. Mit diesem Gesetz kann der „Regent die Regentschaft für beendet und den Thron für erledigt erklären“, wenn „wegen eines körperlichen oder geistigen Gebrechens des Königs“ auch „nach Ablauf von zehn Jahren keine Aussicht auf Regierungsfähigkeit“ besteht. Damit hat der Prinzregent die Möglichkeit, seinen noch lebenden geisteskranken Cousin, den legitimen König Otto I., zu entthronen. Prinzregent Ludwig III. wollte politisch eine Veränderung herbeiführen und konnte mit dem Zentrum und den Liberalen auf eine breite parlamentarische Mehrheit bauen. Doch eine schlichte Proklamation Ludwigs III. zum König wurde von den Abgeordneten als nicht ratsam erachtet, da auch der Prinzregent eine Übertragung der Krone durch den Landtag ablehnte. Schließlich wollte Ludwig III. kein „König von Volkes Gnaden“, sondern ein „König von Gottes Gnaden“ sein.

21. März 1914 – Rosa Luxemburg spricht im Münchner-Kindl-Keller

München-Au * Rosa Luxemburg hält im brechend vollen Münchner-Kindl-Keller eine mitreißende Rede zum Thema „Militarismus und Volksfreiheit“. Sie fordert auf, die Waffen nicht gegen die ausländischen Klassenbrüder zu erheben und das Wettrüsten zu stoppen. Die Sozialdemokraten gehen zu diesem Zeitpunkt noch davon aus, dass der Krieg zu verhindern ist. Rosa Luxemburg sagt: „Wenn ein Mann von Blut und Eisen wie Bismarck trotz Ausnahmegesetz nicht mit uns fertig geworden ist, wie wollen das die Knirpse fertig bringen, die heute an der Spitze stehen!“



25. Juli 1914 – Die Serben antworten auf das österreichisch-ungarische Ultimatum

Wien - Belgrad - Petersburg * Die Serben antworten - in Abstimmung mit ihren Bündnispartner Russland - am Abend auf das österreichisch-ungarische Ultimatum und versprechen, dass nahezu alle Forderungen erfüllt werden würden. Lediglich die Untersuchung des Attentats durch eine Kommission unter österreichischer Aufsicht - bei jederzeitiger Einmischung - lehnen sie ab. Die Entente-Verbündeten Frankreich, England und Russland bewerten die serbische Antwort als ein weitgehendes Entgegenkommen. Österreich-Ungarn weist die Botschaft aber als „ungenügend“ und „vom Geist der Unaufrichtigkeit erfüllt“ zurück. Und die deutsche Regierung unterstützt diese Sichtweise.

26. Juli 1914 – Betrunkene und fanatisierte Patrioten demolieren das Café Fahrig

München-Kreuzviertel * Am 25. Juli, nur wenige Stunden nachdem Serbien das Ultimatum für Österreich-Ungarns nicht ausreichend devot umgesetzt hat, berauschen sich im Café Fahrig, in der Neuhauser Straße, die Gäste an der Aussicht, dass jetzt Krieg droht. Die Menschen - im Café Fahrig und sonst wo - lassen Bayerns König Ludwig III. und Deutschlands Kaiser Wilhelm II. hochleben. Die Kapelle spielt die „Wacht am Rhein“, „Heil Dir im Siegerkranz“ und viele andere patriotische Lieder. Es wird viel gelacht, gefeiert, gesungen und natürlich getrunken. Weil der Sohn des Gaststättenhabers Franz Fahrig einen Streit unter Gästen schlichten will, lässt er die Musik kurz unterbrechen. Doch plötzlich fliegen Stühle durchs Lokal. Die Polizei wird angefordert und räumt das Café gegen zwei Uhr früh. Die sozialdemokratische Münchener Post schreibt über die Vorgänge: „Durch ungeschicktes Benehmen des Kapellmeisters wurde die betrunkene und fanatisierte Menge wild und demolierte das ganze Lokal“. Doch das ist noch nicht das Ende der Affäre. Wilde Gerüchte sind im Umlauf. Einer erzählt, eine serbische Kapelle hätte den Kaiser und das Reich geschmäht. Der andere hat Spione im Café Fahrig gesehen. Da ist es zu dem Schritt, der Café-Inhaber Franz Fahrig steht mit dem Feind im Bunde nicht mehr weit. Die Volksseele kocht. Um kurz vor drei Uhr fliegt der erste Pflasterstein in eine der Fensterscheiben des Lokals. Am Morgen ist das Café Fahrig innen und außen verwüstet.

27. Juli 1914 – Das Deutsche Reich lehnt britischen Konferenz-Vorschlag kategorisch ab

Berlin * Das Deutsche Reich lehnt den britischen Vorschlag einer Außenministerkonferenz zur Beilegung des Konflikts kategorisch ab und besteht auch weiterhin auf einer Lokalisierung des Konflikts. Der aus dem Urlaub zurückgekehrte Kaiser Wilhelm II. sieht in der serbischen Antwort eine „Kapitulation demütigster Art“, mit der jeder Grund zum Krieg entfallen sei. Sein Auftrag an



Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, in Wien entsprechend zu intervenieren, wird von diesem jedoch ignoriert und erst verspätet weitergegeben.

1. August 1914 – Der Bundesrat stimmt für die Kriegserklärung an Russland

München-Kreuzviertel - Berlin * Der Bayerische Ministerrat führt einen einstimmigen Beschluss zur Frage herbei, wie sich Bayern im Bundesrat zur Kriegserklärung an Russland verhalten soll. Entsprechend ermächtigt stimmt der Bundesratsbevollmächtigte - wie alle anderen deutschen Länder - der Kriegserklärung an Russland ohne jede Diskussion zu. Die dazu notwendigen Gesetze und Verordnungen nimmt der Ministerrat sogar ohne nähere Kenntnis der Inhalte an.

2. August 1914 – Die Stadt hat sich durch den Krieg sofort verändert

München * Den Frauen werden Sanitätskurse angeboten, da nur wenige über entsprechende Kenntnisse verfügen. Pensionierte Lehrerinnen und Lehrer werden aufgefordert, sich für die Dauer der Schulferien um die Kinder zu kümmern. Nicht eingezogene Studenten und alle in den Wehrkraftvereinen organisierten Jugendlichen sollen sich als Erntehelfer melden. Schauspieler und Autoren sollen während der Dauer des Krieg auf ihre Tantiemen verzichten und sich mit dem Zehrpennig für Speise und Trank begnügen. Theaterdirektoren sollen ihren Ausstattungsetat möglichst weit herunterfahren: „Das Publikum wird in diesen Zeiten eine einfache Ausstattung und andere Mängel gerne in Kauf nehmen. Spielt deutsche und patriotische Stücke zu mäßigen Preisen“. Hausbesitzer klagen, dass viele Mieter infolge des Kriegszustandes keine Miete zahlen wollen.

9. August 1914 – Die Invasion Belgiens verläuft nicht nach Plan

Belgien * Die Invasion Belgiens verläuft keineswegs nach Plan. Nur unter großen Anstrengungen und dem Einsatz schwerster Geschütze gelingt es den deutschen Soldaten, die belgischen Verteidigungsanlagen zu durchbrechen. Der Vormarsch des deutschen Heeres gerät immer wieder ins Stocken. Die Ursache hierfür ist ein nicht erwarteter, zeitweise sogar erbitterter Widerstand der belgischen Armee und der einheimischen Miliz-Einheiten. Überrascht vom starken Verteidigungswillen der - laut dem deutschen Generalstab - angeblich so „wenig leistungsfähigen belgischen Truppen“, kommt es zu häufigen Übergriffen deutscher Soldaten auf belgische Zivilisten. Kaiser Wilhelm II. warnt vor einem drohenden Volksaufstand in Belgien.



5. Mai 1915 – Die russischen Stellungen bei Gorlice-Tarnów fallen

Gorlice-Tarnów - Ostfront * Die Truppen der Mittelmächte durchbrechen - unterstützt von der 11. Bayerischen Division - die russischen Stellungen bei Gorlice-Tarnów.

16. Juni 1916 – Die Nahrungsmittelknappheit treibt die Münchner auf die Straßen

München * Die Nahrungsmittelknappheit treibt die Münchner auf die Straßen. Bei diesen Hungerdemonstrationen kommt es zu Krawallen, da die Behörden unfähig sind, die Lebensmittelversorgung sinnvoll zu organisieren. Die dringend benötigten Nahrungsmittel erreichen häufig die Empfänger nicht, weil durch verzwickte bürokratische Regelungen häufig Brot, Fett und Fleisch oft tagelang kreuz und quer durchs Land gefahren werden - und verderben.

Jedem Münchner Bürger stehen täglich Nahrungsmittel zu, die einen Nährwert von 1.380,4 Kilokalorien entsprechen. Nach Ansicht des Ärztlichen Beirats der Stadt München für Lebensmittelangelegenheiten ist es „vollständig ausgeschlossen, dass ein gesunder Mensch bei diesen knappen Ernährungsmengen arbeitsfähig bleibt und [...] auf die Dauer eine Schädigung der Gesundheit vermieden wird“.

3. Februar 1917 – Die USA brechen die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab

Washington * Die USA brechen die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab.

28. April 1917 – Den Kampftag für Frieden, Freiheit und Brot verhindern

Berlin * Die Generalkommission und der SPD-Parteivorstand sprechen sich gegen jede Arbeitsruhe am 1. Mai aus, nachdem die Gruppe Internationale zu einem Kampftag für Frieden, Freiheit und Brot aufgerufen hat.

2. September 1917 – Die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP wird gegründet

Königsberg * Am Tag des Friedens bei Sedan wird die erzkonservative, nationalistische, völkische und antisemitische Deutsche Vaterlandspartei - DVLP von ultrarechten Kräften, darunter Großadmiral Alfred von Tirpitz und dem ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, gegründet. Innenpolitisch kündigt die



Vaterlandspartei den Burgfrieden von rechts auf. Sie plädiert für einen unterdrückenden und autoritären Kurs gegenüber der Arbeiterbewegung und greift auch bürgerliche Politiker heftig an, die sich – wie beispielsweise den Zentrums Politiker Matthias Erzberger - für eine Reform des politischen Systems unter Einbeziehung der SPD aussprechen. Die Parteiführung verfolgt den Plan, mit Hilfe eines „starken Mannes“ einen autoritären Staatsumbau einzuleiten und dabei den Reichstag und die Linksparteien auszuschalten. Im äußersten Fall sollte auch der „zu weiche Kaiser“ Wilhelm II. bei einer sich bietenden Gelegenheit für „regierungsunfähig“ erklärt und der weit rechts stehende Kronprinz von Preußen zum Regenten ernannt werden. Außenpolitisch tritt die Vaterlandspartei für einen deutschen Siegfrieden und ein umfassendes Programm direkter und indirekter Expansion ein. Mit ihren Kampagnen gegen einen Verzichtfrieden - oder Judenfrieden genannten Verständigungsfrieden - und gegen Schlappheit und Verrat an der Heimatfront legt die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP den Grundstein für den Nachkriegsdiskurs über die Novemberverbrecher und die Dolchstoß-Legende.

1918 – Der Stummfilm-Western „Der schwarze Jack“

München * Der Wilde Westen ist auch ein erfolgversprechendes Objekt für den Kinofilm. Fred Stranz inszeniert den Stummfilm-Western „Der schwarze Jack“, bei dem August Arnold, der zusammen mit Robert Richter die Filmtechnikfirma Arri gründet, hinter der Kamera steht. Stranz dreht noch einige weitere Wildwestfilme, auch Arnold und Richter bleiben dem Genre treu.

8. Januar 1918 – Präsident Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm

Washington - Berlin * Der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson schlägt ein 14-Punkte-Programm vor. Es sieht Folgendes vor: „Offene, öffentlich abgeschlossene Friedensverträge. Danach sollen keinerlei geheime internationale Abmachungen mehr bestehen, sondern die Diplomatie soll immer aufrichtig und vor aller Welt getrieben werden“. „Uneingeschränkte Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren, außerhalb der Territorialgewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, [...]“. „Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung einer Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Nationen, [...]“. „Entsprechende gegenseitige Bürgschaften für die Beschränkung der Rüstungen der Nationen auf das niedrigste, mit der Sicherheit im Innern vereinbare Maß“. „Freier, unbefangener und völlig unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, [...]“. „Räumung des ganzen russischen Gebietes und ein Einvernehmen über alle auf Russland bezüglichen Fragen, [...]“. „Belgien muss [...] geräumt und wiederhergestellt werden, [...]“. „Das ganze französische Gebiet muss geräumt und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. [...]“. „Berichtigung der



Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Volksangehörigkeit“. „Den Völkern Österreich-Ungarns [...] sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden“. „Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt, die besetzten Gebiete zurückgegeben werden. [...]“. „Den türkischen Teilen des Osmanischen Reiches sollte eine unbedingte Selbstständigkeit gewährleistet werden. Den übrigen Nationalitäten dagegen, die zurzeit unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine zuverlässige Sicherheit des Lebens und eine völlig ungestörte Gelegenheit zur selbstständigen Entwicklung gegeben werden. [...]“. „Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; [...]“. „Ein allgemeiner Verband der Nationen muss gegründet werden mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der großen Staaten“. Mit Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm sollen die deutsch-russischen Friedensverhandlungen unterlaufen werden. Schon deshalb lehnt das Deutsche Reich das Programm ab.

27. Januar 1918 – USPD-Versammlung zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk

München-Isarvorstadt * Die Münchner Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD führt in den Kolosseum-Bierhallen eine Versammlung zum Thema „Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und das harrende Volk“ durch. Etwa 250 bis 300 Personen sind der Einladung gefolgt. Auch die Polizeibehörde hat zwei Vertreter zur Überwachung geschickt, weil sie die Versammlung als öffentlich ansieht. Unter dem Applaus der Zuhörer hält Kurt Eisner einen kämpferischen Vortrag und nimmt dabei keinerlei Rücksicht auf die anwesenden Polizeispitzel. Die Versuche der Polizeibeamten, den Redner einzuschüchtern, werden von der erregten Menge unterbunden. Er führt u.a. aus, die Zeit ist gekommen, „nicht den Willen kundzutun, sondern ihn durchzusetzen“. Kurt Eisner bezeichnet den Massenstreik als das Mittel, „die Macht für die deutsche Demokratie zu erobern“ und „dem Wüten der verblendeten Herrschenden ein Ende [zu] bereiten“. Felix Fechenbach bemerkte dazu: Kurt Eisner sprach in Gegenwart der Polizei „trotzdem, oder gerade deshalb, ohne jede Zurückhaltung, weil er stets die Meinung vertrat, dass das Aussprechen der Wahrheit der erste Schritt zur Revolution ist“.

27. Januar 1918 – Kurt Eisner soll auf der Krupp-Betriebsversammlung sprechen

München-Isarvorstadt * An der USPD-Versammlung in den Kolosseumbierhallen nehmen einige Vertrauensleute der Krupparbeiter der Bayerischen Geschützwerke teil. Sie fordern Kurt Eisner, Sarah Sonja Lerch und Albert Winter sen. auf, am nächsten Tag in der von den



Gewerkschaften und den Mehrheitssozialdemokraten einberufenen Betriebsversammlung zu sprechen. Bis dahin gibt es keine Verbindung zwischen der Münchner USPD und den Betrieben. Erst dadurch - und nicht durch die Organisation der USPD - kommt der Kontakt zu den Arbeitern der Münchner Rüstungsbetriebe zustande.

28. Januar 1918 – Kurt Eisner kann vor den Krupp-Arbeitern sprechen

München-Schwabing * In der Schwabinger Brauerei findet am Abend eine von der MSPD und der Gewerkschaften einberufene Veranstaltung zum Thema „Die Übergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden“ statt. Sie wird von etwa 800 Personen besucht. Hauptredner ist der stellvertretende Landesvorsitzende Franz Schmitt. Der Vortrag endet mit der Warnung, sich - in Hinblick auf die Berliner Streikmaßnahmen - zu keinen unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen, nachdem die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk ins Stocken geraten sind. Die Veranstalter wollen Kurt Eisner nicht zu Wort kommen lassen. Doch nach einer „heftigen Geschäftsordnungsdebatte“ und gegen den erbitterten Willen des Veranstaltungsleiters und Gewerkschaftsfunktionärs Joseph Kurt kann Kurt Eisner das Rederecht erringen und das neue Thema „Die gegenwärtige Krisis und ihre Lösung durch den Massenstreik“ auf die Tagesordnung setzen. Immer wenn Eisner den Streik nur erwähnt, „jubelt alles“. Noch bevor über die Teilnahme der Krupparbeiter am Streik abgestimmt werden kann, gelingt es den Vertretern der MSPD und der Gewerkschaften, die Versammlung wegen Überschreiten der Polizeistunde aufzulösen. In seinem Gefängnistagebuch urteilt Kurt Eisner später über die den Streik ablehnenden Mehrheitssozialdemokraten, indem er sie als eine „Camorra“ bezeichnet, „die vor keinem Mittel zurückschreckt, um sich selbst in ihrer verworfenen Stellung zu behaupten“ und stellt sie als eine „lächerliche Karikatur des preußischen Kasernenstaates“ dar. Konkret wirft er der bayerischen SPD-Parteiführung eine „riesige unpolitische, ohnmächtige, öde, geistlose und verlogene Vereinsmeierei“ vor.

31. Januar 1918 – Szenen wie im Bürgerkrieg

Berlin * In Berlin spielen sich Szenen wie in einem Bürgerkrieg ab. Polizei und Militär durchbrechen Straßensperren, Schüsse fallen. Militante Arbeiter werfen Steine und bewaffnen sich mit Stöcken und Knüppeln. Sie werfen Straßenbahnen um und bauen Barrikaden. Es gibt viele Verletzte und mehrere Tote.

31. Januar 1918 – Tausende schließen sich der Demonstration der Kruppianer an



München * Die rund 2.000 Streikenden ziehen gemeinsam von der Schwabinger Brauerei zu anderen Rüstungsbetrieben im Münchner Norden und schließlich in die Innenstadt in Richtung Hauptbahnhof. Der inzwischen auf 6.000 Menschen angewachsene Zug will in den Mathäserbräu, in dem aber bereits BMW-Arbeiter eine Versammlung abhalten. Ihr Demonstrationzug endet schließlich im Hotel Wagner an der Sonnenstraße. Hier sprechen neben Fritz Schröder auch Sarah Sonja Lerch und Hans Unterleitner.

31. Januar 1918 – Kurt Eisner gewinnt auch die Arbeiter der Flugzeugwerke

München-Ludwigsvorstadt * Der taktische Winkelzug der USPD geht auf. Felix Fechenbach von den Unabhängigen Sozialdemokraten bemächtigt sich des Vorstandstisches im Festsaal des Mathäserbräu und beruft umgehend eine öffentliche Volksversammlung ein, die er sogleich eröffnet. Als Redner treten Kurt Eisner und Sara Sonja Lerch auf. Diese erzeugen einen Sinneswandel bei den Anwesenden, die sich jetzt ebenfalls für den Streik aussprechen. Am Schluss wird auch die bereits am Vormittag von den Kruppianern in der Schwabinger Brauerei beschlossene Resolution zur sofortigen Beendigung des Krieges „des Wahnsinns und der Wahnsinnigen“ angenommen.

31. Januar 1918 – Bayern gegen preußische Vergrößerungspläne

München * Nach einem Besuch des Großherzogs von Oldenburg, Friedrich August, bei König Ludwig III. erklärt dieser dem Vertrauten des Reichskanzlers, Victor Naumann, zu den preußischen Vergrößerungsplänen, dass „gegen irgendeine Bindung an Preußen [...] die gewichtigsten Gründe“ sprechen. Es geht um einen Zugewinn für das Deutsche Reich im Ostseeraum.

Februar 1918 – Kleinwohnungen oder Villen

München-Bogenhausen * Die Baufirma Heilmann & Littmann bietet an, im sogenannten „Fleischerpalast“ 110 Kleinwohnungen zu errichten. Schließlich entschließt man sich jedoch, das Gebäude abzubrechen und das Gelände in dreißig Villengrundstücke zu parzellieren. Ein entsprechender Baulinienplan liegt vor, und die Verhandlungen mit dem königlich-bayerischen Pionierbataillon über die Sprengung des Rohbaus sind eingeleitet.



20. Februar 1918 – Das Ex-Königspaar feiert Goldene Hochzeit

München * Mit dem Goldenen Hochzeitsjubiläum von Ex-König Ludwig III. und Ex-Königin Marie Therese wird das letzte große Fest der bayerischen Monarchie gefeiert. Die äußeren Feierlichkeiten beschränken sich auf das Kirchliche. „Das Königspaar steht in seinem ernstesten Fühlen dem Gedanken ferne, mit rauschendem Gepränge, wie es dem Ansehen des monarchischen Gedankens im tiefen Frieden und der Freude des Volkes entsprechen würde, in die durch den Krieg tausendfach verursachte Trauer einzufallen. Auch das Kriegsleid will das bayerische Herrscherhaus ganz und gar mit dem Bayernvolke teilen.“

22. Februar 1918 – Das Kriegsministerium kategorisiert die Streikleitungen

München * Das bayerische Kriegsministerium unterscheidet in seiner Analyse die Streikleitungen in „Führer, die den unabhängigen Sozialdemokraten angehörend, in unmittelbarer Verbindung mit Norddeutschland, vielleicht auch mit dem Ausland stehen und revolutionäre Umtriebe ins Land hereinbringen. „Den einheimischen Führern der gemäßigten Sozialdemokratie. [...] Sie haben die Bewegung bisher vielfach in besonnene Bahnen gelenkt, vertreten aber natürlich aus parteitaktischen Gründen den Demonstrationsstreik als ein zuverlässiges politisches Mittel. „Der Masse der beteiligten Arbeiterschaft, die unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen jeder verhetzenden Einwirkung besonders zugänglich ist.“ Und weiter schlägt das Kriegsministerium vor: „Führer der unter 1) bezeichneten Art sind, wenn irgend möglich, aus ihrer Umgebung zu entfernen und zwar solche, die sich eines Vergehens oder Verbrechens schuldig oder dringend verdächtig gemacht haben durch polizeiliche vorläufige Festnahme und Erwirkung eines richterlichen Haftbefehls – Wehrpflichtige durch Einberufung, Versetzung, Abstellung ins Feld -, Nichtbayern durch Aufenthaltsverbot auf Grund Art. 42 des Kriegszustandsgesetzes.“

5. April 1918 – Ludendorff bricht die Operation Michael wegen Erfolglosigkeit ab

Spa - Nordfrankreich * Generalquartiermeister Erich Ludendorff lässt die „Operation Michael“ wegen Erfolglosigkeit abbrechen. Die deutschen Truppen können nicht zum Meer durchdringen, das britische Heer ist nicht zusammen gebrochen, es bleibt bei einem bloßen Raumgewinn. Nach der Anzahl der Gefallenen (35.163 auf deutscher Seite) ist die „Michael-Offensive“ die blutigste Schlacht des ganzen Ersten Weltkrieges. Ludendorff führt den Misserfolg auf den „nachlassenden Angriffsgeist der Truppe“ zurück.



29. April 1918 – Ludendorff lässt die Operation Georgette abbrechen

Spa - Nordfrankreich * Generalquartiermeister Erich Ludendorff lässt auch die am 9. April 1918 begonnene „Operation Georgette“, die auch als Vierte Flandernschlacht bezeichnet wird, abbrechen. Die Verluste betragen - einschließlich der Gefangenen - auf deutscher Seite 109.300 Mann, bei den Briten 76.300 und bei den Franzosen 35.000 Mann.

27. Mai 1918 – Die Operation Blücher-Yorck beginnt

Soissons - Nordfrankreich * Gemäß seiner „Hammerschlag-Direktive“ lässt Generalquartiermeister Erich Ludendorff die deutschen Truppen im Raum Soissons als dritte Frühjahrsoffensive als „Operation Blücher-Yorck“ in Kriegshandlungen eintreten. Die Deutschen können schließlich die Marne erreichen, weshalb die Franzosen von der „Zweiten Marneschlacht“ sprechen. Die Deutschen rücken bis auf 92 Kilometer an Paris heran und beschießen die französische Hauptstadt mit dem „Paris-Geschütz“. Das hat zwar keinen militärischen Nutzen, löst aber eine Panik in der Zivilbevölkerung aus. 256 Zivilisten sterben. Die deutschen Geländegewinne sind zwar bedeutungslos, dennoch glauben viele an der Heimatfront, dass der entscheidende Sieg jetzt unmittelbar bevor steht.

7. Juli 1918 – König Ludwig III. hält an den Kriegszielen fest

München * König Ludwig III. hält unerschütterlich an seinen Kriegszielen fest und ist überzeugt, „dass nach Abschluss aller Kämpfe nicht nur Preußen allein einen Gebietszuwachs erhalten darf, sondern auch Bayern entsprechend bedacht werden muss“.

2. August 1918 – Generalquartiermeister Ludendorffs streng geheime Anordnung

Spa - Nordfrankreich * In einer streng geheimen Anordnung an alle Stabschefs der deutschen Armeen in Frankreich schreibt Generalquartiermeister Erich Ludendorff, dass man sich künftig mit kleinen Angriffen „an schmalen Fronten“ begnügen wird. „Alle Angriffe sind nur als Abwehrmaßnahmen vorzubereiten. Von Angriffen ist nicht zu sprechen“.

13. September 1918 – Deutschland und seine Verbündeten brechen zusammen



Westfront * Die Alliierten gehen an der Westfront zur Offensive über. Auch wenn es die offiziellen Heeresberichte noch nicht in aller Deutlichkeit ausdrücken, so brechen Deutschlands Heere und die Armeen seiner Verbündeten an allen Fronten zusammen.

15. September 1918 – Die Alliierten durchbrechen die Mazedonienfront

Saloniki * In den Bergen in der Grenzregion Griechenlands und Mazedoniens beginnt am Morgen die lange vorbereitete Entscheidungsoffensive der alliierten Orientarmee. Der Widerstand der bulgarischen Armee bricht nach einem Durchbruch der Alliierten an der Salonikifront komplett zusammen.

27. September 1918 – Die deutsche Armee steht kurz vor der Niederlage

Nordfrankreich - Spa * Die französischen, britischen und amerikanischen Truppen durchbrechen die sogenannte „Siegfriedlinie“ oder „Hindenburglinie“, Deutschlands letzte ausgebaute Verteidigungslinie. Die Alliierten können damit eine der erfolgreichsten Offensiven des gesamten Krieges verzeichnen. Die Niederlage der deutschen Armee wird unausweichlich. Generalquartiermeister Erich Ludendorff lässt im Heeresbericht verkünden: „Der Feind konnte somit an einzelnen Stellen unsere Infanterie- und vorderen Artillerielinien erreichen“. Sie sind aber letztlich „an der Zähigkeit unserer Truppen gescheitert“. Er klärt die Reichsregierung über die Vorgänge nicht auf. Lediglich einige jüngere Offiziere der Obersten Heeresleitung - OHL setzen in einem nahezu konspirativen Akt den Vertreter des Auswärtigen Amtes in Spa über die drohende militärische Katastrophe in Kenntnis.

2. Oktober 1918 – Das OHL informiert die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen

Berlin * Der Emissär der Obersten Heeresleitung - OHL und Abgesandter des Generalquartiermeisters Erich Ludendorffs, Major Erich von dem Bussche-Ippenburg, informiert die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen, dass „nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen“. „Die Oberste Heeresleitung sieht sich veranlasst, Seiner Majestät vorzuschlagen, zu versuchen, den Kampf abubrechen, die Fortsetzung des Krieges als aussichtslos aufzugeben. Jede vierundzwanzig Stunden können die Lage verschlechtern und den Feind unsere eigentliche Schwäche erkennen zu lassen.“ Bei den bürgerlichen Parteien herrscht ebenso wie bei den Sozialdemokraten blankes Entsetzen und Niedergeschlagenheit. Doch kein Sozialdemokrat, kein Zentrumsmitglied, kein Liberaler reißt das



Angebot des politischen Handelns an sich. Deshalb geht die Kanzlerschaft an einen adeligen, badischen Prinzen.

26. Oktober 1918 – Der Deutsche Reichstag verabschiedet die Oktoberreform

Berlin * Der Deutsche Reichstag verabschiedet die Oktoberreform im Eilverfahren. Damit ist das Deutsche Reich - zumindest auf dem Papier - eine parlamentarische Monarchie. Die Regierung ist damit dem Parlament und nicht mehr dem Monarchen verantwortlich. Entsprechende Veränderungen sollen in den Bundesstaaten folgen. Das Dreiklassenwahlrecht in Preußen ist damit jedoch noch nicht abgeschafft. Das Vorhaben ist lediglich angekündigt.

31. Oktober 1918 – Keiner will dem Kaiser die Abdankungs-Nachricht überbringen

Berlin * Statt endlich den Pflichten seines Amtes als Reichskanzler nachzukommen und den Kaiser über den Ernst der Lage genau und umfassend zu informieren, versucht Prinz Max von Baden diese Aufgabe zu delegieren. Er selbst will es dem Kaiser keinesfalls sagen, da er sich als badischer Thronfolger und deutscher Fürst nicht dazu berufen fühlt. Viel lieber möchte der Reichskanzler dazu Großherzog Ernst Ludwig von Hessen gemeinsam mit Hugo Graf von Lerchenfeld, der mit einem Mandat des bayerischen Königs Ludwig III. ausgestattet werden soll, in das OHL-Hauptquartier nach Spa zu Kaiser Wilhelm II. schicken. Doch sowohl der Großherzog als auch der bayerische Gesandte am Kaiserhof erteilen dem Reichskanzler eine Abfuhr. Bei Großherzog Ernst Ludwig sind es nicht überlieferte persönliche Gründe. Graf Lerchenfeld wird dagegen vom Ministerpräsident Otto von Dandl zurückgepfiffen, weil „Rücksichten auf monarchische Empfindungen“ gegen diese Aktion sprechen und es im Falle einer Ablehnung des königlichen Rates zu „bedenklichen Folgen“ für die künftigen Beziehungen der beiden Länder kommen könnte. Im Übrigen ist aus bayerischer Sicht allein der Reichskanzler zu dieser Aufgabe berufen und sogar verpflichtet, „die Initiative zu ergreifen“. Reichskanzler Max von Baden nimmt daraufhin den preußischen Innenminister Bill Drews in die Pflicht als Beamter und schickt ihn als Vorbote nach Spa. Auch Prinz August Wilhelm von Preußen und Prinz Friedrich Karl von Hessen-Kassel lassen den Reichskanzler im Regen stehen, sodass das ganze Unternehmen kläglich scheitern wird.

7. November 1918 – Soldaten sprechen den Arbeitern Mut zu

München * Polizeibeamte in Zivil, die die Stimmung in der Stadt beobachten sollen, melden



schon am Vormittag, dass Truppenteile, besonders Mannschaften an den Maschinengewehren, „unzuverlässig“ sein sollen. Vorübergehenden Arbeitern rufen die Soldaten zu, sie sollen ohne Sorge sein, da sie Schießbefehle verweigern würden.

7. November 1918 – Eine erste Initiative zur Bildung von Räten

München * Um 15 Uhr wird eine erste Initiative zur Bildung von Räten beobachtet. Eine kleine Gruppe von Soldaten findet sich „unter der Parole: Schaffung von Soldatenräte“ zusammen. Nach einem Bericht der Münchener Post fordert ein USPD-Redner die „sofortige Einsetzung eines Arbeiter- und Soldatenrats“ bereits als die Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschafter zur Demonstration aufbrechen.

7. November 1918 – Um 15 Uhr beginnt die Kundgebung auf der Theresienwiese

München-Theresienwiese * Um 15 Uhr beginnt die politische Veranstaltung auf der Theresienwiese, an der sich etwa 40.000 Menschen beteiligen. Andere Quellen sprechen von über 100.000, sogar von 200.000 Teilnehmern.

8. November 1918 – Die Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals

München * Auf Initiative des Verkehrsbeamtenvereins bildet sich am Vormittag ein Ausschuss der Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals. Neben den Mitgliedern der Interessengemeinschaft treten der Bayerische Lokführerverein und der Christliche Verkehrs- und Transportarbeiterverband ein. Denn um sich die entsprechende Geltung gegenüber den neuen Regierungsgewalten zu verschaffen, so die Überzeugung, ist ein geschlossenes Vorgehen Voraussetzung.

8. November 1918 – Der Provisorische Nationalrat des Volksstaats Bayern konstituiert sich

München-Kreuzviertel * Noch in der Nacht konstituiert sich der Provisorische Nationalrat des Volksstaats Bayern. Er löst die 163 gewählten Abgeordneten des Bayerischen Landtags ab. Voraussetzung ist, dass, entsprechend der Machtverhältnisse und im Interesse der Einigung des Proletariats, die Mehrheitssozialdemokraten beteiligt werden müssen, obwohl sie die Revolution mit allen Mitteln verhindern wollten und sich Erhard Auer mit der „gewaltsamen



Niederschlagung der Aufständischen“ noch in der Nacht vom 7. zum 8. November einverstanden erklärt hat. Aber gegen die MSPD kann nicht regiert werden. Deshalb zieht Eisner zur ersten öffentlichen Sitzung des provisorischen Nationalrates am 8. November 1918 - neben den Delegierten des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats sowie Vertretern der Gewerkschaften und Berufsverbände - die sozialdemokratische Fraktion des alten Landtags, die Fraktion des Bauernbundes und drei liberale Abgeordnete - Ludwig Quidde, Hübsch und Kohl - hinzu.

9. November 1918 – Innenminister Auer gegen Einmischungsversuche der Räte

München * In einer Bekanntmachung des Innenministers Erhard Auer wird erläutert, dass „bis auf weiteres die sämtlichen Stellen, die bisher mit der Versorgung der Bevölkerung sowie mit der Überwachung und Regelung des Verkehrs mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs betraut waren, weiter arbeiten“. Nur diese offiziellen Stellen dürfen entsprechende Anordnungen erlassen und durchführen. „Unberechtigte Einmischung Dritter wird nicht geduldet werden.“ Das richtet sich eindeutig gegen Einwirkungsversuche der Räte.

12. November 1918 – Georg Heim und die Bauernbündler

Regensburg - München * Der Bauerndoktor genannte Georg Heim schreibt an Kurt Eisner: „Sie haben jetzt ein Vorparlament, Soldatenrat, organisierte Arbeiter und Bauern. Von organisierten Bauern kann ich nicht sprechen, denn zunächst sind nur Bauernbündler im Bauernrat und einige willkürlich geladene Bauern. Unsere Arbeit wird ein anderes Gewicht haben, wenn wir als Standesorganisation vollwertig dem Vorparlament angehören.“

18. November 1918 – Im Wagnersaal findet die erste Frauenversammlung statt

München-Ludwigsvorstadt * Im Wagnersaal in der Sonnenstraße findet die erste Frauenversammlung statt. Lida Gustava Heymann fordert die Gründung eines eigenen Frauenrates. Er soll politisch noch unorientierte Frauen unterrichten und dafür Sorge tragen, dass Frauen Zugang zu allen Berufen und allen entscheidenden Positionen in Staat und Verwaltung erhalten können sowie gewährleisten, dass auf den Wahllisten der Parteien zur Nationalversammlung und zum Landtag eine entsprechende Anzahl von Frauen vertreten sind.



18. November 1918 – Die Rumänen Siebenbürgens wollen zum Königreich Rumänien

Karlsburg * Die Rumänen Siebenbürgens sprechen sich in den Karlsburger Beschlüssen vom 18. November 1918 für die Vereinigung mit dem Königreich Rumänien aus. Rumänische Truppen besetzten daraufhin die Bukowina.

19. November 1918 – Ein offenes Bekenntnis der Schuld übernehmen

Bern - München * Bayerns Ministerpräsident Kurt Eisner erhält von dem amerikanischen Pazifisten George Davis Herron ein Telegramm, in dem es heißt: „Ich habe mein möglichstes getan, um den Präsidenten und die Entente-Regierungen zu überzeugen, dass ihre Regierung vertrauenswürdig ist.[...] Vor allem rate ich Ihnen dringend, möglichst viele deutsche Staaten zu überzeugen, Ihrer Führung zu folgen, zweitens die ersten Schritte zu einem vollen und offenen Bekenntnis der Schuld und Untaten der deutschen Regierung am Anfang des Krieges und an den Grausamkeiten der Kriegsführung zu unternehmen. Die moralische Wirkung einer solchen Handlung wäre gewaltig und entscheidend. [...] Ich bitte Sie, kühn, offen und unverzüglich zu handeln, nicht nur Deutschlands, sondern der Zivilisation und der Menschheit wegen.“ Diese Ratschläge entsprechen Eisners eigenen Erfahrungen und Intentionen bis ins Detail. Doch welche Handlungsmöglichkeiten stehen ihm konkret offen, da der Rat der Volksbeauftragten in Berlin, der aus je drei SPD- und USPD-Männern besteht, wobei die Letztgenannten über eine Statistenrolle nicht hinauskommen, kaum eigene Schritte zu Friedensverhandlungen unternehmen wird.

20. November 1918 – Pacelli begründet seine Ablehnung der Regierung Eisner

München - Vatikan * Der päpstliche Nuntius Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., berichtet in seinem dritten analytisch-zusammenfassenden Bericht ausführlich an den Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri zur Deutung und Auswirkung der Revolution nach Rom. In diesem Brief begründet Nuntius Pacelli auch, warum er den Kontakt zur neuen bayerischen Regierung unter Kurt Eisner ablehnt: Die Entscheidung zum Kulturkampf statt zum pragmatischen Kompromiss. Das Entgegenkommen der neuen Regierung ist nur taktisch bis zur nächsten Wahl, danach beginnt die offene Kirchenfeindschaft. Ein diplomatischer Kontakt wird die Katholiken nur verwirren und demobilisieren, anstatt sie auf den Gegner einzuschwören. Die Regierung Eisner besteht aus Juden, Atheisten und Protestanten, alles Sozialisten. Mit solchen Leuten sind keine anständigen Beziehungen möglich. Eisner ist ein ostgalizischer Jude, der wegen politischer Verbrechen mehrfach bereits eingesperrt war.



28. November 1918 – Die Vorherrschaft Preußens brechen

München * In der Versammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte erklärt Kurt Eisner seine Einstellung zur Hegemonie [= Vorherrschaft] Preußens, zur Selbstständigkeit der Länder und zum Föderalismus: „In Berlin ist das Verbrechen ausgekocht worden, und deshalb der Hass gegen Berlin, und ich, der ich dringend wünsche, dass die Zersetzung Deutschlands nicht zu einer endgültigen Auflösung Deutschlands führe, sondern dass wir zusammen bleiben, ich bin der festen Überzeugung, dass zunächst einmal die Einzelstaaten sich ihrer eigenen Haut wehren müssen, so lange, bis wir wieder zusammen aktionsfähig werden.“

2. Dezember 1918 – Eisner zur Wahl der Nationalversammlung vor den Soldatenräten

München * Auf der Sitzung der Soldatenräte gibt Ministerpräsident Kurt Eisner eine Regierungserklärung ab. In dieser verkündet er: „Die Volksregierung Bayern wird ihr Versprechen, die Nationalversammlung so rasch als möglich einzuberufen, einlösen.“ Die Aussage wird von den Anwesenden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

4. Dezember 1918 – Demonstration für die Einberufung der Bayerischen Nationalversammlung

München-Kreuzviertel * 500 Pioniere in Begleitung ihrer Offiziere demonstrieren vor dem Sitz des Ministerpräsidenten im Montgelas-Palais für die Einberufung der Bayerischen Nationalversammlung. Ministerpräsident Kurt Eisner, Innenminister Erhard Auer und Militärminister Albert Roßhaupter sprechen mit den Versammelten und sichern ihnen die baldige Bekanntgabe des Einberufungstermins der Nationalversammlung zu.

5. Dezember 1918 – Max Weber an den Ausführungen gehindert

München-Ludwigvorstadt * In einer öffentlichen Versammlung im Wagnersaal hält der Soziologe und Gründungsmitglied der links-liberalen Deutschen Demokratischen Partei - DDP, Max Weber, eine Rede zugunsten der baldigen Wahl zur Nationalversammlung. Er wird aus der Versammlung heraus mehrmals unterbrochen, bis Weber seine Rede abbrechen muss.

5. Dezember 1918 – Termin für die Landtagswahl auf 12. Januar 1919 festgelegt



München-Kreuzviertel * Im Ministerrat kommt es zu heftigen Diskussionen über die Terminfestsetzung zur Nationalratswahl. Kurt Eisner sieht in einem frühen Termin keinen Vorteil. „Die Massen scheuen sich davor und fürchten die Preisgabe der Errungenschaften.“ Dagegen fordern die MSPD-Minister einen möglichst frühen Wahltermin. Jeder Tag früher stellt für sie einen „Gewinn gegenüber dem Zentrum“ dar. Erhard Auer dringt deshalb auf den 12. Januar 1919. Innenminister Erhard Auer und Justizminister Johannes Timm geben unumwunden ihre Abneigung gegen die Räte zu und treten für die Umwandlung der Arbeiter- und Bauernräte in Arbeiter- und Landwirtschaftskammern ein und sprechen den Räten jede politische Funktion ab. Verkehrsminister Heinrich Ritter von Frauendorfer sieht in den Räten eine „nur notwendige Begleiterscheinung der Revolution“. Den Soldatenräten gibt man keine Zukunft.

6. Dezember 1918 – Matrosen und Soldaten für die Wahl zur Nationalversammlung

Berlin * Am späten Nachmittag versammeln sich vor der Reichskanzlei Matrosen und Soldaten. Ein Feldwebel Spiro, der Vorsitzende des Soldatenrats des Ersatz-Bataillons des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2, hält eine Ansprache, in der er darstellt, dass „Deutschland in dem unermesslichen Unglück einer vollen Katastrophe“ steht, „die nur durch bewusste Zusammenfassung aller Kräfte und durch freiwillige Unterordnung jedes Einzelnen unter das gemeinsame Wohl überwunden werden kann“. Er fordert abschließend, dass die Nationalversammlung für den 20. Dezember einberufen wird. Danach ernennt er - „gestützt auf die bewaffnete Macht und im Bewusstsein für die ganze Nation zu sprechen“ - Friedrich Ebert zum Präsidenten Deutschlands. Ebert antwortet mit „ruhiger, fester, durchdringender Stimme: Kameraden und Genossen! Der Ruf, der an mich ergangen ist, kann und will ich nicht annehmen, ohne vorher mit meinen Freunden in der Regierung gesprochen zu haben. Das ist eine hoch wichtige Angelegenheit, deren Entscheidung allein in den Händen des Rates der Volksbeauftragten liegt“. Feldwebel Spiro zieht daraufhin mit seinen Truppen geschlossen ab. Das Ziel der Soldaten ist, die Revolution faktisch zu beenden und die Kräfte links des Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu entmachten.

6. Dezember 1918 – Versammlungen und Demonstrationen der Berliner Spartakusgruppe

Berlin * Die Spartakusgruppe hat für den 6. Dezember drei Versammlungen mit anschließenden Demonstrationen beim Polizeipräsidium angemeldet. Die Protestveranstaltungen werden mit der Auflage genehmigt, dass keine Waffen mitgeführt werden. Die drei Versammlungen finden am späten Nachmittag in den Germania-, Sophien- und Andreas-Sälen statt. Die Redner üben harsche Kritik an der Regierung und protestieren gegen die Einberufung einer



Nationalversammlung. Während der Versammlungen verbreitet sich die Nachricht von der mutmaßlichen Verhaftung des Vollzugsrats und von Friedrich Eberts Ausrufung zum Präsidenten. Entsprechend erregt beginnen gegen 16:30 Uhr die Demonstrationen.

7. Dezember 1918 – Ein Verweis für die Krawallmacher

München-Kreuzviertel * In der Ministerratssitzung sprechen sich der Justizminister Johannes Timm und der Kultusminister Johannes Hoffmann für die Verhaftung von Erich Mühsam und anderen aus. Eisner entgegnet: „Es ist gar nichts Ernstes hinter der Sache gestanden. Auch Mühsam war nicht dafür [gemeint ist der Vorfall in Erhard Auers Wohnung], das Ganze war mehr faschingsartig.“ Die Regierung Eisner erlässt lediglich einen Verweis an die Krawallmacher.

7. Dezember 1918 – Die Kasernenräte sprechen dem Soldatenrat das Misstrauen aus

München-Ludwigsvorstadt * Im Gewerkschaftshaus in der Pestalozzistraße tagen die Kasernenräte. Sie verurteilen die nächtliche Demonstration vom Vortag. Dem Soldatenrat sprechen sie ihr Misstrauen aus, weil von den 15 Mitgliedern, die der Soldatenrat in den Nationalrat entsendet, acht befinden, die nicht gewählt worden sind, sondern sich in der Revolutionsnacht selbst dazu ernannt haben. [Darunter: Felix Fechenbach, Fritz Schröder und Fritz Sauber]. In der Folge tritt der Soldatenrat zurück und leitet Neuwahlen ein.

8. Dezember 1918 – Die Oberste Heeresleitung lehnt den Kompromiss ab

Kassel * Die Oberste Heeresleitung - OHL lehnt den Kompromiss zwischen Reichskanzler Friedrich Ebert, dem preußischen Kriegsminister und dem Vollzugsrat zum Truppeneinzug in Berlin ab. Der OHL-Plan war der Einzug von „zuverlässigen Divisionen“ bestehend aus 150.000 Mann, in voller Kriegsausrüstung mit schweren Waffen und Munition, die einen entsprechend erfolgreichen Putsch und die Niederschlagung der Revolution durchsetzen sollten.

30. Dezember 1918 – Die Bedeutung des Wahlrechts für die Frauen in freien Berufen

München * In der gut besuchten Versammlung der Frauengruppe der Deutschen Volkspartei (Deutsche Demokratische Partei) sprechen die Referentinnen über die Bedeutung des Wahlrechts für die Frauen in freien Berufen und die Aufgabe der nun zur politischen Reife



gelangten Lehrerin, die die „Jugend im staatsbürgerlichen Unterricht auf die Wichtigkeit des Wahlrechts vorbereiten soll“.

30. Dezember 1918 – US-Bürger fordern Lebensmittel-Lieferungen für Deutschland

München-Maxvorstadt - Washington * Im Hotel Kaiserhof verfassen US-amerikanische Bürgerinnen und Bürger eine Petition an den Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, in der sie die baldige Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland fordern. Außerdem sprechen sie sich für den Abschluss eines Präliminarfriedens [= Vorfrieden oder vorläufiger Frieden] aus.

10. Januar 1919 – Mehrere Tote nach Schießerei am Bahnhofsplatz

München-Ludwigsvorstadt * Die aus der Haft in Stadelheim entlassenen Erich Mühsam und Eugen Leviné sprechen im Festsaal des Mathäserbräu. Es kommt zu einer Schießerei, bei der ein Chauffeur getötet und ein 14-jähriger Lehrling verwundet wird. Gegen 22:30 Uhr kommt es auf dem Bahnhofsplatz zu einer Schießerei zwischen den Demonstranten und der Bahnhofswache. Als die Demonstranten in den Südbau des Bahnhofs einzudringen versuchen, eröffnet die Bahnhofswache ein Maschinengewehrfeuer, in dem drei Frauen und zwei Männer getötet sowie 15 Personen schwer verwundet werden.

11. Januar 1919 – Waffengebrauch wird durch Trommelwirbel angekündigt

München * Einen Tag vor den Wahlen zum Bayerischen Landtag werden aufgrund der am Tag zuvor erfolgten Vorgänge vom Polizeipräsidenten Josef Staimer und vom Stadtkommandanten Oskar Dürr der Einsatz von Waffen gegen Demonstranten und Ansammlungen angedroht: „Waffengebrauch wird, soweit möglich, durch Trommelwirbel angekündigt.“ In einer Matrosenversammlung sprechen sich Ministerpräsident Kurt Eisner und Stadtkommandant Oskar Dürr „gegen den Terror der Straße“ aus. Die Mehrzahl der für die Tumulte Verantwortlichen bezeichnen sie als „Verbrecher“. Die geplanten Versammlungen auf der Theresienwiese werden abgesagt.

24. Januar 1919 – Kundgebung für einen gerechten Frieden

München-Ludwigsvorstadt * Im Deutschen Theater treffen sich Angehörige und Anhänger aller



Parteien zu einer machtvollen Kundgebung. Es geht um den Völkerbund und einen gerechten Frieden. Es sprechen der Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter [SPD], Joseph Graf von Pestalozza [BVP], Professor Dr. Moritz Julius Bonn, die Frauenrechtlerin Lida Gustava Heymann und Professor Dr. Lujo Brentano.

3. Februar 1919 – Ex-Königin Marie Therese stirbt auf Schloss Wildenwart

Schloss Wildenwart * Marie Therese, Erzherzogin von Österreich-Este, Prinzessin von Modena sowie Ehefrau von Ex-König Ludwig III. und damit die abgesetzte letzte bayerische Königin, stirbt auf Schloss Wildenwart im Chiemgau. Das Direktorium des Magistrats und der Vorstand der Gemeindebevollmächtigten sprechen dem Ex-König ihr Beileid zum Tod der Ex-Königin aus und übersenden eine „Blumenspende“.

15. Februar 1919 – Die Ministerkrise wird für beendet erklärt

München-Ludwigsvorstadt * Die Ministerkrise, die Albert Roßhaupter durch seinen Aufruf an die wehrfähigen Männer zum Eintritt in den „Volksheimatschutz“ ausgelöst hat, ist beendet. Ministerpräsident Kurt Eisner gibt gegenüber dem Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte eine entsprechende Erklärung ab.

21. Februar 1919 – Kurt Eisner wird auf dem Weg zum Landtag ermordet

München-Kreuzviertel * Kurz vor zehn Uhr verlässt Ministerpräsident Kurt Eisner an diesem föhnligen Vorfrühlingstag seinen Amtssitz im Palais Montgelas am Promenadeplatz. Er macht sich zu Fuß auf den Weg zum Landtagsgebäude in der nahe gelegenen Prannerstraße. Dort soll der neu gewählte Bayerische Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten. In der Aktentasche führt Eisner seine Rede und die unterschriebene Rücktrittserklärung mit sich. Er will dabei jedoch nicht seinen Rückzug aus der Politik signalisieren. Knapp sechs Wochen zuvor, bei der Landtagswahl vom 12. Januar 1919, erhält seine Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands – USPD –, lediglich 2,5 Prozent der Stimmen. Eisner zieht daraus die Konsequenz und will sein Amt einer parlamentarisch legitimierten Regierung überlassen. Der Gründer des Freistaats Bayern und dessen erster demokratischer Ministerpräsident erreicht den Landtag jedoch nicht. Begleitet wird Eisner von seinem Sekretär Felix Fechenbach und dem Leiter des Ministerpräsidentenbüros, Bruno Merkle. Bewaffnete Ordonnanzen sollen die Gruppe schützen. Wegen der zahlreichen Morddrohungen und der



aufgeheizten politischen Stimmung drängen Vertraute Eisner dazu, einen geschützteren Weg durch das Hotel Bayerischer Hof zu nehmen. Er lehnt dies ab. Nach Fechenbachs späterem Bericht erklärt er: „Man kann einem Mordanschlag auf die Dauer nicht ausweichen, und man kann mich ja nur einmal totschießen.“ Eisner geht zwischen Merkle zu seiner Rechten und Fechenbach zu seiner Linken. Die Männer unterhalten sich über die weitere politische Entwicklung. In der damaligen Promenadestraße, der heutigen Kardinal-Faulhaber-Straße, nähert sich ihnen der 22-jährige Leutnant und Student Anton Graf von Arco auf Valley von hinten. Er hat in einem nahe gelegenen Hauseingang gewartet. Aus unmittelbarer Nähe zieht er eine Pistole und feuert zweimal auf den Ministerpräsidenten. Die Kugeln treffen Eisner im Nacken und im Bereich hinter dem rechten Ohr. Der Ministerpräsident bricht tödlich getroffen zusammen. Fechenbach erinnert sich später: „Eisner schwankt einen Augenblick, er will etwas sprechen, aber die Zunge versagt ihm.“ Nach seiner eigenen Schilderung packt Fechenbach den Attentäter am Arm und schleudert ihn zu Boden. Bewaffnete Begleiter schießen auf Arco und verletzen ihn schwer. Eisner wird in das Ministerium zurückgebracht. Ein Arzt stellt fest, dass die aus nächster Nähe abgegebenen Schüsse seinen sofortigen Tod verursacht haben. Arcos Tat richtet sich gegen den sozialistischen und jüdischen Politiker, den er als Verräter an Bayern und Deutschland betrachtet. Seine am Vortag niedergeschriebenen Äußerungen dokumentieren die antisemitischen und antibolschewistischen Feindbilder, mit denen er den Mord rechtfertigt. Der schwer verletzte Attentäter überlebt. Die Ermordung Eisners erschüttert München und verschärft die politische Krise. Noch am selben Vormittag folgen weitere Gewalttaten im Landtag. Der geplante Übergang von der provisorischen Revolutionsregierung zu einer parlamentarisch legitimierten Regierung wird dadurch jäh unterbrochen.

21. Februar 1919 – Kurt Eisners Rechenschaftsbericht

München-Kreuzviertel * Die aufgrund von Kurt Eisners Ermordung nicht mehr gehaltene Rücktrittsrede beginnt mit den Worten: „Meine Herren und verehrte Frauen!“. In seinem Tätigkeitsbericht führt er zu seiner 105 Tage andauernden Regierungszeit folgendes aus: „[...] Am 8. November kam die revolutionäre Regierung zustande, die heute vor den von ihr versprochenen neuen Landtag tritt. In diesem Augenblick ist es uns ein Bedürfnis, Rechenschaft abzulegen, was wir gewollt, was wir getan. In einer Zeit der schwersten Erschütterungen, des drohenden Zusammenbruchs übernahmen wir die Regierung und führten sie bis hierher durch Monate aufreibender Arbeit, ernster Gefahr und leidenschaftlicher Erregungen. Wir waren uns bewusst, dass wir die Aufgabe von ungeheurer Verantwortlichkeit auf uns genommen hatten, trotz der verhängnisvollen Erbschaft eines unter den Flügen des Volkes zusammengebrochenen Systems das im tiefsten Grunde kranke Leben der Gemeinschaft allmählich der Genesung



näherzuführen. Genesung auf dem Wege, dass das Volk in dem es im Aufschwung revolutionärer Kraft zur Selbstbestimmung emporwuchs, mit dem neuen Bewusstsein der eigenen Macht, im Kampf um die Sicherung seiner Freiheit, im Glauben an den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus, durch das Elend der Gegenwart sich in die Zuversicht künftiger Größe rettete.[...].“ Kurt Eisner geht in seiner Abschiedsrede als Ministerpräsident auf die Erfolge in den verschiedenen Ressorts ein. So hebt er seinen Kampf um die „föderative Grundlage unseres deutschen Staatenbundes“ hervor, da „ein großes Staatswesen sich um so reicher und gesünder entfalte, je lebendiger und selbstständiger die einzelnen Glieder sich zu gestalten vermöchten.“ Zu seiner Friedenspolitik führt er aus: „Nur eine Politik der unbedingten Wahrhaftigkeit, der kühnen Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens führt zu jenem Frieden, nach dem die zertretende Menschheit schmachtet.“ Er hebt seine Anstrengungen zur Wiederherstellung der durch den Krieg zertrümmerten „Internationale der Arbeiter“ hervor, denn nur wenn sie erstarkt, ist die Freiheit jeden Volkes verbürgt. In Eisners Redemanuskript liest sich das so: „So fasste ich - wenn mir eine mehr persönliche Zwischenbemerkung gestattet ist - meine Arbeit jüngst in Bern auf, wo ich erreichte, dass die Vertreter aller Völker, Hass und Erbitterung vergessend, für die Erlösung der deutschen und österreichischen Gefangenen sich vereinigten.“ Der Passus zu den „Räten“ ist vergleichsweise kurz gehalten, obwohl sie die Stütze der Eisner'schen Politik bilden. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, „dass die Räte sich in jenen Grenzen, in denen sie sich bei uns entwickelt haben, als unentbehrlich für die Schaffung einer tätigen Demokratie erweisen werden“. Ein weiteres von Kurt Eisner angesprochenes Thema ist die „Ernährungslage“. Dabei stellt er fest: „Im allgemeinen sind die Ernährungsverhältnisse nach der Revolution bei uns in Bayern zum mindesten nicht schlechter geworden. Sehr ungünstig ist nach wie vor unsere Versorgung mit Kohlen und sonstigen Rohstoffen.“ Dabei stellt er dar, welche Maßnahmen von der Regierung eingeleitet worden sind. Breit behandelt Eisner das Thema „Demokratisierung“, die auch in der „Gemeinde, Distrikt und Kreis beachtet werden, deren Selbstverwaltung [...] durchgeführt werden wird“. Und weiter: „Das Kriegsministerium hat sich nach der Revolution in ein Ministerium für militärische Angelegenheiten, in ein Ministerium zur Liquidierung des Krieges gewandelt. [...] Die Demokratisierung der Armee [...] wurde durchgeführt. [...] Die Änderung der Militärgerichtsordnung war eine wichtige Errungenschaft des neuen Geistes.“ Nun folgt eine Beschreibung über die politischen Umwälzungen und Demokratisierung in der Justizverwaltung und die Einrichtung von Volksgerichten. Auch auf Fragen der Amnestie und Begnadigungen geht Kurt Eisner in seinem Redeentwurf ein. Ein weiterer Punkt seines Tätigkeitsberichts ist die Tätigkeit des Kultusministeriums, das „die Erneuerung des gesamten Volksbildungs- und Erziehungswesen“ vorbereitet hat. Im Verhältnis von „Schule und Kirche“ erklärt er: „Für jede Demokratie kann nur der unantastbare Grundsatz gelten, dass die Dreiheit der Schule zugleich mit der Freiheit der Kirche gesichert werden müsse.“ Eisner erklärt die „Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht“ und die „Aufhebung des Zwangs zur Teilnahme am Religionsunterricht“ den



Grundsatz, dass „ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zur Teilnahme am Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden dürfe. Das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern wurde durch die Errichtung von Schülerausschüssen und Schülerversammlungen freier gestaltet“. Außerdem erklärt der Ministerpräsident, dass „die Entwürfe des Volksschullehrergesetzes und des Schulbedarfsgesetzes einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen wurden“. Ein weiterer kultureller Bereich sind die staatlichen Theater. Dazu führt Kurt Eisner aus: „Infolge der Revolution kamen die ehemaligen Hoftheater in den Bereich des Kultusministeriums. In dem jetzigen Nationaltheater vollzog sich zugleich die Demokratisierung des gesamten Betriebes.“ Nun folgen Kurt Eisners Ausführungen zur bayerischen Verkehrsverwaltung und der Finanzverwaltung. Sehr ausführlich geht er auf die Tätigkeit des am 14. November 1918 neu geschaffenen Ministeriums für soziale Fürsorge ein. Er hebt dabei hervor, „die Schaffung neuer Referate, um die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen mit allen staatlichen Mitteln wahrzunehmen. Es wurde ein Referat für Arbeitsrecht geschaffen, für Angestelltenfragen, für Beamtenfragen usw.. Die Einrichtungen der Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsvermittlung und im Wohnungswesen wurden ausgebaut und durchgeführt, soweit es unter den bestehenden Verhältnissen möglich war. Leider konnten in dieser kurzen, unruhigen Zeit nicht alle Pläne, die das Ministerium entworfen hatte, befriedigend ausgeführt werden. Der Gewerbeaufsicht, dem Gesundheitswesen, den Kriegsbeschädigten wandte das Ministerium seine größte Aufmerksamkeit zu. Es sind auch hier Erfolge zu verzeichnen, doch nicht in so großem Maße, wie es im Interesse der leidenden Volksgenossen unbedingt notwendig gewesen wäre. Für die Parias [= jemand, der unterprivilegiert, von der Gesellschaft ausgestoßen ist] unter dem arbeitenden Volk, für die sogenannten Dienstboten, wurde ein neues Recht geschaffen. Ein Landarbeiterrecht ist in Ausarbeitung, wobei alle beteiligten Kreise der Landwirtschaft mitarbeiten. Der Kleinwohnungsbau, das Siedlungswesen wurden in weitgehendem Maße gefördert. Notstandsarbeiten wurden angeregt und Zuschüsse wurden zur Verfügung gestellt, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, denn das Problem der Arbeitslosen kann nur durch Arbeitsbeschaffung gelöst werden. Die sozialpolitische wichtigste Tat des Ministeriums war die Proklamierung des Achtstundentages, die von der Erkenntnis ausging, dass die rationelle Verkürzung der Arbeitszeit der Ausgangspunkt aller sozialpolitischen Maßnahmen, die auf die physische, geistige und moralische Hebung der Arbeiterklasse abzielen, sein muss. Für Erwerbslosenunterstützung wurden im Dezember rund zwei Millionen, im Januar rund zehn Millionen verausgabt. Zur Deckung der Kosten der Notstandsarbeiten wurde dem Haushalt des Ministeriums die Summe von zwölf Millionen Mark bewilligt und für überschreitbar erklärt. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen wurden im ganzen rund zwei Millionen Mark Reichszuschüsse und eine Million Staatszuschüsse zugesichert.“ Soweit seine Ausführungen zum Sozialministerium. Kurt Eisners Rede, die er aufgrund seiner Ermordung nicht mehr im bayerischen Landtag vortragen konnte, endet mit den Worten: „Die revolutionäre Regierung hat



einstimmig beschlossen, ihre Ämter dem auf dem revolutionären Wahlrecht beruhenden Landtag zur Verfügung zu stellen. Sie ist zugleich bereit, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Um die Neubildung zu beschleunigen, wird die Regierung unverzüglich dem Landtag den Entwurf eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes zur Beratung und Beschlussfassung zugehen lassen, das bis zur Vollendung der Verfassung die Grundlage für die Arbeiten des Parlaments und der Regierung bieten soll. Ein Entwurf der Verfassung selbst ist gleichfalls fertig gestellt; wir wollen ihn noch als Vermächtnis unserer demokratischen und sozialistischen Gesinnung der Öffentlichkeit übergeben, bevor die bisherige revolutionäre Regierung von dem Werk zurück tritt, über das das letzte Urteile die Geschichte fällen wird.“

21. Februar 1919 – Eisners Ermordung löst Trauer, Racherufe und offenen Jubel aus

München * Die Nachricht von der Ermordung Kurt Eisners verbreitet sich innerhalb kürzester Zeit in der Stadt. Unter den Anhängern der Revolution löst sie Entsetzen, Trauer und Wut aus. Menschen strömen zum Tatort, Rufe nach Vergeltung werden laut. Die Empörung richtet sich gegen die Gegner der Revolution, denen viele eine Mitverantwortung für den Mord zuschreiben. Oskar Maria Graf schildert die aufgewühlte Stimmung später in seinem autobiografischen Werk „Wir sind Gefangene“: „Ich sah Zitternde, ich sah Wutblasse und Blutgierige. Überall wiederholte sich das gleiche Schreien nach Rache. Die Massen kamen ins Treiben, der Strom floss durch die Stadt.“ Graf erlebt die Atmosphäre als wesentlich bedrohlicher als beim weitgehend unblutigen Umsturz vom 7. November 1918. Seine rückblickende Schilderung vermittelt die Angst, dass die Empörung über den Mord in unkontrollierte Gewalt umschlagen könnte. Zugleich begrüßen manche Gegner Eisners das Attentat mit unverhohlener Freude. Auch in Teilen des Bürgertums findet der Mord Zustimmung. An der Münchner Universität jubeln Studenten über die Todesnachricht so laut, dass der Physiker und Nobelpreisträger Wilhelm Conrad Röntgen seine Vorlesung unterbrechen muss. Thomas Mann hält in seinem Tagebuch fest: „Die Schulkameraden unserer Jungen haben bei der Nachricht applaudiert und getanzt.“ Diese Reaktionen zeigen, wie tief die politische Spaltung Münchens reicht. Während die einen um den Gründer des Freistaats trauern und Vergeltung verlangen, feiern andere seine gewaltsame Beseitigung. Die Ermordung Eisners verschärft die Spannungen zwischen den politischen Lagern und erschüttert den ohnehin unsicheren Übergang zur parlamentarischen Demokratie.

25. Februar 1919 – Die unterschiedlichen Standpunkte der Parteien

München * Bereits am ersten Tag fordert Max Levien als Delegierter des Revolutionären Arbeiterrats die sofortige Ausrufung der Räterepublik, die Aufnahme diplomatischer



Beziehungen zur UdSSR, die Versendung wahrheitsgetreuer Flugblätter in fremden Sprachen, die Entfernung der Republikanischen Schutztruppe, die Bildung einer Roten Armee sowie die Annullierung der Staatsschulden und Kriegsanleihen. Unterstützt wird Levien von dem Matrosen Rudolf Egelhofer, der von der „permanenten Proletarierversammlung“ im Wagnersaal abgesandt wurde, an der mehr als 5.000 Menschen teilnehmen. Auch der Anarchist Erich Mühsam schließt sich dieser Forderung an. Er ist der Überzeugung, dass der Ausgang des Kongresses der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte von entscheidender Bedeutung für den künftigen Verlauf der Weltrevolution ist. In den weiteren Beratungen kristallisieren sich die unterschiedlichen Standpunkte der Parteien heraus. Die SPD-Delegierten sprechen sich gegen eine Räterepublik aus, setzen sich aber - anders als die Genossen um Erhard Auer - für die Verankerung der Räte in der Verfassung ein. Die KPD fordert dagegen die Regierung der Volksbeauftragten und eine Räterepublik.

25. Februar 1919 – Rektor und Uni-Senat verurteilen die Freveltat

München-Maxvorstadt * Der Rektor und der Senat der Münchner Universität sprechen ihre „rückhaltlose Verurteilung der Freveltat“ vom 21. Februar aus.

26. Februar 1919 – Gustav Landauer würdigt Kurt Eisners humanistischen Sozialismus

München-Obergiesing * Zur Beisetzungsfeier in der Aussegnungshalle des Ostfriedhofs erhalten nur geladene Gäste mit einer besonderen weißen Eintrittskarte Zutritt. Neben den Ministern Hans Unterleitner und Edgar Jaffé sprechen der USPD-Reichstagsabgeordnete Hugo Haase, der Kommunist Max Levien und Eisners Vertrauter Gustav Landauer. Landauer stellt Eisners Mitgefühl mit den Armen und Unterdrückten sowie seinen Glauben an eine gerechtere Gesellschaft in den Mittelpunkt. Er würdigt ihn als Dichter, kritischen Beobachter und politischen Gestalter: „Kurt Eisner, der Jude, war ein Prophet, der unbarmherzig mit den kleinmütigen, erbärmlichen Menschen gerungen hat, weil er die Menschheit liebte und an sie glaubte und sie wollte.“ Für Landauer verbindet Eisner die Vision einer besseren Zukunft mit dem unerschrockenen Blick auf die Wirklichkeit. Sein Ziel ist, Menschen zu überzeugen und gemeinsam mit ihnen Veränderungen zu erreichen: „Er wollte mit den Menschen gehen, er wollte auf die Menschen wirken, aber nichts lag ihm ferner als Herrschaft oder unterdrückende Überlegenheit.“

28. Februar 1919 – Demonstrationen zur Befreiung der Inhaftierten



München * Im Wagnersaal und im Mathäserbräu tagen die Unabhängigen Sozialdemokraten beziehungsweise die Kommunisten, als die Nachrichten über die Verhaftungen im Landtagsgebäude eintreffen. Spontan bilden sich Demonstrationzüge zur Befreiung der Inhaftierten. Von der Türkenkaserne schließt sich ihnen eine Abordnung des Leibregiments an. Der inzwischen vereinigte Demonstrationzug bewegt sich zum Landtagsgebäude in der Prannerstraße, wo die inzwischen befreiten Gefangenen zur Menge sprechen und sich die Demonstration daraufhin unter Hochrufen auf die Räte auflöst.

1. März 1919 – Die Münchner Garnison stellte sich hinter den Stadtkommandanten Dürr

München * Sämtliche Münchner Truppenteile sprechen in einer Entschliebung dem Stadtkommandanten Oskar Dürr, dem die Abteilung der Republikanischen Schutztruppe untersteht, die auf der Theresienwiese das Blutbad mit drei Toten hinterlassen hat, das Vertrauen aus. Sie fordern die sofortige Einsetzung eines rein sozialistischen Ministeriums unter Ausschaltung der Kommunisten und Spartakisten, die Bewaffnung der Arbeiterschaft und eine Vernünftige Pressezensur, die jede Partei zu Wort kommen lässt.

8. März 1919 – Wo die Bestialität anfängt, hört die Solidarität auf!

Berlin * Das SPD-Organ Vorwärts schreibt: „Wo die Bestialität anfängt, hört die Solidarität auf!“. Die Zeitungsredakteure sprechen dem politischen Gegner jede Menschlichkeit ab und liegen damit voll auf der Linie der Konservativen.

23. März 1919 – Einführung der Betriebsräte auf SPD-Konferenz beschlossen

Weimar * Die SPD-Parteikonferenz beschließt die Einführung der Betriebsräte: „Zur Mitwirkung an Sozialisierungsmaßnahmen, zur Kontrolle sozialistischer Betriebe, zur Überwachung der Gütererzeugung und Verteilung im gesamten Wirtschaftsleben sind gesetzlich geordnete Arbeitervertretungen zu schaffen. In dem zu diesem Zweck schleunigst zu schaffenden Gesetz sind Bestimmungen zu treffen über die Wahl und Aufgaben von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben. Es sind weiter Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat vorzusehen, die vor dem Erlass wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gesetze ebenso wie die Vertretungen aller übrigen schaffenden Stände gutachtlich zu hören sind und selbst Anträge auf Erlass solcher Gesetze stellen können. Die entsprechenden Bestimmungen



sind in der Verfassung der deutschen Republik festzulegen.“

1. April 1919 – Die wöchentliche Fleischration wird herabgesetzt

München * Die bayerische Landeshauptstadt liegt unter einer Schneedecke von 40 Zentimetern.

Die Arbeitslosenquote liegt konstant bei über 30.000, die Kohlevorräte sind aufgebraucht, die Energiezufuhr stockt, der Preis für einen Trambahn-Fahrschein wird von 15 auf 20 Pfennige erhöht, die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch ist nicht mehr gewährleistet, weil sich immer mehr Bauern weigern, in die von Unruhe erfüllte Stadt zu fahren. Die wöchentliche Fleischration wird von 300 Gramm auf 250 Gramm herabgesetzt. Schwerstarbeiter erhalten auch weiterhin eine Zulage von 120 Gramm Wurst. Was blüht ist der Schwarzmarkt. Die Waren gibt's dort im Überfluss, aber halt zu entsprechend hohen Preisen. Der neu ernannte Staatskommissar für Ernährungswesen, Johann Wutzelhofer vom Bayerischen Bauernbund- BBB, stellt sein Programm vor.

3. April 1919 – Die Forderungen nach einem Räteresystem werden wieder lauter

Augsburg * Seit Ende März werden die Forderungen nach einem Räteresystem wieder lauter. Das tritt deutlich hervor, als der Vorsitzende des Zentralrats, Ernst Niekisch, auf der großen Räteversammlung in Augsburg eine Rede zum Thema „Die zweite Revolution“ hält. Niekisch spricht sich zwar für ein Räteresystem aus, hält aber den Zeitpunkt für seine Einführung für noch nicht gekommen. Letztlich verteidigt er die Bildung der parlamentarischen Regierung. In der sich dem Referat anschließenden lebhaften Diskussion wird hauptsächlich von Vertretern der USPD die Ausrufung einer Räterepublik gefordert. Ein entsprechender Antrag wird mit überwiegender Mehrheit angenommen. Zudem wird ein Bündnis mit den Sowjetrepubliken Ungarns und Russlands gefordert. Um einen Ausweg aus der Bedrängnis zu finden, schlägt Niekisch die Bildung einer Kommission vor, die ihn nach München begleiten und die Forderungen im Ministerrat vortragen soll.

4. April 1919 – Die Kommunisten lehnen die Räterepublik ab

München * In einer Vertreterversammlung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Ausschüsse fordert Gustav Klingelhöfer die Proklamation der Räterepublik.

Eugen Leviné und Max Levien sprechen sich als Führer der kommunistischen Partei gegen die Räterepublik aus, obwohl sie diese bisher lautstark propagiert haben.



4. April 1919 – Eine weitere geheime Beratung zur Räterepublik

München-Maxvorstadt * Um 22 Uhr findet eine erneute Besprechung im Militärministerium in der Ludwigstraße statt. Diesmal ist der Personenkreis auf 100 bis 150 angewachsen. Der Bauernführer Karl Gandorfer erklärt unter welchen Bedingungen die Bauern der Einführung eine Räterepublik zustimmen können. Die verspätet eintreffende Delegation der KPD will diese Form der Räterepublik nicht anerkennen, da die Massen selbst über die Räterepublik entscheiden müssten. Die Haltung der Kommunisten ruft Erstaunen hervor, weil sie bislang die Räterepublik am lautesten forderten. Auch jetzt werden noch keine Beschlüsse gefasst. Die geheime Zusammenkunft wird durch den Zentralratsvorsitzenden Ernst Niekisch geleitet. Er befindet sich in einem Dilemma, denn einerseits befürwortet er den Rätegedanken, andererseits will er im Interesse von Ruhe und Ordnung die Räterepublik verhindern. Zur Überraschung aller erklärt ausgerechnet Johannes Hoffmanns Stellvertreter Ernst Schnepfenhorst, dass er eine Räterepublik zum jetzigen Zeitpunkt für die beste aller Lösungen hält. Der bayerische Militärminister will zwei Tage Bedenkzeit, um die Frage der Räterepublik mit der SPD-Parteibasis zu besprechen. Welche Motivation liegt hinter Schnepfenhorsts Vorschlag? Sein Hauptziel ist die Machterhaltung der SPD. Zudem will er die Kommunisten unter seine Kontrolle bringen. Er möchte den Räten ihre eigene Regierungsunfähigkeit vor Augen führen, um sie dann, mit einem Militärputsch der Münchner Garnison, die er wenigstens teilweise in der Hand hat, schnell und möglichst schmerzlos zu beseitigen. Er und die Regierung Hoffmann wollen die Räte nicht nur schnell, sondern vor allem in eigener Regie, ohne die von Noske und Epp angebotenen außerbayerischen Freikorps und Regierungstruppen, loswerden.

6. April 1919 – Der Zentralrat entscheidet für die Ausrufung der Räterepublik Bayern

München-Maxvorstadt * In der Nacht vom 6. zum 7. April sprechen sich im ehemaligen Schlafzimmer der Königin im Wittelsbacher Palais neben der SPD auch die USPD, die Mitglieder des Zentralrats und der Revolutionäre Arbeiterrat für eine Räterepublik Bayern aus, obwohl die KPD dieses Vorhaben ablehnt. Man glaubt dennoch, dass die Bevölkerung und die Armee geschlossen hinter diesem Systemwechsel steht. Ernst Niekisch führt den Vorsitz der Zusammenkunft. Er geht irrtümlich davon aus, dass zu diesem Zeitpunkt keine rechtmäßige bayerische Regierung mehr existiert, da ihm mit Ausnahme von Hoffmann und Endres die Rücktrittserklärungen sämtlicher Minister vorliegen. Die Angaben über die Zahl der Anwesenden schwankt zwischen 70 und 150. Gustav Landauer stellt den Antrag, dass die Tagung zur konstituierenden Versammlung erklärt wird. Er hat einen Aufruf „An das Volk in Bayern“ vorbereitet, der die Gründung der Räterepublik ankündigt. Der Entwurf wird nach kurzer



Beratung von den Anwesenden akzeptiert. Damit kann er am nächsten Morgen in den Zeitungen erscheinen.

6. April 1919 – Die SPD Oberbayern ist für die Räterepublik

München * Auf einem außerordentlichen Gautag der SPD Oberbayern in München sprechen sich die Delegierten mit 240 gegen 13 Stimmen für die Räterepublik aus. Andererseits haben sie sich zuvor mit 223 zu 30 Stimmen gegen eine bedingungslose Anerkennung der Räterepublik ausgesprochen.

8. April 1919 – Ernst Niekisch überlässt Ernst Toller die Leitung des Zentralrats

München * Es fehlt der Räterepublik Baiern ein klares Regierungsprogramm. Entscheidungen werden individuell getroffen. Diese widersprechen sich teilweise oder heben sich sogar gegenseitig auf. Ernst Niekisch, der Vorsitzende des Revolutionären Zentralrats, gibt schon am zweiten Tag völlig entnervt auf. Der 25-jährige Anarchist und Schriftsteller Ernst Toller wird sein Nachfolger.

9. April 1919 – Linke Kritik an der Räteregierung

München * In der Münchner Roten Fahne erscheint ein Artikel von Eugen Leviné, in dem er die Politik der Räteregierung scharf angreift: „Alles wie sonst. In den Betrieben schufteten und fronen die Proletarier nach wie vor zugunsten des Kapitals. In den Ämtern sitzen nach wie vor die [...] kgl. Wittelsbacher Beamten. An den Straßen die alten Hüter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit dem Schutzmannssäbel. Kein bewaffneter Arbeiter zu erblicken. Keine roten Fahnen. Keine proletarische Besetzung in den Machtpositionen der Bourgeoisie. Noch liegen die Kapitale in den Safes der Banken. Noch klappern die Kuponscheren der Kriegsgewinnler und Dividendenjäger. Noch üben in den Gerichten die königlichen Landgerichtsräte Klassenjustiz. Alles wie sonst. Noch rattern die Rotationsmaschinen der kapitalistischen Presse und speien ihr Gift und ihre Galle, ihre Lügen und ihre Verdrehungen in die nach revolutionären Kampfworten begierige Menge. Alles wie sonst. Nur an den Straßen von Wind und Regen zerfetzte Plakate: ‚Nationalfeiertag!‘ steht darauf! Nationalfeiertag! Nicht proletarischer Feiertag. Nicht internationaler Feiertag. Von der Nation sprechen sie, der einigen Nation der Arbeiter und Kapitalisten. [...] Sie sitzen zusammen im Wittelsbacher Palais und dichten Dekrete. [...] Räterepublik ohne Räte. Proletarische Diktatur ohne Proletariat.



Volksbeauftragte ohne Auftrag des arbeitenden Volkes. Ein Projekt der Roten Armee ohne Beihilfe des Proletariats, Sozialisierungsprojekte ohne wirkliches Eingreifen der Macht. Angebliche Siege ohne Kämpfe. Revolutionäre Phrasen ohne revolutionären Inhalt, revolutionäre Worte ohne revolutionäre Taten.“

10. April 1919 – Eine Frauenquote für die Betriebsräte

München * Die „Leitsätze für Betriebsräte“ werden herausgegeben. Sie enthalten eine frühe Form einer Frauenquote, da sie entsprechend ihrem zahlenmäßigen Anteil eine Vertretung erhalten. Dadurch erhöht sich der Anteil der Frauen in den Betriebsräten. Von den 1.725 Betriebsräten in München sind 233 weiblichen Geschlechts. Das sind immerhin 13,5 Prozent. In keinem anderen Rätegremium wird eine solche Quote erreicht.

11. April 1919 – Die Münchner SPD gegen eigene Vertreter in den Rätegremien

München * Die Mitglieder der Münchner SPD sprechen sich mit knapper Mehrheit gegen die Entsendung eigener Vertreter in die Gremien der Räterepublik aus.

11. April 1919 – Die Betriebsräte sprechen der Räteregierung das Vertrauen aus

München-Graggenau * Auf einer Massenversammlung im Hofbräuhaus sprechen Erich Mühsam, Ernst Toller, Gustav Landauer und Max Levien. Ernst Toller gibt bekannt, dass die Entwaffnung der Bourgeoisie ebenso fortschreitet wie die Bewaffnung des Proletariats. Gustav Landauer verteidigt die Ausrufung der Räterepublik. Erich Mühsam bekennt sich zur ablehnenden Haltung der KPD zur sozialistischen Räterepublik, kritisiert aber ihren gegenwärtigen Boykott in aller Schärfe. Max Levien erklärt erneut, warum sich die KPD nicht an der Räteregierung beteiligt. Als Werner Fröhlich die Spaltung der sozialistischen Parteien verteidigt, kommt es zu Tumulten. Selbst KPD-Mitglieder wenden sich gegen die unversöhnliche Haltung ihrer Parteizentrale. Ein Antrag der Betriebsräte, der gegenwärtigen Räteregierung das Vertrauen auszusprechen, wird mit überwältigender Mehrheit angenommen. Erich Mühsam stimmt allerdings dagegen.

13. April 1919 – Mitteilung der Werbezentrale des Freikorps Epp



Ohrdruf * Die Werbezentrale des Freikorps Epp veröffentlicht ein Flugblatt mit folgendem Inhalt: „Vertraulich! Nicht auf bayr. Boden mitnehmen! Ministerpräsident Hoffmann hat das Versprechen gegeben, dass die Werbung für das Freikorps zwar nicht offiziell erlaubt würde, dass aber weitere Schwierigkeiten den Werbern nicht gemacht werden sollten. [...] Es ist anzunehmen, dass dagegen der bayr. Mil. Minister alles versucht wird, um die Werbung zu hemmen.“

15. April 1919 – Regierungstruppen rücken aus Richtung Dachau nach München

München - Dachau * Als sich am Abend in München das Gerücht über das Anrücken einer aus Richtung Dachau kommenden, 800 Mann starken Regierungstruppe verbreitet, lässt Stadtkommandant Rudolf Egelhofer umgehend die Kasernen- und Betriebsräte informieren, den Zugverkehr unterbrechen, den Hauptbahnhof und den Bahnhofplatz räumen und in Verteidigungszustand versetzen, den Telefon- und Telegraphenverkehr einstellen und alle Zubringerstraßen nach München durch Soldaten absperren.

26. April 1919 – Die seit Längerem bestehenden Differenzen brechen auf

München-Graggenau * Im Hofbräuhaus, in dem sich täglich die Betriebs- und Kasernenräte treffen, treten die seit längerer Zeit bestehenden politischen Differenzen zwischen den Kommunisten, Eugen Leviné, Max Levien und Towia Axelrod einerseits, und den Unabhängigen Sozialdemokraten, Emil K. Maenner, Ernst Toller und Gustav Klingelhöfer andererseits, offen zutage. Es kommt zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Folge die drei Letztgenannten von ihren Ämtern zurücktreten. Der Volksbeauftragte für Finanzen, Emil K. Maenner, erklärt, dass er nicht mehr für Handlungen bereitsteht, die „politischem Diebstahl“ gleichkommen und keine Lust mehr hat, in einem „Marionettentheater“ zu sitzen. Der Kommandeur des Truppenabschnitts I (Dachau), Ernst Toller, betrachtet die jetzige Räteregierung als ein „Unheil für das werktätige Volk“, weil die führenden Männer nur zerstören, ohne das geringste aufzubauen. Deshalb kann er eine weitere Zusammenarbeit mit dem Vollzugsausschuss und dem Generalstab nicht mehr verantworten. Aus den gleichen Gründen will auch der Abschnittskommandant der Roten Armee in Dachau, Gustav Klingelhöfer, seine Ämter niederlegen. Der Bankrat stellt sich geschlossen hinter Emil K. Maenner und bezeichnet die Mitglieder des Vollzugsausschusses als „Hampelmänner“. Mit ähnlich harten Worten wird die „katastrophale Versorgungslage“ von den Anwesenden kritisiert, an der die Regierung Hoffmann nur zum Teil schuld ist. Nach einem weiteren Beschluss der Betriebsräte sollen die Münchner Tageszeitungen - unter Auflage einer Vorzensur - wieder erscheinen können. Während der



Sitzung trifft die Nachricht ein, dass im Passamt fünfzig Pässe gestohlen worden sind. Zur Untersuchung des Vorgangs wird daraufhin eine Zehnerkommission gebildet.

28. April 1919 – Die Rote Armee ist zur Verteidigung der Diktatur gegründet worden

München * In der KPD-Zeitung Münchener Rote Fahne äußert sich der Chef der Roten Armee, Rudolf Egelhofer, so: „Die Rote Armee wurde gegründet nicht als Instrument der Politik, sondern als Organ der Verteidigung der Diktatur des Proletariats und der Räterepublik gegen die Konterrevolution der weißen Garden. Entsprechend dieser Aufgabe erklärt das Oberkommando, dass es das revolutionäre Proletariat, koste es was es wolle, gegen die weiße Garde verteidigen wird und sich von keiner Seite, auch nicht von den Betriebsräten, zu einem Verrat an der sozialen Revolution wird zwingen lassen“.

29. April 1919 – Hinrichtungen in Starnberg von württembergischen Regierungssoldaten

Starnberg * In Starnberg marschieren Regierungstruppen ein. Es folgt ein ungleicher Kampf: Die Roten verfügen über etwa 100, die Weißen über 2.000 Männer. Die Weißen Truppen, darunter die „Gruppe Seutter“, ein Kampfverband aus Württemberg, verhaften in Starnberg Männer, von denen sie glauben, dass sie feindliche Sparakisten wären. Sie werden eingesperrt und ein paar Stunden später auf der Bleicher-Wiese erschossen. Die 27 Spartakisten, andere Quellen sprechen sogar von 37 Kommunisten, werden ermordet, weil sie angeblich Waffen bei sich getragen haben. Diese Anschuldigungen werden mittlerweile bezweifelt. Auch die unbeteiligte Kunstmalerin Sophie Banzer befindet sich unter den Opfern. Sie hatte sich eine rote Bluse angezogen und wird deshalb auf ihrem Anwesen getötet.

29. April 1919 – Die Verwüstungen im Polizeipräsidium gehen weiter

München-Kreuzviertel * Im Polizeipräsidium gehen die Plünderungen und Verwüstungen weiter. Die Aktenvernichtung im Polizeipräsidium wird von den konservativen und reaktionären Kräften als ein „besonderer Fall von Vandalismus“ bezeichnet und entsprechend politisch bewertet. Der von der Berliner KPD nach München geschickte Karl Retzlaw hat eine völlig andere Sicht auf die Vorgänge: „Doch sprachen wir es auch offen aus, dass es nicht Sache eines Revolutionärs sei, sich dem Henker auszuliefern. Zu den Schutzmaßnahmen gehörte es auch, die Akten des Polizeipräsidiiums zu vernichten. Das Prüfen der Akten würde eine Zeit von Monaten in Anspruch genommen haben, auch das Heraussuchen nur der politischen Akten würde zu lange dauern.



Bedenken brauchten nicht zu bestehen, weil kulturell wertvolle Dokumente nicht in Polizeiakten zu finden sind. So war es am zweckmäßigsten, alles zu vernichten. Menschenleben sind wichtiger als bedrucktes Papier. Zwei Tage lang brannten die Akten auf dem zementierten Hof des Polizeipräsidiums. Wohl an die hundert Helfer aus der Bevölkerung, der Partei und der Roten Armee warfen die Akten aus den Fenstern in die Flammen. Damit retteten wir Hunderten von politisch und antimilitärisch Verdächtigten aus der Zeit der Zusammenbruchsmomente 1918/19 Freiheit und Leben“.

30. April 1919 – Der frühere Stadtkommandant Willy Weinberger ist ertrunken

München-Untergiesing* Am Rechen der Bäckermühlmühle wird eine uniformierte Leiche aus dem Auer Mühlbach gezogen. Es handelt sich um den früheren Stadtkommandanten Willy Weinberger.

30. April 1919 – Flugblätter über München: „Kopf hoch und Mut! Hilfe naht“

München * Über München kreisende Flugzeuge werfen Flugblätter mit Durchhalteparolen ab: „[...] Kopf hoch und Mut! Hilfe naht, die Euch vom russischen Terror und Schrecken des Bolschewismus befreien wird“. Ein anderes Flugblatt informiert darüber, dass München von bayerischen Truppen umstellt ist und fordert die Bevölkerung auf: „Hört die Stimme der Vernunft! Lasst ab vom bewaffneten Widerstand. Meidet die Straßen und Plätze, damit das Blut Unschuldiger nicht vergossen wird. Die Truppen der Regierung brechen schonungslos jeden bewaffneten Widerstand, um der Not Aller ein Ende zu machen. Lebensmittel, Kohlen, Rohstoffe stehen zur Einfuhr nach München bereit. gez. Hoffmann, Ministerpräsident“

1. Mai 1919 – Die Betriebs- und Soldatenräte fordern zur waffenlosen Demonstration auf

München * In einem anderen Pakataufruf der Betriebs- und Soldatenräte Münchens wird aufgefordert „waffenlos“ auf einer Maikundgebung auf der Theresienwiese zu demonstrieren. Die Räte „protestieren mit Entrüstung gegen die fluchwürdigen Verbrechen jener Elemente, welche durch ihr Handeln die heilige Sache des Proletariats im Kampf für die Menschlichkeit verraten haben“. Sie fordern auf: „Soldaten! Laßt Eure Waffen in den Kasernen! Arbeiter! Laßt Eure Waffen in den Betrieben! Kommt mit den Frauen und Kindern heraus auf alle großen Plätze und Wiesen! Ungebeugt wird das Proletariat an diesem Tage seine Räte und den Geist seiner Räterepublik hochhalten. Es lebe der Rätegedanke!“



1. Mai 1919 – Die Betriebs- und Soldatenräte Münchens verabscheuen den Geiselmord

München * In einer in Flugblättern veröffentlichten Erklärung distanzieren sich die Betriebs- und Soldatenräte Münchens von den „bestialischen Handlungen (Erschießung von Geiseln im Gymnasium)“ und erläutern, dass sie „in keiner Weise verantwortlich sind. Die Betriebs- und Soldatenräte sprechen einstimmig ihren tiefsten Abscheu über solche unmenschliche Taten aus. Sie versprechen, die in der Versammlung am 30. April 1919 anwesenden Führer Toller, Maenner und Klingelhöfer, die nur im Auftrag des Proletariats gehandelt haben, in jeder Weise zu decken“.

2. Mai 1919 – Krieg ist Gewalt, Bürgerkrieg ist Gewalt in höchster Potenz!

München * Noch ein Beispiel aus Manfred von Killingers Buch „Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben“, in der er in verachtlicher Art und Weise seine Sicht auf die Niederschlagung der Räterepublikaner preis gibt: „Plötzlich höre ich einen Mordskrach vor der [Elisabeth-] Schule. Ein großer, starker Kerl schimpft mit den größten Tönen auf einen Unteroffizier von mir los. Der bleibt die Ruhe selbst. Da schlängelt sich eine Frau an mich heran. ‚Aufpassen! Ein Bolschewik. Man will die Bevölkerung gegen die Truppen aufhetzen‘. Aha, die Brüder kennen wir. Ich winke Obermaat Zimmermann. ‚Machen Sie eine Handgranate fertig. Ich werde dem Kerl das Maul verbieten. Hört er nicht augenblicklich auf, dann eins rein in die Kiemen‘. Ich fasse den Kerl beim Knopfloch und sage: ‚Gehen Sie augenblicklich Ihrer Wege, noch einen Ton und ich verspreche Ihnen, dass Sie in den nächsten vierzehn Tagen keinen Ton mehr sprechen‘. ‚Hoho! Da wollen wir doch mal sehen, wer was zu reden hat!‘ brüllt er. Krach, da saust ihm die Handgranate in die linke Kiemenseite. Wie vom Blitz getroffen bricht er zusammen. Er erhebt sich, stolpert, fällt wieder. Blut läuft ihm aus Mund und Nase. Er erhebt sich wieder, will was sagen, aber es geht nicht mehr. Er gurgelt etwas und torkelt von dannen. ‚Guten Morgen, mein Herr, wir pflegen unsere Versprechen einzulösen‘. Killing begründet seine menschenverachtende und gewalttätige Einstellung so: „Krieg ist Gewalt, Bürgerkrieg ist Gewalt in höchster Potenz. Mäßigung ist Dummheit, nein, sie ist Verbrechen am eigenen Volk und Staat“.

2. Mai 1919 – München wird von den Regierungstruppen eingenommen

München * München wird nach harten Kämpfen gegen die sich erbittert verteidigenden Roten von den Regierungstruppen genommen. Bis zum Abend ist die Rote Armee geschlagen und die Stadtviertel von den Regierungstruppen militärisch besetzt. Die Militärs bereiten sich nun auf die bevorstehende „Säuberung und Befriedung“ vor. Für Giesing liest sich das dann so: „Da brechen sie in Häuser, durchsuchen die Wohnungen, die Keller, die Böden. Reihenweise schleift



man die roten Schützen auf die Straße - stellt sie an die Wand. Und dumpf bricht sich das Krachen der Erschießungssalven an den Mauern“. Die Wirklichkeit ist oft noch viel grausamer. Nach dem Sieg über die Rote Armee durchkämmen die Weißen fast alle Häuser Haidhausens, der Au und Giesings. Über 5.000 Münchner, die irgendwie verdächtig erscheinen, werden verhaftet. Über eintausend, darunter viele unschuldige, oftmals denunzierte Menschen, müssen sterben. Die letzten Einheiten der Roten Armee werden am 4. Mai in der Umgebung von München zerschlagen. Vereinzelte Feuergefechte in der Stadt dauern noch bis zum 22. Mai an.

4. Mai 1919 – Die Perlacher Pastoren-Ehefrau fühlte sich von Kommunisten bedroht

Perlach * Am Abend erklärt Korpskommandeur Hans von Lützow Major Walter Schulz, dass er einen telefonischen Hilferuf von Frau Betty Hell, der Ehefrau des evangelischen Pfarrers von Perlach, erhalten habe. Die Pastorenfrau fühlte sich von Perlacher Kommunisten bedroht. Die Bedrohung beruhte darauf, dass die genannten Rotgardisten Kartoffeln beschlagnahmten, die ursprünglich für die Herstellung von Schnaps in der Schnapsfabrik Wolfram vorgesehen waren. Bei den sogenannten Rotgardisten handelt es sich zum Teil um Mitglieder des Perlacher Arbeiterrates, der sich auch um Versorgungs- und Wohnungsfragen kümmerte oder zur Überwachung des Personen- und Warenverkehrs, auch zur Eindämmung des Schwarzmarktes, Reisende am Bahnhof kontrollierte. Das Verbrechen bestand demzufolge darin, dass sie die Kartoffeln zur Ernährung und nicht zur Herstellung von Spirituosen verwenden wollten. Schulz beauftragt den als „energischen Mann“ bekannten Leutnant Georg Pölzing mit der Durchführung der Hilfeleistung. Dieser rückte sofort mit zwei Lastwagen und etwa vierzig Mann aus. Leutnant Pölzing ist im Besitz einer Liste, auf der die „gefährlichen Kommunisten“ aufgeführt sind.

10. Mai 1919 – Ministerpräsident Hoffmann verteidigt seine Entscheidungen

Bamberg - München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann gibt eine öffentliche Erklärung ab. Darin bringt er zum Ausdruck: „Schrecklich ist der Krieg, am schrecklichsten der Bürgerkrieg. Entsetzliche Bluttaten sind in München geschehen, Verbrechen auf beiden Seiten. Das unschuldig vergossene Blut der grausam ermordeten Geiseln schreit zum Himmel. Die Kunde von der Erschießung der 21 friedlichen Bürger durch wahnsinnig erregte Soldaten erfüllte uns mit tiefstem Entsetzen.“ Im gleichen Atemzug verteidigt Hoffmann die Rückendeckung seiner Regierung für die Regierungstruppen mit der Behauptung, man habe monatelang Geduld walten lassen und damit nichts erreicht, als den „blutigen Taten einer Diktatur der Gewalt“ Tür und Tor zu öffnen. Auf den „Terror des Kommunismus und der Roten Armee“ kann man nur mit Kampf und nicht mit Verständigung antworten.



4. November 1919 – Husar Stefan Latosi zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt

München * Der ehemalige Husar Stefan Latosi, der in der Nacht vom 6. auf den 7. Mai blutbefleckt mit gestohlenen Uhren und Geldbörsen den Keller des Prinz-Georg-Palais am Karolinenplatz 5 verlassen hatte, wird in einem abgetrennten Verfahren vom Verbrechen des Totschlags freigesprochen. Er erhält aber wegen schweren Diebstahls zehn Jahre Zuchthaus. Latosi hat die zuvor ermordeten Kolpinggesellen ausgeraubt.

1920 – Telefonleitungen sind teuer und die Nachfrage steigt überdimensional an

München * Da die Telefonleitungen teuer sind und die Nachfrage überdimensional ansteigt, wird auf die Frauen an der Telefonvermittlung ein entsprechender Leistungsdruck ausgeübt. Dreihundert Gespräche pro Stunde werden zum Durchschnitt erklärt.

16. Januar 1920 – Graf Anton von Arco auf Valley zum Tode verurteilt

München * Da sich die Richter und der Verteidiger über die Wertung der Tat im Grunde einig sind, ergeht das Urteil gegen Graf Anton von Arco auf Valley bereits um 16.08 Uhr. Es wird vom Landgerichtsdirektor Georg Neithardt gesprochen und lautet: „[...] wegen eines Verbrechens des Mordes zum Tode und in die Kosten verurteilt.“ Es lässt sich einfach nicht umgehen anzuführen: „Der Angeklagte führte die Tötung nach einem wohlbedachten Plan mit Überlegung aus.“ Die Justiz öffnet sich aber gleich selbst die Tür für ihr weiteres Vorgehen. Am Ende des Urteils stehen die bemerkenswerten Zeilen: „Von einer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte konnte natürlich keine Rede sein, weil die Handlungsweise des jungen, politisch unmündigen Mannes nicht niedriger Gesinnung, sondern der glühenden Liebe zu seinem Volke und seinem Vaterland entsprang und ein Ausfluss seines Draufgängertums und der in weiten Volkskreisen herrschenden Empörung gegen Eisner war, weil ferner der Angeklagte seine Tat in allen ihren Einzelheiten ohne jeden Versuch der Beschönigung oder Verschleierung mit offenem, edlem Mute in achtungsgebietender Weise als aufrechte Persönlichkeit eingestand.“ Graf Arco nimmt sein Todesurteil mit vollkommener Ruhe zur Kenntnis und ruft in seinem Schlusswort die Zuhörer zum Aufbau einer nationalen Zukunft auf. Stürmischer Beifall erhebt sich im Sitzungssaal.

Mai 1920 – Krieg und Friedensschluss lassen den Bierabsatz einbrechen



München-Haidhausen * Der Erste Weltkrieg und seine wirtschaftlichen Folgen treffen das Bürgerliche Brauhaus schwer. Während die Brauerei im letzten Friedensjahr 1912/13 noch rund 219.000 Hektoliter Bier produziert, sinkt der Ausstoß im Braujahr 1919/20 auf nur noch 104.000 Hektoliter. Damit hat sich die Produktion innerhalb weniger Jahre mehr als halbiert. Besonders schwer wiegt der Verlust der einst bedeutenden Exportmärkte. Nach Kriegsende brechen die Absatzgebiete in Elsass-Lothringen, Frankreich, Belgien und Italien sowie in Übersee vollständig weg. Auch der Absatz in die Schweiz geht teilweise verloren. Für das zuvor stark exportorientierte Bürgerliche Brauhaus bedeutet diese Entwicklung einen tiefen wirtschaftlichen Einschnitt. Die Brauerei muss sich nach dem Krieg unter grundlegend veränderten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen neu behaupten.

4. November 1920 – Erzbischof Michael von Faulhaber soll Kardinal werden

München - Vatikan * Führende Politiker der Bayerischen Volkspartei richten ein Schreiben an die Regierung des Freistaats Bayern, in dem sie sich für die Ernennung des Erzbischofs von München und Freising zum Kardinal aussprechen. Ministerpräsident Gustav von Kahr übermittelt das Schreiben nach Rom.

1922 – Eine Beschreibung des „sprichwörtlichen Giesingers“

München-Giesing * Der München-Führer „Rund um die Frauentürme“ beschreibt den „sprichwörtlichen Giesinger“ so: „Hochgelegen, gesunde Luft, gesunde oder auch runde Bevölkerung. Im allgemeinen wie jeder Münchner gutmütig, ist der Giesinger in gereiztem Zustand in einer ziemlich gefährlichen Körper- und Geistestesteverfassung. Die Giesinger sind in der Regel nicht in politisch konservativen Parteien zu suchen, sondern von Natur aus revolutionär“. In Giesing wohnen viele Arbeiter mit entsprechend ausgeprägtem Klassenbewusstsein. Weit über sechzig Prozent wählen „rote Parteien“. Demzufolge sind die Nazis lange Jahre hier völlig chancenlos.

1. Juli 1923 – Die Münchner Edelmesse GmbH wird eine Aktiengesellschaft

Bogenhausen * Die von Friedrich Lauer in seiner Villa in der Neuberghausener Straße 11 gegründete Münchner Edelmesse GmbH wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Sie wird als „Ständige Musterschau Deutscher Qualitätswaren mit Großhandelsvertretung für das In- und Ausland“ definiert. Nur geschultes, sprach- und warenkundiges Verkaufspersonal bedient die



kaufkräftige, elitäre und vornehme Kundschaft. „Kein Schund, kein Kitsch, keine Ramschware wird zur Schau gestellt, sondern Gediegenes, Zweckentsprechendes, Echtes, mit einem Wort: ‚Edles‘.“

Februar 1928 – Rassistische Proteste gegen Josephine Baker

Wien * Bereits die Ankündigung eines Auftritts von Josephine Baker im Wiener Ronacher löst eine rassistisch und moralisch aufgeladene Protestkampagne aus. Konservative und katholische Kreise organisieren Kundgebungen und Gottesdienste gegen die Künstlerin und warnen: „Der schwarze Teufel kommt“. Rassistische Plakate und Zeitungsberichte sprechen vom „Negerskandal“ und dämonisieren Baker. Auch die Wiener NSDAP fordert wegen ihrer angeblich „obszönen“ Darbietungen ein Auftrittsverbot. Die Auseinandersetzung erreicht den österreichischen Nationalrat. Der christlichsoziale Abgeordnete Anton Jerzabek bezeichnet Bakers Tanz als Gefahr für die öffentliche Moral und verlangt mit dem Worten „Wir können keine pornografischen Tanzaufführungen zulassen“ ein Verbot. Der liberale Abgeordnete Adalbert Graf Sternberg verteidigt dagegen die künstlerische Freiheit und weist darauf hin, dass der Mensch nach christlichem Verständnis von Gott nackt erschaffen worden sei. „Wenn wir Nacktheit verbieten, kommt das Blaspheemie gleich.“ Die angekündigte Revue darf im Ronacher schließlich nicht stattfinden.

1929 – Die Löwenbräu AG knackt die Ein-Millionen-Hektoliter-Grenze

München-Maxvorstadt * Die Löwenbräu AG kann als erste Münchner Brauerei die Ein-Millionen-Hektoliter-Grenze durchbrechen.

29. Oktober 1929 – Der Schwarze Freitag ist ein Dienstag

USA * Der „Schwarze Freitag“ wird mit einem legendären Börsencrash in den USA in Verbindung gebracht, der durch eine Spekulationsblase ausgelöst wird. In den sogenannten Goldenen Zwanziger Jahren steigen die Aktienkurse ununterbrochen. Viele Anleger träumen vom großen Geld und nehmen sogar Kredite auf, um Aktien zu kaufen. Als dann die Aktien stagnieren bricht am Donnerstag, dem 24. Oktober eine Panik an der Wall Street aus. Der Handel bricht mehrmals zusammen. Das ist der Beginn einer Wirtschaftskrise, die alle Industrienationen betrifft. Massenarbeitslosigkeit und Deflation sind die Folge. Der Crash zieht sich über Tage hin. Am Dienstag, dem 29. Oktober versuchen viele Investoren gleichzeitig ihre Aktien zu



verkaufen. Damit fällt der „Schwarze Freitag“ auf einen Dienstag, weshalb die Amerikaner auch vom „Black Thursday“ sprechen.

14. Dezember 1930 – Der Cowboy Club München Süd beginnt mit dem Rodeo-Reiten

München-Neuhausen * Der Cowboy Club München Süd beginnt in der Reithalle an der Albrechtstraße des Oberleutnants a.D. Otto Hermann Fegelein mit dem Rodeo-Reiten. Fegelein wird über Eva Braun Hitlers Schwippschwager werden. Er gilt als rücksichtsloser Opportunist und Karrierist, der auch an mehreren Kriegsverbrechen beteiligt sein wird.

18. September 1931 – Angelika Maria „Geli“ Raubal begeht Selbstmord

München-Haidhausen * Die 23-jährige „Privatstudierende“ Angelika Maria „Geli“ Raubal begeht in Adolf Hitlers Wohnung am Prinzregentenplatz 16 Selbstmord durch Erschießen. Es handelt sich dabei um eine Tochter von Hitlers Halbschwester Angela Raubal. Die schweren Verletzungen und die weitere Umstände, über die die Münchener Post berichtet, signalisieren der Öffentlichkeit den Verdacht auf ein Verbrechen. Die Staatsanwaltschaft beauftragt deshalb sofort den Polizeiarzt, die Leiche nochmals zu untersuchen.

5. Februar 1933 – SA- und SS-Horden ziehen in einem Triumphzug durch die Arbeiterviertel

München-Giesing * Giesing gilt den Nazis als ein zu brechendes Symbol der Opposition. Schon eine Woche nach Hitlers Machtergreifung ziehen die braunen SA- und SS-Horden in einem Triumphzug durch die Arbeiterviertel, um sich als Sieger und Träger der Staatsgewalt zu präsentieren. Mit diesem Propagandamarsch durch Giesing und Haidhausen - geschützt durch Polizei und Staatsgewalt - wollen sie ihren Herrschaftsanspruch demonstrieren.

5. Mai 1933 – Ein „Hirtenbrief“ der bayerischen Bischöfe

München-Kreuzviertel - Bayern * Angeblich wollte „Kardinal“ Michael von Faulhaber das „Unrecht gegen die Juden“ in seinem „Hirtenbrief“ vom 5. Mai ansprechen, wird aber von den anderen Bischöfen davon abgehalten. In dem „Hirtenbrief“ der bayerischen Bischöfe heißt es jetzt: „Unsere jetzige Reichsregierung hat sich große und schwierige Aufgaben gestellt; sie will das deutsche Volk, das an den Folgen des verlorenen Weltkrieges und der Revolution so unsäglich



viel leidet, wieder zur früheren Höhe emporführen durch eine geistige, sittliche und wirtschaftliche Erneuerung. [...] Daher rufen wir Bischöfe in tiefer Liebe zu unserem armen Vaterlande, [...] den Blick nicht mehr zu richten auf die Vergangenheit, nicht auf das zu sehen, was uns trennt, sondern auf das, was uns eint, daher einander die Hand zu reichen und in hochherziger Opferwilligkeit die vereinten Kräfte einzusetzen, um der furchtbaren Not, dem immer weiter fortschreitenden Niedergang und dem unseligen Unfrieden Einhalt zu bieten. [...] Der Wiederaufbau unseres Volks- und Staatslebens muß zur Grundlage haben die ewigen, unantastbaren Gesetze des christlichen Glaubens, der christlichen Sitte, der christlichen Gerechtigkeit und des sozialen Friedens. Es verdient aufrichtigen Dank, daß der höchste Vertreter der Reichsregierung in feierlicher Stunde erklärte, das Werk der Wiedererneuerung unseres Volkes auf den Felsengrund des christlichen Glaubens stellen und freundschaftliche Beziehungen zur Kirche pflegen zu wollen. [...] Wir sind dankbar für die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Rechte der Kirchen nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert werden wird“.

1. Dezember 1934 – Zubringerstraße zur Ludwigsbrücke

Unterhaching * Die Höchstzahl mit 11.750 Mann für den Bau der Reichs-autobahn München - Landesgrenze ist erreicht. In fast allen Abschnitten wurde in Doppelschicht, in verschiedenen Losen sogar in drei Schichten gearbeitet. Von der Innenstadt bis hin zur Autobahn muss eine leistungsfähige Zubringerstraße errichtet werden, wozu die Rosenheimer Straße und die Ludwigsbrücken entsprechend verbreitert werden.

1935 – Die Schutzgemeinschaft Bayerischer Bäcker und Müller GmbH

München-Au * Der neue Besitzer der Zentrale des Konsumvereins München von 1864 heißt Schutzgemeinschaft Bayerischer Bäcker und Müller GmbH. Das Ende der Konsumgenossenschaften ist der Aufschwung des Auer Bäckers Josef Bernbacher. Nach der Auflösung der Verbrauchergenossenschaften nutzt er die Gunst der Stunde und kehrte in die Au zurück. Unter dem Versprechen, kein Brot mehr herzustellen, übernimmt Bernbacher das Gelände des Konsumvereins München von 1864 und verlegt sich auf einen Geschäftszweig, den die Genossenschaft im Jahr 1922 eingeführt hatte: die Teigwarenherstellung. Heute ist die Josef Bernbacher & Sohn GmbH & Co KG einer der größten Nudelhersteller in Deutschland.

15. September 1935 – Die Nürnberger Gesetze bringen die völlige Entrechtung der Juden



Nürnberg * Mit den Nürnberger Gesetzen wird die völlige Entrechtung der Juden in Deutschland eingeleitet. Sie teilen sie in sogenannte Voll-, Halb- oder Viertel-Juden ein. Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre verbietet die Eheschließung zwischen Juden und Nichtjuden sowie den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen ihnen.

Für „Verbrechen der Rassenschande“ werden hohe Zuchthausstrafen oder KZ verhängt. Unter Zuhilfenahme der „Verordnung gegen Volksschädlinge“ können Angeklagte sogar zum Tode verurteilt werden. Das Reichsbürgergesetz macht Juden zu Bürgern zweiter Klasse. Anton von Arco gehört damit zu den Halbjuden, doch sein Ruhm als Eisner-Mörder schützt ihn vor weiteren Verfolgungen.

1937 – Josephine Baker macht Les Milandes zu ihrem Zuhause

Les Milandes im Périgord • Josephine Baker mietet das Château des Milandes und lässt die lange vernachlässigte Anlage umfassend modernisieren. Das Schloss erhält fließendes Wasser, Elektrizität und eine Zentralheizung; auch die Innenräume werden vollständig neugestaltet. Baker unterstützt zudem die Versorgung des benachbarten Weilers mit Wasser und Strom, der nach zeitgenössischen Darstellungen damit zu den ersten entsprechend erschlossenen Orten des Périgord zählt.

10. Juni 1938 – Die Cenovis-Werke geraten unter zunehmenden politischen Druck

München * Die Industrie- und Handelskammer München fordert von den Cenovis-Werken, ihre Eigentümerstruktur bis zum 31. Juli 1938 entsprechend den Vorgaben des Reichswirtschaftsministeriums zu ändern. Andernfalls droht die Streichung aus dem Verzeichnis der als nichtjüdisch eingestuften Betriebe. Gleichzeitig verlangt die Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft den Nachweis, dass das Unternehmen als „arisch“ gelte. Bis zur Klärung dieser Frage verweigert der Branchenverband die Einlösung von Malzabholtscheinen der Cenovis-Werke. Die Maßnahmen verdeutlichen den wachsenden wirtschaftlichen und politischen Druck, dem Unternehmen mit jüdischen Eigentümern im nationalsozialistischen Deutschland ausgesetzt sind.

26. August 1944 – Faulhabers Treueverhältnis gegenüber dem Führer

München-Kreuzviertel * Das Attentat vom 20. Juli 1944 bezeichnet Kardinal Michael von Faulhaber als „furchtbares Verbrechen“. In seiner Vernehmung vom 26. August „überschlug er



sich geradezu in der Ablehnung und Verurteilung des Anschlags [...] und in seinem Treueverhältnis gegenüber dem Führer“.

November 1944 – Bombenschäden unterbrechen den Trambahnverkehr in der Innenstadt

München * Die Luftangriffe beschädigen Gleise und Oberleitungen so schwer, dass die Straßenbahnen weite Teile der Innenstadt nicht mehr durchqueren können. Der Verkehr ist nur noch auf befahrbaren Teilstrecken möglich.

5. Mai 1945 – Dönitz will eine Teilkapitulation mit den Westalliierten

Flensburg-Mürwik * Reichspräsident Karl Dönitz und viele Militärs wollen gegenüber den Westalliierten - also den USA und Großbritannien - eine Teilkapitulation erreichen, während der Kampf gegen die Sowjetunion weitergeführt werden soll. Dahinter stehen mehrere Motive: Die deutsche Führung fürchtet die sowjetische Gefangenschaft und Racheakte wegen der Verbrechen der Wehrmacht und SS im Osten, Millionen Flüchtlinge aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien fliehen damals Richtung Westen, Dönitz hofft, dass sich die sich abzeichnenden politischen Spannungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion verstärken und man diese ausnutzen kann.

23. August 1945 – Hirtenbrief und Schuldbekenntnis

Fulda * Zum Abschluss der Fuldaer Konferenz veröffentlichen die Bischöfe einen gemeinsamen Hirtenbrief. Darin erinnern sie an Katholiken, die während der NS-Zeit verfolgt worden sind oder Verfolgten geholfen haben. Zugleich räumen sie ein, dass sich auch zahlreiche Angehörige der katholischen Kirche vom Nationalsozialismus haben verführen lassen, gegenüber seinen Verbrechen gleichgültig geblieben sind oder selbst daran mitgewirkt haben. Das Schuldbekenntnis bezieht sich vor allem auf einzelne Katholiken, während die Verantwortung der Bischöfe und der Kirche als Institution weitgehend unberührt bleibt. Der Hirtenbrief ruft zu Buße, gegenseitiger Hilfe und einem christlich geprägten Neuanfang auf.

20. November 1945 – Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess beginnt

Nürnberg * Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess beginnt. 24 Mitglieder der NS-Führung



werden von den Alliierten für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen. Es ist ein Medienspektakel ersten Ranges, aber kein Tribunal.

26. März 1946 – Der Platz der Opfer des Nationalsozialismus erhält seinen Namen

München-Kreuzviertel * Auf der 6. Sitzung des Münchner Stadtrats wird - knapp zehn Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Zusammenbruchs des Dritten Reichs - für das Rondell zwischen Brienner Straße und Maximiliansplatz der Name „Platz der Opfer des Nationalsozialismus“ beschlossen. Seine Lage inmitten der Stadt und „vor allem die Tatsache, dass das Denkmal des großen deutschen Dichters Friedrich von Schiller trägt, der Freiheit und Menschenwürde in seinen Werken feierte“, lassen diesen Ort „als Erinnerungsstätte besonders geeignet erscheinen“. Der Standort wird bewusst gewählt, denn schräg gegenüber - im 1944 zerstörten ehemaligen Wittelsbacher Palais an der Brienner Straße 50 - befand sich das gefürchtete Hauptquartier der Geheimen Staatspolizei - das Zentrum der politischen Verfolgung. Die Länge des Platznamens macht sein Aussprechen zwar praktisch unmöglich. Doch das macht nichts, denn der Platz dient nicht als Adresse. Er ist einfach ein Verkehrsknoten mit Grünfläche. Der Form halber hat er aber trotzdem eine Postleitzahl erhalten: 80333.

26. März 1946 – Der Platz der Opfer des Nationalsozialismus entsteht

München-Maxvorstadt * Knapp zehn Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Zusammenbruchs des Dritten Reichs. - gibt Oberbürgermeister Karl Scharnagel - anlässlich des „Tages der Opfer des Faschismus“ - bekannt, dass das Rondell zwischen Brienner Straße und Maximiliansplatz künftig den Namen „Platz der Opfer des Nationalsozialismus“ tragen wird. Seine Lage inmitten der Stadt und „vor allem die Tatsache, dass das Denkmal des großen deutschen Dichters Friedrich von Schiller trägt, der Freiheit und Menschenwürde in seinen Werken feierte“, lassen diesen Ort „als Erinnerungsstätte besonders geeignet erscheinen“. Der Standort wird allerdings bewusst gewählt, denn schräg gegenüber - im 1944 zerstörten ehemaligen Wittelsbacher Palais an der Brienner Straße 50 - befand sich das gefürchtete Hauptquartier der Geheimen Staatspolizei. Das war das Zentrum der politischen Verfolgung. Die Länge des Platznamens macht sein Aussprechen zwar praktisch unmöglich. Doch das macht nichts, denn der Platz dient nicht als Adresse. Er ist einfach ein Verkehrsknoten mit Grünfläche. Der Form halber hat er aber trotzdem eine Postleitzahl erhalten: 80333.

2. Mai 1946 – „Platz der Opfer demokratischer Menschenverdummung“



München-Maxvorstadt * Die Benennung des „Platzes der Opfer des Nationalsozialismus“ sorgt bei Münchnerinnen und Münchnern, denen die „Befreiung“ offensichtlich als Niederlage erscheint, für Unmut. In der Nacht zum 2. Mai wird eines der neuen Namensschilder abgeschraubt und an seiner Stelle eines mit dem Namen „Platz der Opfer demokratischer Menschenverdummung“ angebracht. Doch nicht nur die ehemaligen Täter - auch viele andere wollen keine Diskussion über die Verbrechen. Oberst James Kelly, „Vorsitzender der US-Verwaltung“, wünscht keine Aufarbeitung der Vergangenheit. Obwohl seine Aufgabe die Erziehung der Münchnerinnen und Münchner hin zur Demokratie ist, meint er, es ist angebracht, von der vergangenen Zeit überhaupt nicht mehr zu sprechen und sie und ihre Ereignisse nicht mehr dauernd zu erwähnen. Die Vorbehalte bleiben bis in die heutige Zeit. Dennoch wird der Platz zunehmend dazu genutzt, eine Gedenkkultur in München zu etablieren.

10. März 1948 – Der Prozess gegen den Lebensborn e.V. endet

Nürnberg * Der Prozess gegen den Lebensborn e.V. endet mit der Verkündung des Urteils. In den Prozessen konnte die Anklage den Beweis nicht erhärten, dass im Lebensborn e.V. die „gelenkte Fortpflanzung“ betrieben worden sei. Die Richter sprechen den Verein sogar von der Beteiligung an Verbrechen frei und bestätigten ihm seinen gemeinnützigen Zweck, wonach es Heinrich Himmler und der Lebensborn-Führung darum ging, die „ledige Mutter und ihr Kind“ vor der Diffamierung durch die Gesellschaft zu schützen. „Angestrebt wurde vielmehr, die soziale Stellung der Mutter und ihres Kindes zu erleichtern“.

5. März 1949 – Michael von Faulhaber erhält die Münchner Ehrenbürgerschaft

München * Die bayerische Landeshauptstadt München verleiht Kardinal Michael von Faulhaber aus Anlass seines achtzigsten Geburtstags die Ehrenbürgerschaft. Schon damals sprechen alle vom Widerstand des Erzbischofs von München und Freising. Und Landtagspräsident Michael Horlacher von der CSU schwärmt in seiner Rede vor den Abgeordneten sogar von Michael von Faulhabers „immerwährenden Eintreten für den Völkerfrieden“.

Mai 1949 – Etwa 750 Personen wegen Verbrechen unter dem NS-System hingerichtet

Westdeutschland * In Westdeutschland werden durch die Alliierten etwa 750 Personen wegen Verbrechen unter dem nationalsozialistischen System hingerichtet.



5. Mai 1950 – Ein Staatswappen für das demokratische Bayern

München - Freistaat Bayern * Mit dem Gesetz über das Wappen des Freistaates Bayern erhält das Land ein neues Staatswappen. Es verbindet die demokratische Staatsordnung mit den historischen Zeichen seiner Landesteile. Die Volkskrone steht für die Volkssouveränität: Die Staatsgewalt geht vom Volk aus. Die beiden schildhaltenden Löwen führen eine Tradition aus dem 14. Jahrhundert fort. Der goldene Pfälzer Löwe repräsentiert die Oberpfalz. Der fränkische Rechen steht für Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken. Der blaue Panther symbolisiert Oberbayern und Niederbayern. Die drei schwarzen Löwen vertreten Schwaben. Der weiß-blaue Rautenschild in der Mitte steht für Bayern als Ganzes. Zusammen mit der Volkskrone bildet er das kleine Staatswappen. Das Wappen vereint damit Bayerns regionale Vielfalt, seine Geschichte und sein demokratisches Selbstverständnis.

5. Juni 1950 – Ein Staatswappen für das demokratische Bayern

München - Freistaat Bayern * Mit dem Gesetz über das Wappen des Freistaates Bayern erhält das Land ein neues Staatswappen. Es verbindet die demokratische Staatsordnung mit den historischen Zeichen seiner Landesteile. Die Volkskrone steht für die Volkssouveränität: Die Staatsgewalt geht vom Volk aus. Die beiden schildhaltenden Löwen führen eine Tradition aus dem 14. Jahrhundert fort. Der goldene Pfälzer Löwe repräsentiert die Oberpfalz. Der fränkische Rechen steht für Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken. Der blaue Panther symbolisiert Oberbayern und Niederbayern. Die drei schwarzen Löwen vertreten Schwaben. Der weiß-blaue Rautenschild in der Mitte steht für Bayern als Ganzes. Zusammen mit der Volkskrone bildet er das kleine Staatswappen. Das Wappen vereint damit Bayerns regionale Vielfalt, seine Geschichte und sein demokratisches Selbstverständnis.

Juli 1950 – Das Gebäude in der Richard-Wagner-Straße 5 wird restauriert

München-Maxvorstadt * Das Gebäude in der Richard-Wagner-Straße 5 wird entsprechend der Bauform von 1900 restauriert.

12. Dezember 1950 – Die Familie Schülein verzichtet auf die Rückgabe ihrer Grundstücke

München-Berg am Laim * Vor der Wiedergutmachungsbehörde für Oberbayern erklärt die Familie Schülein offiziell den Verzicht auf die Rückgabe ihrer Grundstücke in Berg am Laim. Damit



beendet sie die entsprechenden Rückerstattungsverfahren und verzichtet auf die Wiedererlangung des früheren Grundbesitzes.

10. Januar 1951 – Josephine Baker erzwingt ein Publikum ohne Rassentrennung

Miami Beach * Josephine Baker tritt im berühmten Nachtclub „Copa City“ nur unter der Bedingung auf, dass Schwarze und weiße Gäste gleichermaßen zugelassen werden. Nach längeren Verhandlungen verpflichtet sich der Betreiber vertraglich, das Publikum unabhängig von Hautfarbe und Religion einzulassen. Baker sorgt zusätzlich dafür, dass Schwarze und weiße Prominente gemeinsam die Premiere besuchen. Die ausverkaufte Vorstellung vor einem gemischten Publikum wird zu einem wichtigen Erfolg im Kampf gegen die Rassentrennung. Fortan verlangt Baker auch bei weiteren Auftritten in den Vereinigten Staaten entsprechende Vertragsklauseln. Trotz heftiger rassistischer Anfeindungen nutzt sie ihre internationale Bekanntheit, um gegen die sogenannten Jim-Crow-Bestimmungen und die Diskriminierung Schwarzer Amerikaner vorzugehen.

Juni 1954 – Die Gewerkschaften schließen mit C&A Brenninkmeyer einen Vergleich

München * Die Gewerkschaften schließen mit C&A Brenninkmeyer einen Vergleich. Die Firma verzichtet auf eine Entschädigung von 250.000 DMark und die Gewerkschaften entschuldigen sich für die Beleidigungen in einem Flugblatt vom 20. Februar 1954. Und nachdem sich viele andere Groß- und Mittelbetriebe für Samstagnachmittags-Öffnungszeiten nach 14 Uhr aussprechen, bricht der Widerstand zusammen. Der „Ladenschluss-Krieg“ ist damit beendet.

20. August 1956 – Debatte um Jugendkontrolle und Polizeigewalt

München - München-Au * Der CSU-Landtagsabgeordnete und spätere Innenminister Heinrich Junker tut sich als Scharfmacher hervor. Er stellt einen Antrag für Maßnahmen zum Schutze der Jugend, in dem er die ständige Überwachung von Kinos, Gaststätten und Parkanlagen, die Überwachung der jugendlichen Kraftfahrer, insbesondere der Mopedfahrer und die Bekämpfung jeglicher auftretender Bandenbildung fordert. Zur Durchsetzung seines Antrags unterstützt er das „rücksichtslose Eingreifen der Polizei“, deren „rücksichtslose Gewaltanwendung“, die „Brechung jeglichen Widerstands [...] mit allen an die Grenze des Gesetzes gehenden Mitteln“ und die „Anweisung an die Staatsanwaltschaft, bei Vergehen und Verbrechen schärfsten Strafantrag zu stellen“. Junker kann sich mit seinen Vorstellungen gegen die SPD-dominierte



Viererkoalition nicht durchsetzen. Dieser Erfolg liegt an dem SPD-Landtagsabgeordneten Rudolf Schlichtinger, der sich für die Interessen und Nöte der Jugendlichen einsetzt. Ihm geht es nicht darum, „wie man ‚die Halbstarke‘ bekämpfen und gegebenenfalls vernichten kann, sondern wie man junge Menschen davor bewahren kann, Rowdys oder Verbrecher zu werden“ und wehrt sich gegen das Modewort „Halbstarke“.

14. September 1956 – Dialog statt Repression bei den „Halbstarke“

München - München-Au * Der SPD-Landtagsabgeordnete Rudolf Schlichtinger macht in der Frage des Umgangs mit den „Halbstarke-Krawallen“ auf der Auer Jakobi-Dult das einzig Richtige, indem er nicht über, sondern mit der Jugend sprechen will. In Zusammenarbeit mit dem Jungbürger- und Jugendforum München veranstaltet er im Hofbräukeller eine öffentliche Diskussion über das Thema „Gibt es Halbstarke?“. Die eingeladenen Blasführer kommen zur Diskussion und tragen ihre Forderungen vor. In Zusammenarbeit mit der Polizei und der Presse kann das Problem in München im Laufe der Zeit eingedämmt werden. Das wird aber erst nach den „Schwabinger Krawallen“ sein.

Januar 1961 – Im Bürgerbräukeller findet der Faschingsball „Karneval in Texas“ statt

München-Haidhausen * Im Bürgerbräukeller findet der traditionelle Faschingsball „Karneval in Texas“ des Cowboy-Clubs München 1913 statt. Die Feierabend-Rothäute und Freizeit-Cowboys von der „Nockher-Ranch“ lassen ihre Colts sprechen, springen durch Lassos und stellen ihre Squaws und Cowgirls an die Bretterwand, um sie dann mit Pfeilen und brennenden Wurfmessern einzurahmen.

Februar 1961 – „Karneval in Texas“ im Bürgerbräukeller

München-Haidhausen * Im Bürgerbräukeller findet der traditionelle Faschingsball „Karneval in Texas“ des Münchner Cowboy-Clubs statt. Die Feierabend-Rothäute und Freizeit-Cowboys von der Nockher-Ranch lassen ihre Colts sprechen, springen durch Lassos und stellen ihre Squaws und Cowgirls an die Bretterwand, um sie dann mit Pfeilen und brennenden Wurfmessern einzurahmen.



21. Juni 1962 – Die Schwabinger Krawalle beginnen

München-Schwabing * An Fronleichnam, einem katholischen Feiertag in Bayern, beginnen die sogenannten „Schwabinger Krawalle“. Das erste Aufeinandertreffen zwischen Polizei und etwa 50 Zuhörern von drei Gitarrenspielern erfolgt gegen 21:45 Uhr - weit weg von jedem Wohnblock - im Englischen Garten am Monopteros. Doch es läuft glimpflich ab, denn die Jugendlichen folgen der Aufforderung der Polizei und gehen auseinander. Eine knappe halbe Stunde später löst am Wedekindplatz eine andere Streifenwagenbesatzung - ebenfalls ohne größere Probleme - eine aus etwa 150 Personen bestehende Ansammlung auf, die sich um drei Gitarristen gruppiert hat. Um 22:35 Uhr kommt es an der Leopold-/Ecke Martiusstraße zum dritten Polizeieinsatz und daraus resultierend zur tätlichen Auseinandersetzung zwischen der Polizei und einer aus etwa 200 Personen bestehenden Gruppe, die sich um fünf Gitarristen gebildet hat. Die Band besteht aus den Gymnasiasten Michael Erber und Klaus Olbrich, den Lehrlingen Wolfram Kunkel und Hans (Sitka) Wunderlich und dem jungen Schreiner Rüdiger Herzfeldt. Sie singen und spielen russische Volkslieder. Nachdem sich einige Anwohner über die Störung der Nachtruhe bei der Polizei beschwert haben, treffen zwei Beamte am „Tatort“ ein und fordern die jungen Gitarrespieler zum Einsteigen in den Funkstreifenwagen auf. Das Einschreiten der Polizei gegen die Musiker wird von den Zuhörern - „spontan und ohne vorherige Planung“ - als Festnahme gedeutet. Diese artikulieren daraufhin ihren Unmut ziemlich laut und unmissverständlich. Es kommt zu Rangeleien mit den Ordnungshütern, die nun ihrerseits Verstärkung anfordern, nachdem die Randalierer die Luft aus den Reifen des Polizeiautos lassen. Mit einem ersten Gummiknüppeleinsatz kann die Polizei die auf mehrere hundert Menschen angewachsenen Protestierer vom Schauplatz abdrängen. Kaum dass die Polizisten abgerückt sind, läuft eine noch größere Menschenmenge als zuvor (Schätzungen sprechen von 5.000 Personen) auf die Leopoldstraße und blockiert den Auto- und Straßenbahn-Verkehr mit Stühlen und indem sie sich selbst auf der Straße niederlassen. Erst nach der zweimaligen Räumung der Straße und der Festnahme von 41 Personen erklärt die Polizei um 1:40 Uhr den Einsatz für beendet. Laut Polizeibericht kommen 90 Beamte zum Einsatz. Zwei Protestierer werden nachträglich zur Anzeige gebracht.

22. Juni 1962 – Die Schwabinger Krawalle gehen weiter

München-Schwabing * Freitag. Die Schwabinger Krawalle gehen weiter. Ab 21 Uhr laufen „unzählige junge Leute [...] immer weiter in die Fahrbahn hinein“ und blockieren damit die Leopoldstraße. Nach Beschwerdeanrufen trifft die Polizei ein. Der Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel und der Polizeipräsident Manfred Schreiber sprechen mit den Protestierenden. Letztlich werden sie aber von den 10.000 Anwesenden niedergeschrien und



ausgepfiffen, weshalb es zur zweiten gewaltsamen Räumung der Leopoldstraße kommt. Die Auseinandersetzungen dauern bis in die frühen Morgenstunden an. Laut Polizeibericht kommen über 100 Polizisten zum Einsatz, die 24 Protestierer festnehmen und vier weitere nachträglich zur Anzeige bringen.

30. Mai 1964 – München geht eine Städtepartnerschaft mit Bordeaux ein

München - München-Haidhausen - Bordeaux * München geht eine Städtepartnerschaft mit der südwestfranzösischen Stadt Bordeaux ein. Beide Städte widmen im Laufe ihrer Beziehungen der jeweiligen Partnerstadt eine Straße oder einen Platz. Bordeaux benennt an der repräsentativen Esplanade des Quinconces in zentraler Lage die Allée de Munich. Bayerns Landeshauptstadt München wählt einen völlig anderen Weg und stellt im Jahr 1976 am Forum der Wörthstraße einfach neue Tafeln mit dem Namen Bordeauxplatz auf. Mit dem Forum wird ganz bestimmt einer der anspruchsvollsten Plätze in Haidhausen gefunden, auch wenn die Wörthstraße an eine der blutigsten Schlachten erinnert. Ob es aber amtliche Befürchtungen sind, die den Münchnern die möglicherweise schwierige Schreibweise der Partnerstadt nicht zutrauen oder nur einfach die Angst vor allzu viel Veränderung, ist nicht überliefert. Jedenfalls besitzt der Bordeauxplatz bis heute keine Hausnummer, weshalb auch an eine solche Anschrift kein Brief zugestellt werden kann. Die den Platz säumenden Häuser führen auch weiterhin die fortlaufenden Hausnummern der Wörthstraße.

6. November 1964 – Beatles sprechen sich gegen Rassentrennung aus

USA * In einer Presseerklärung verkündeten die Beatles: „Wir werden nirgendwo auftreten, wo Schwarzen nicht erlaubt ist, dort zu sitzen, wo sie wollen.“ Damit sind sie die erste Band, die sich in den USA gegen die Rassentrennung wendet, was damals schon eine Menge Mut erfordert. Die vier Musiker haben erfahren, dass „schwarze Fans“ bei Konzerten nur in den oberen Rängen sitzen durften. Die „rassistisch motivierte zwangsweise Trennung von Menschen biologisch unterschiedlicher Menschengruppen“, auch Rassen genannt, im Bereich des täglichen Lebens war in den Südstaaten der USA bis in die späten 1960er-Jahre verbreitet, in Südafrika als Apartheid sogar bis 1990. Dabei gibt es gar keine menschlichen Rassen.

19. August 1965 – Urteile im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess



Frankfurt am Main * Nach zwanzig Monaten und 183 Verhandlungstagen beginnt das Schwurgericht mit der Verkündung der Urteile im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess. Sie dauert bis zum folgenden Tag. Sechs Angeklagte erhalten lebenslange Zuchthausstrafen, zehn weitere zeitlich begrenzte Strafen zwischen drei Jahren und drei Monaten sowie 14 Jahren. Ein zur Tatzeit noch jugendlicher Angeklagter wird zu zehn Jahren Jugendstrafe verurteilt; drei Angeklagte werden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Im Verfahren sagen 360 Zeuginnen und Zeugen aus, darunter 211 Überlebende von Auschwitz. Ihre Berichte führen der westdeutschen Öffentlichkeit das Ausmaß der nationalsozialistischen Vernichtungsverbrechen eindringlich vor Augen. Der Prozess gilt als Meilenstein der juristischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Er verstärkt zugleich die bereits geführte Debatte über die Verjährung nationalsozialistischer Mordverbrechen.

24. Juni 1966 – Auftritte der Beatles im Cirkus Krone

München * Für 17:15 Uhr ist das erste und für 21 Uhr das zweite Beatles-Konzert im Circus Krone angesetzt. Die Süddeutsche Zeitung informiert ihre Leser fürsorglich über die gesundheitliche Gefährlichkeit dieser Musik: „Wenn die Gitarren ihren harten Rhythmus beginnen, wird der Lärm so stark, dass es vom ärztlichen Standpunkt aus ratsam erscheint, das Weite zu suchen. Das halbe Dutzend großer Verstärker verwandelt selbst das Laufgeräusch einer Ameise in das Donnern einer aufgescheuchten Elefantenherde: Sie haben zusammen 800 Watt.“ Die 6.200 Eintrittskarten für die Beatles-Konzerte sind schon lange vorher verkauft worden, 2.000 davon nach auswärts. Vier Sonderzüge treffen mit diesen Fans in München ein: aus Stuttgart Der Rasende John, aus Innsbruck Der Fliegende Paul, aus Würzburg Der Schnelle George und aus Ulm Der Rollende Ringo. Am Einlass zum Cirkus-Krone-Bau brechen Teenager vor Enttäuschung in Tränen aus. Sie sind von einer Fälscherbande mit gezinkten Tickets betrogen worden. Um 16:30 Uhr werden die Türen zum Circus-Krone-Bau für die Fans geöffnet und um 17:15 Uhr beginnt das erste Beatles-Konzert vor 3.500 Zuschauern mit dem Vorprogramm. Die Sicherheitsvorkehrungen sind beträchtlich: 250 Polizeibeamte sind im Einsatz. Im Hof der Deroy-Schule parkt ein Wasserwerfer. Im Publikum verteilen sich ausgewählte junge Beamte. Bei einem Stimmungsüberschlag will man den Cirkus-Krone-Bau schlagartig in gleißend weißes Licht tauchen. Doch noch vor Konzertbeginn sorgt ein Gewitterregen für Abkühlung. Die Stimmung sinkt noch tiefer, als sich die erste Vorgruppe mit dem aufreizenden Namen Cliff Bennet and the Rebel Rousers auf der Münchner Bühne abmüht. Erst den Rattles, einer Band aus Hamburg, gelingt es, die Emotionen auf beatlesgemäßes Niveau zu steigern. Im Anschluss tritt noch das Duo Peter & Gordon auf. Danach schaltet die Regie eine künstliche Pause, nach der - in dem atemlos stillen Krone-Saal -



die Beatles angekündigt werden. Als die vier Ausnahmemusiker urplötzlich auf die Bühne springen, entlädt sich ein Orkan. Unter ihren - für die damaligen Verhältnisse - skandalös langhaarigen Köpfen tragen sie dunkelgrüne Jägeranzüge mit hellen Kragenaufschlägen. Ihre ebenfalls uniformen gelben Hemden sind mit Krawatten zugebunden. Die Beatles spielen zwar nur elf Lieder. Doch mit jedem Song steigert sich die frenetische Begeisterung des Münchner Publikums. Die Songfolge ist folgendermaßen: Rock and Roll Music She's a woman If I needed someone Babys in black Day tripper I feel fine Yesterday I wanna be your man Nowhere man Paperback writer I'm down Begeisterte, schluchzende und enthemmte Jugendliche branden gegen die Bühne an, ausgebremsst von einer Hundertschaft Polizisten, die auf Empfehlung des Psychologen in Zivil gekommen sind. Papierkugeln und Damenschuhe fliegen durch die Luft - bevorzugt zu Paul McCartney, dem damals noch einzigen Junggesellen. Nach jeder Nummer verbeugen sich die „Pilzköpfe“ artig und lächeln lieb. Das Jubelgeschrei wird noch lauter und noch stärker, sodass hinterher keiner der Anwesenden mit Bestimmtheit sagen kann, welche Songs die Beatles tatsächlich gespielt haben. Bereits nach 25 Minuten verschwinden die - wie sie die Münchner Presse gerne nennt - „vier Liverpoolsängerknaben“ - genauso schnell wieder von der Bühne, wie sie gekommen sind, und hinterlassen ein erschüttertes Publikum und eine erleichterte Polizei. Immerhin ist es zu keinen Ausschreitungen und Sachbeschädigungen gekommen. „Es ging alles friedlich vonstatten“, wurde gebetsmühlenartig wiederholt.

27. Juni 1966 – Die Beatles brechen von Hamburg in Richtung Japan auf

Hamburg * Die Beatles brechen von Hamburg in Richtung Japan auf.

1976 – Der Daphne-Brunnen wird am Orleansplatz aufgestellt

München-Haidhausen * Der Daphne-Brunnen, der Bildhauerin Marlene Neubauer, wird am Orleansplatz aufgestellt. Die über drei Meter hohe Daphne-Skulptur stellt eine Gestalt aus der griechischen Mythologie dar. Sie, die alle Annäherungsversuche von Männern zurückweist, wird nun von Apollon verfolgt. Als sie ihm nicht mehr entkommen kann, fleht sie Ge um Hilfe an. Die Göttin der Erde verwandelt sie zum Schutz vor dem geilen Wüstling daraufhin in einen Lorbeerbaum. Der enttäuschte Apollon kann nur mehr einen Zweig davon abbrechen. Diesen trägt er seither auf seinem Haupt und hält den Lorbeer für heilig.

April 1976 – Der Film „Rocky Horror Pictures Show“ zieht die Menschen nur so an



New York * Die New Yorker stürmen die Kinokassen. Der Film „Rocky Horror Pictures Show“ zieht die Menschen nur so an. Sie Kinobesuch mit Netzstrümpfen und Korsagen. Sie sprechen die Texte und singen die Lieder mit. Die Fans tanzen synchron mit den Stars auf der Leinwand und machen den Film durch ihr eigenes Einbringen und Zutun noch immer zum absoluten Hit. Deshalb gehört es auch zum Ritual, sich an der Kinokasse ein Set mit Utensilien zu kaufen, das Reis, Luftschlangen, „Wunderkerzen“ und anderes beinhaltet. Während der Trauungsszene werfen die Fans mit Reis; wenn Janet und Brad durchs Unwetter stapfen, halten sie sich eine Zeitung über den Kopf und zum Song „There’s a Light“ schwenken sie rhythmisch die „Wunderkerzen“.

24. Juni 1977 – Die „Rocky Horror Picture Show“ startet in den Museum-Lichtspielen

München-Au * Die Museum-Lichtspiele an der Lilienstraße 2 nehmen „The Rocky Horror Picture Show“ ins Programm. Die Verfilmung des Rockmusicals entwickelt sich zum Kultfilm und bleibt fortan regelmäßig auf dem Spielplan. Eine treue Fangemeinde macht die Vorstellungen zum Mitmachereignis: Besucherinnen und Besucher erscheinen geschminkt und kostümiert, tragen Netzstrümpfe, Strapse oder Korsagen, sprechen Dialoge mit, singen und tanzen. Zu bestimmten Filmszenen werfen sie Reis oder Toilettenpapier und spritzen mit Wasser. Die Rituale ergänzen das Geschehen auf der Leinwand um eine eigene Vorstellung im Zuschauerraum. Später bietet das Kino an der Kasse passende Mitmachpäckchen an. Die außergewöhnlich lange Vorführtradition macht die Museum-Lichtspiele über München hinaus bekannt und bringt ihnen später einen Eintrag ins Guinnessbuch der Rekorde ein.

26. September 1980 – Das Oktoberfest-Attentat

München-Theresienwiese * Freitag, 22:19 Uhr: Am Haupteingang der Wiesen explodiert ein Sprengsatz. Der Feuerball unterbricht die ausgelassene Volksfeststimmung auf dem Oktoberfest und tötet 13 Menschen. 211 Personen werden verletzt, davon 68 schwer. „Menschen wirbeln durch die Luft, Blut spritzt, zerfetzte Gliedmaßen, unglaubliche Schmerzen und verzweifelte Schreie, die nur die hörten, denen nicht gleich das Trommelfell platzte“. Einer der Toten ist der Geologiestudent Gundolf Köhler (21). Als die Rettungskräfte am Tatort eintreffen, finden sie in einem Umkreis von bis zu 23 Metern Verletzte und Tote verstreut auf der Straße liegen. Die die Detonation begleitende Druckwelle ist gewaltig gewesen. Noch in der Nacht stehen für die Bayerische Staatsregierung die Schuldigen fest: Die RAF und linke Terroristen müssen für das Massaker verantwortlich sein. Ministerpräsident Franz Josef Strauß steht mitten im Wahlkampf. Er will Helmut Schmidt (SPD) als Bundeskanzler ablösen und hat sich selbst als



starker Law-and-Order-Mann positioniert. Nun sieht Franz Josef Strauß seine Stunde gekommen. Er greift Innenminister Gerhard Baum (FDP) an, der für das Nachrichtenmagazin Spiegel eine Diskussion mit dem RAF-Anwalt und Ex-Terroristen Horst Mahler geführt hat. Strauß macht Baum für das Attentat mitverantwortlich, weil er den Terrorismus quasi salonfähig gemacht hat. Strauß fordert, dass sofort Flugblätter produziert werden, die Baum im Gespräch mit Mahler zeigen. Doch die Attacke gegen Links wird sich bald als Bumerang erweisen. Auf den Verdacht hin, dass es sich um einen Terrorakt handelte, leitet Generalbundesanwalt Kurt Rebmann zusätzlich ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt ein. Die Untersuchung liegt damit federführend beim Bund. Nach intensiven Beratungen mit Politikern, dem Polizeipräsidenten und den Veranstaltern entscheidet Oberbürgermeister Erich Kiesel noch mitten in der Nacht, das Oktoberfest nicht abzubrechen, sondern nur einen Trauertag zu veranstalten. Man wolle und dürfe sich dem Terror, gleich von welcher Seite, nicht beugen. Bei dieser nicht unumstrittenen Entscheidung hat man auch das Beispiel der XX. Olympischen Spiele in München vor Augen, die trotz eines Terroranschlages zu Ende geführt worden waren.

6. November 1980 – 2.000 Rekruten legen auf dem Königsplatz ihr Feierliches Gelöbnis ab

München-Maxvorstadt * Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der Bundeswehr legen 2.000 Rekruten auf dem Königsplatz ihr Feierliches Gelöbnis ab. Generalmajor Wolfgang Kessler und Ministerpräsident Franz Josef Strauß sprechen dabei von der „Erhaltung des Friedens durch Abschreckung“. Die Vereidigung auf dem Königsplatz ruft Erinnerungen an die Aufmärsche während der NS-Zeit wach, weshalb parallel zur Gelöbnisfeier eine Protestveranstaltung der Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung stattfindet. Transparente mit der Aufschrift „Auf Hitlers Plattenmeer gelobt nunmehr die Bundeswehr“ werden von den Demonstranten mitgetragen.

14. Dezember 1985 – Das erste Hüttendorf entsteht

Wackersdorf * WAA-Gegner besetzen einen Teil des bereits gerodeten Baugeländes und errichten das erste Hüttendorf, das sie „Freie Oberpfalz“ nennen. Die Grünen unterbrechen ihre 8. Bundesversammlung in Offenburg für einen Tag. Zahlreiche Delegierte reisen nach Wackersdorf und beteiligen sich an der Demonstration gegen die Wiederaufarbeitungsanlage.

13. Februar 1986 – Politischer Aschermittwoch gegen die WAA



Schwandorf * Beim „Politischen Aschermittwoch“ der WAA-Gegner sprechen Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Umweltschutz gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage. Zu den Rednern gehören Landrat Hans Schuierer, Hubert Weinzierl, Erhard Eppler, Robert Jungk, Carl Amery und Franz Xaver Kroetz.

19. Mai 1986 – Die „Pfingstschlacht von Wackersdorf“

Wackersdorf * Am Pfingstmontag erreichen die Auseinandersetzungen am WAA-Bauzaun ihren Höhepunkt. Die Polizei setzt Schlagstöcke, Wasserwerfer und Reizgas ein; Reizstoffkörper werden auch aus Hubschraubern abgeworfen. Die Ereignisse gehen als „Pfingstschlacht von Wackersdorf“ in die Geschichte ein. Mehrere Hundert Menschen werden auf beiden Seiten verletzt. Die Angaben schwanken jedoch erheblich: Während das Historische Lexikon Bayerns rund 400 Verletzte nennt, sprechen zeitgenössische Protestchroniken von mehreren Tausend Betroffenen. Die höheren Zahlen schließen offenbar auch leichtere Beschwerden infolge des Reizgaseinsatzes ein.

Oktober 1989 – Der Dienstleistungsabend wird eingeführt

München * Als Dienstleistungsabend wird der lange Donnerstag bis 20.30 Uhr eingeführt. Die betroffenen Beschäftigten sprechen vom „SchlaDo“ [Scheiß langer Donnerstag].

4. Mai 1998 – Der Kranzgeldparagraph wird gestrichen.

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Der sogenannte Kranzgeldparagraph wird gestrichen. Als Kranzgeld bezeichnet man bis dahin eine finanzielle Entschädigung, die eine Frau von ihrem ehemaligen Verlobten fordern kann, wenn sie auf Grund eines Eheversprechens ihre Jungfräulichkeit verloren hat, und er anschließend das Verlöbnis löst. Gleiches gilt übrigens auch für neuverlobte Witwen.

10. November 1999 – Eine Auszeichnung für die Valentin-Stadthäuser

München-Au * Der Stadtrat beschließt, dem Dipl.-Ing. Klaus Schmidt und seinem Architekten Gert Bayer für die fünf Stadthäuser im Hof der Zeppelinstraße 41 als vorbildliche Baumaßnahme eine „Lobende Erwähnung“ zuzuerkennen. Die entsprechende Urkunde wird ihnen am 7. Februar



2000 ausgehändigt.

3. April 2003 – Eine Kunstaktion im Luftschutzbunker

München-Untergiesing * Bevor die Umbaumaßnahmen für das Projekt „Wohnen im Turm“ beginnen, muss erst eine mehrmonatige Wartezeit überbrückt werden. Das geschieht mit einer „Kunstaktion“ unter dem Titel „120 Tage Kunst im Bunker“. Die Eigentümer verfolgen mit dieser Aktion das Ziel, einerseits das Image des „Betonkastens aus Kriegszeiten“ zu verbessern, andererseits wollen sie „durch die Kunst versuchen, das bedrückende des Bunkers aufzubrechen und ihn bis zur tatsächlichen Bautätigkeit mit Leben zu füllen“. Die Kunstaktion dauert bis zum 26. Juli. Dabei herrscht eine breite Übereinstimmung. Doch mit dem anschließenden Genehmigungsverfahren der Umbauplanung scheiden sich wieder die Geister. Während sich Rathauspolitiker von der „Bunker-Kreativität“ begeistert zeigen, melden Architektur- und Denkmalschutzexperten ihre Bedenken an. Und obwohl das Gebäude gar nicht unter Denkmalschutz steht, meinen sie, dass „so ein Bunker fast das Einzige [sei], das uns heute noch an den Krieg erinnert“. So ein „Wehrbau“ habe deshalb eine ebenso hohe Aussagekraft wie eine Stadtmauer oder eine Burg.

1. August 2003 – Hans Podiuk: „Kann keine Verherrlichung von Kolonialverbrechen erkennen“

München * Der Vorsitzende der CSU-Stadtratsfraktion, Hans Podiuk, selbst Bewohner des Kolonialviertels, entrüstet sich über den Antrag auf mögliche Straßenumbenennungen: „Ich persönlich kann keine Verherrlichung von Kolonialverbrechen erkennen, wenn Straßen nach Orten oder Personen aus der Kolonialzeit benannt sind“.

24. August 2005 – Das Isarhochwasser erreicht in München seinen Scheitel

München * Nach heftigen Regenfällen im Alpenraum erreicht die Hochwasserwelle der Isar in München ihren Höchststand. Am Pegel München fließen rund 1.050 Kubikmeter Wasser pro Sekunde ab. Der Sylvensteinspeicher hält erhebliche Wassermengen zurück und schwächt die Hochwasserwelle entscheidend ab. Ohne seine Rückhaltewirkung wäre in München nach wasserwirtschaftlichen Berechnungen ein Spitzenabfluss von bis zu 1.800 Kubikmetern pro Sekunde zu erwarten – mit entsprechend größerer Überschwemmungsgefahr.



19. Januar 2009 – Frist für die Nährwertprofile läuft ab

Brüssel * Bis zu diesem Tag soll die Europäische Kommission nach dem Willen des EU-Gesetzgebers sogenannte Nährwertprofile festlegen. Sie sollen bestimmen, unter welchen Voraussetzungen Lebensmittel mit gesundheits- oder nährwertbezogenen Aussagen beworben werden dürfen. Grundlage dafür sind wissenschaftliche Empfehlungen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zu Fett-, Zucker- und Salzgehalten. Die geplanten Grenzwerte würden grundsätzlich auch für Brezen gelten – allerdings nicht für deren Herstellung oder Verkauf, sondern ausschließlich für ihre Werbung. Würde ein Bäcker seine Brezen beispielsweise als „gesund“ oder mit vergleichbaren gesundheitsbezogenen Aussagen anpreisen, müsste das Produkt die festgelegten Nährwertprofile erfüllen. Da Brot und Brezen in der Regel ohnehin nicht mit Gesundheitsversprechen beworben werden, hätte sich für ihren Verkauf und ihre Rezeptur praktisch nichts geändert. Die Nährwertprofile werden jedoch trotz der gesetzlichen Frist nicht eingeführt – und fehlen bis heute.

26. Februar 2009 – Widerstand gegen die EU-Nährwertprofile

Brüssel * Mehrere CDU-Europaabgeordnete, darunter Renate Sommer und Peter Liese, sprechen sich öffentlich gegen die geplanten EU-Nährwertprofile aus. Sie warnen, die vorgesehenen Grenzwerte könnten traditionelle deutsche Backwaren wie Brot und Brezen benachteiligen, und kritisieren die Pläne als überzogene Regulierung. Die Auseinandersetzung entwickelt sich rasch zu einem Thema des bevorstehenden Europawahlkampfes. Obwohl die geplanten Nährwertprofile ausschließlich gesundheitsbezogene Werbeaussagen betreffen und weder Rezepturen noch den Verkauf von Brot oder Brezen regeln sollen, entsteht in der öffentlichen Debatte vielfach der Eindruck, die EU wolle traditionelle Backwaren verbieten oder ihren Salzgehalt vorschreiben.

September 2012 – Das Löwenbräu-Festzelt wird mit einem Energiesparsystem ausgestattet

München-Theresienwiese * Das Löwenbräu-Festzelt wird mit dem Energiesparsystem KNX ausgestattet. Das System sammelt Informationen der Beleuchtungs-, Lüftungs- und Fenstersteuerung sowie von den Gasstrahlern und dem Wasserverbrauch. Die Informationen werden zentral in einem Server verarbeitet, der entsprechende Befehle zurück gibt. 16.500 LED-Leuchten erhellen das Löwenbräu-Festzelt.



8. Juli 2014 – Der Stadtrat bestätigt die Ausweispflicht für Wiesn-Ordner

München-Gruggenau - München-Theresienwiese * Der Stadtrat bestätigt in seiner Vollversammlung die Ausweispflicht für Wiesn-Ordner und die entsprechenden Bußgelder bei Nichteinhaltung der Vorschriften.

25. April 2017 – Hat die Bayerische Staatsregierung Frieden mit Kurt Eisner geschlossen?

München * Scheinbar hat nun auch die Bayerische Staatsregierung ihren Frieden mit Kurt Eisner gemacht. In einem Schreiben des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst heißt es: „Die Rolle Kurt Eisners bei der Beendigung des Ersten Weltkrieges, beim Ende der Monarchie und der Einführung einer demokratischen Verfasstheit in Bayern, beim Bemühen, den künftigen deutschen republikanischen Bundesstaat föderal auszugestalten und bei der Bereitschaft, auch die (Mit)Verantwortlichkeit des Deutschen Reiches beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges als Grundlage für eine neue Friedensordnung in Europa anzuerkennen, werden von der Bayerischen Staatsregierung außerordentlich positiv bewertet. Hinzu kommt die Tatsache, dass Eisner als Intellektueller (vor allem orientiert an Immanuel Kant), mit seinem jüdischen (familiären) Hintergrund und als Pazifist (zumal als Zeitgenosse der Blutbäder des Ersten Weltkrieges) wie durch seine Ermordung als amtierender Bayerischer Ministerpräsident am 21. Februar 1919 zu einer Symbolgestalt für aufgeklärt-demokratische Kräfte gegenüber den chauvinistisch-antisemitischen wurde, in deren späterer Konsequenz auch die Barbarei des NS-Regimes in Bayern und Deutschland steht“. Das Ministerium stellt darin in Aussicht, Kurt Eisner bei den zentralen bayerischen Jubiläumsfeierlichkeiten des Jahres 2018 („100 Jahre Freistaat Bayern“) entsprechend zu würdigen. Vielleicht bekommt er dann auch ein Bild in der Bayerischen Staatskanzlei.

1. Juni 2018 – Ein Kreuz im Eingangsbereich der bayerischen Dienstgebäude

Freistaat Bayern * In jedem Dienstgebäude des Freistaats Bayern muss ein Kreuz angebracht werden. Das löst Proteste und deutschlandweit eine kontroverse Diskussion aus. Selbst Vertreter der christlichen Kirchen widersprechen dem Beschluss. Auch deshalb, weil Ministerpräsident Markus Söder erklärt: „Das Kreuz ist nicht ein Zeichen einer Religion.“ Im Kreuz spiegle sich vielmehr „unsere bayerische Identität und Lebensart“.



18. Juni 2020 – Corona lässt den Umsatz im Tierpark einbrechen

München-Giesing * Die Süddeutsche Zeitung titelt: „Der Tierpark macht wegen der Corona-Krise jeden Tag Zehntausende Euro Verlust – auch nach den neuesten Lockerungen. Bankrott gehen lassen wird die Stadt ihren Zoo aber nicht.“ Dem Münchner Zoologischen Garten fehlen fast vier Millionen Euro an Einnahmen.
